

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

55. Sitzung am 12. September 2000

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde 5292

**b) Von der schwarzen Null ins schwarze Loch
EXPO-Milliarden-Defizit ist nicht vom Himmel
gefallen - Wann wusste wer was? - Antrag der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1849.....** 5292
Hagenah (GRÜNE)..... 5292, 5293, 5297
Möllring (CDU) 5294
Wegner (SPD)..... 5296
Schwarzenholz (fraktionslos) 5297
Wulff (Osnabrück) (CDU)..... 5299
Aller, Finanzminister 5299
Frau Harms (GRÜNE) 5301
Gabriel, Ministerpräsident 5301

**c) Dunkle Wolken am Konjunkturhimmel -
Schwacher Euro und ungerechte Ökosteuer treiben
Sprit- und Energiepreise in die Höhe - Antrag
der Fraktion der CDU - Drs. 14/1850.....** 5303
Möllring (CDU) 5303, 5308, 5311
Inselmann (SPD)
..... 5304, 5305, 5306, 5307, 5313, 5314
Wenzel (GRÜNE) 5307, 5313
Schwarzenholz (fraktionslos) 5309
Jüttner, Umweltminister 5310, 5311
Heineking (CDU) 5312
Gansäuer (CDU)..... 5314

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Erste und zweite Beratung:

**Preussag muss ihrer sozialen Verantwortung für
Salzgitter gerecht werden - Antrag der Fraktionen
der SPD, der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen - Drs. 14/1855.....** 5315
Eppers (CDU) 5315, 5320
Knebel (SPD) 5317
Gabriel, Ministerpräsident ... 5319, 5320, 5321, 5324
Hagenah (GRÜNE)..... 5322

Wulff (Osnabrück) (CDU) 5323
Plaue (SPD)..... 5325
Gansäuer (CDU) 5326
Frau Harms (GRÜNE)..... 5327
Beschluss 5328

Tagesordnungspunkt 2:

Erste Beratung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum
Bundessozialhilfegesetz - Gesetzentwurf der Lan-
desregierung - Drs. 14/1840 - Berichtigung - zu Drs.
14/1840.....** 5328
Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und
Soziales 5328
Frau Jahns (CDU)..... 5330
Groth (SPD)..... 5331
Frau Pothmer (GRÜNE)..... 5332
Ausschussüberweisung..... 5333

Tagesordnungspunkt 3:

Einzig (abschließende) Beratung:

**Unterrichtung nach § 38 Abs. 1 i. V. m. § 37
Abs. 4 LHO über eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 13 20 Tit. 661 63 -
Schuldendiensthilfen an die NFG - sowie Unter-
richtung über eine Erhöhung des Regressver-
zichts bei den gewährten Bürgschaften an die
EXPO 2000 Hannover GmbH - Antrag der
Landesregierung - Drs. 14/1804 - Beschlussemp-
fehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
- Drs. 14/1822.....** 5333
Aller, Finanzminister..... 5333, 5337
Wegner (SPD)..... 5335
Möllring (CDU) 5336
Hagenah (GRÜNE) 5336
Beschluss 5338
(Direkt überwiesen am 31.08.2000)

Tagesordnungspunkt 4:

Einzig (abschließende) Beratung:

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1998 - Entlastung - Antrag der Landesregierung - Drs. 14/1244 - Bemerkungen und Denkschrift des Landesrechnungshofs - Drs. 14/1590 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/18235338
Wiesensee (CDU), Berichterstatter5338
Beschluss5339
(Direkt überwiesen am 15.12.1999)

Tagesordnungspunkt 5:

Einzig (abschließende) Beratung:

Zustimmung des Niedersächsischen Landtages zur Veräußerung von Landesvermögen gemäß Artikel 63 Abs. 1 Niedersächsische Verfassung und § 64 Abs. 2 LHO; landeseigene Flächen am alten Fischereihafen in Cuxhaven - Antrag der Landesregierung - Drs. 14/1768 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/18245339
Beschluss5339
(Direkt überwiesen am 01.08.2000)

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001 - HG 2001 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/17405340

und

Tagesordnungspunkt 7:

Erste Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2001 - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1830.5340
Aller, Finanzminister5340
Wulff (Osnabrück) (CDU)5349
Plaue (SPD)5362, 5363, 5364, 5372
Golibrzuch (GRÜNE)5373
Ausschussüberweisung5377

Nächste Sitzung.....5377

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Eckel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wulf (Oldenburg) (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Gabriel (SPD)	Staatssekretär Schneider, Staatskanzlei
Innenminister Bartling (SPD)	
Finanzminister Aller (SPD)	
Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Merk (SPD)	
Kultusministerin Jürgens - Pieper (SPD)	Staatssekretär Dr. Lemme, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bartels (SPD)	
Justizminister Dr. Weber (SPD)	Staatssekretär Dr. Litten, Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann (SPD)	
Umweltminister Jüttner (SPD)	
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Senff	

Beginn: 10.33 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 55. Sitzung im 24. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Meine Damen und Herren, am 29. Juli 2000 verstarb der ehemalige Abgeordnete Ulrich Goerdeler im Alter von 87 Jahren. Herr Goerdeler war von 1963 bis 1974 Mitglied der CDU-Fraktion des Niedersächsischen Landtages. Während dieser Zeit war er vor allem im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen tätig. Für seine Verdienste wurde Herrn Goerdeler das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Am 19. August 2000 verstarb der ehemalige Abgeordnete Horst Büchler im Alter von 93 Jahren. Herr Büchler war von 1951 bis 1955 Mitglied des Niedersächsischen Landtages und gehörte während dieser Zeit verschiedenen Fraktionen an. Er war Mitglied des Ältestenrates und in mehreren Ausschüssen tätig.

Am 7. September 2000 verstarb nach schwerer Krankheit der ehemalige Abgeordnete Günter Lüttge im Alter von 62 Jahren. Herr Lüttge war von 1978 bis 1989 Mitglied der SPD-Fraktion des Niedersächsischen Landtages. Während dieser Zeit war er Mitglied in den Ausschüssen für Jugend und Sport, für Bau- und Wohnungswesen sowie für Sozial- und Gesundheitswesen. Sein besonderes Interesse und Engagement galten der deutsch-israelischen Freundschaft.

Wir werden die drei Abgeordneten in guter Erinnerung behalten. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie jetzt um Aufmerksamkeit. - Zunächst stelle ich die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Geburtstag hat heute der Ministerpräsident, Herr Abgeordneter Gabriel.

(Beifall)

Er wird 41 Jahre alt.

Zur Tagesordnung: Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt - - -

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, das, was ich jetzt vorlesen muss, geht Sie alle an, selbst dann, wenn es Routine ist. - Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor.

Die Fraktionen haben sich dahin gehend verständigt, dass die Tagesordnung nach der Aktuellen Stunde um den Tagesordnungspunkt „Preussag muss ihrer sozialen Verantwortung für Salzgitter gerecht werden“ - Drucksache 1855 - erweitert wird. Über diesen von allen drei Fraktionen getragenen Antrag soll dann auch sofort abgestimmt werden.

Die Fraktionen sind ferner übereingekommen, abweichend von der Tagesordnung die Tagesordnungspunkte 22 „Hauptschulen und Realschulen profilieren und nicht demontieren - keine Sekundarschulen für Niedersachsen“ und 24 „Konsequent handeln - Orientierungsstufe abschaffen“ zusammen zu beraten und den Tagesordnungspunkt 23 - die Große Anfrage zum Thema „Hochbegabtenförderung“ - im Anschluss daran zu behandeln.

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Beratungsgegenstände vor, nachdem die Fraktion der SPD ihren Antrag für die Aktuelle Stunde in der Drucksache 1848 zurückgezogen hat.

Es liegen zwei Dringliche Anfragen vor, die morgen früh ab 10.30 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt; sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel aufgeteilt.

Ich gehe davon aus, dass die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt gesondert abgestimmt wird. - Ich stelle fest, dass das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Die heutige Sitzung soll gegen 17.20 Uhr enden.

Ich möchte Sie noch auf drei Veranstaltungen hinweisen: In der Wandelhalle ist die Ausstellung „Expo-See - Maritime Impressionen“ zu sehen, in der Arbeiten von Schülerinnen und Schülern der

Berufsbildenden Schulen I und III sowie der integrierten Gesamtschule Wilhelmshaven gezeigt werden.

Im Rahmen der Ausstellung „Welche Schulen braucht die Zukunft unserer Welt“ werden sich erneut Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I über ein Kommunikationsforum im Internet mit Fragen an Sie wenden, was von allen Interessierten „im Netz“ und über ein Großleinwand in der Lobby verfolgt werden kann. Wenn Sie einmal draußen sind - was ja nur selten vorkommt -, können Sie sich also daran beteiligen.

Ferner möchte ich Sie noch auf die Ausstellung des Landesamtes für Verfassungsschutz hinweisen, die vom 18. bis zum 26. September ebenfalls in der Wandelhalle zu sehen sein wird und sich mit dem Thema „Demokratie gegen Rechtsextremismus“ befasst. - Ich empfehle diese Veranstaltungen Ihrer Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst - bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr - wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Hansen:

Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Herr Senff (nachmittags) und Justizminister Dr. Weber, von der Fraktion der SPD Herr Bontjer und Herr Pickel, von der Fraktion der CDU Herr Meier und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Janßen-Kucz für den Nachmittag.

Präsident Wernstedt:

Ums Wort zur Geschäftsordnung hat - bevor wir in die Aktuelle Stunde eintreten - der Abgeordnete Schünemann gebeten.

(Schünemann [CDU]: Ist erledigt!)

- Ist erledigt? - Habe ich damit erfüllt.

Wir kommen nun zu

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde

Hierzu liegen, nachdem die SPD-Fraktion ihren Antrag zurückgezogen hat, nunmehr nur noch zwei Beratungsgegenstände vor, nämlich erstens „Von der schwarzen Null ins schwarze Loch, EXPO-Milliarden-Defizit ist nicht vom Himmel gefallen - Wann wusste wer was?“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1849 - und zweitens „Dunkle Wolken am Konjunkturhimmel - Schwacher Euro und ungerechte Ökosteuer treiben Sprit- und Energiepreise in die Höhe“ - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1850. Insgesamt stehen 60 Minuten Redezeit zur Verfügung, die gleichmäßig auf die drei Fraktionen aufzuteilen sind. Das heißt, jede Fraktion kann über höchstens 20 Minuten verfügen. Wenn wie heute mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen, bleibt es jeder Fraktion überlassen, wie sie ihre 20 Minuten für die einzelnen Themen verwendet. Jeder Redebeitrag - auch von Mitgliedern der Landesregierung - darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten Redezeit werde ich ein Klingelzeichen geben, damit klar ist, dass die letzte Minute der Redezeit läuft. Erklärungen und Reden dürfen nicht verlesen werden.

Ich eröffne die Beratung zu

b) Von der schwarzen Null ins schwarze Loch

EXPO-Milliarden-Defizit ist nicht vom Himmel gefallen - Wann wusste wer was? - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1849

Das Wort hat der Abgeordnete Hagenah.

Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Grüne stehen unter dem Generalverdacht, dass wir besonders skeptisch mit der Weltausstellung umgehen.

(Adam [SPD]: Wie kommst du denn darauf? - Weitere Zurufe von der SPD und von der CDU)

Aber erinnern wir uns doch einmal daran, warum wir uns heute, an einem Dienstag, treffen und nicht, wie sonst üblich, an einem Mittwoch.

(Unruhe - Möhrmann [SPD]: Da müssen Sie mal in Ihre alten Reden gucken, Herr Kollege! Dann wissen Sie warum!)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, bitte lassen Sie den Abgeordneten ausreden.

Hagenah (GRÜNE):

Es waren letztendlich die Sorgen des Präsidiums und wohl auch der meisten hier im Hause, dass Verkehrsstaus, teure und überbelegte Hotels eine ordentliche Abwicklung der Landtagssitzungen im Sommer 2000 unmöglich machen würden. Deswegen haben wir uns entschieden, die Landtagssitzungen auf drei Tage zu strecken.

Ich meine, der Augenschein hat Ihnen heute Morgen deutlich gemacht, dass wir damit sehr übertriebenen Prognosen aufgesessen sind.

(Unruhe)

Ich meine, die Grünen haben genauso wie die Mehrheit des Hauses in den letzten Monaten sehr wohl die unterschiedlichen Gesichter der EXPO gewürdigt und wahrgenommen. Wir wissen auch genau, dass aus der Sicht der Besucher - das sind wir selbst auch häufig genug gewesen -

(Beckmann [SPD]: Immer auf dem Schoß gesessen habt ihr bei Frau Breuel!)

die EXPO ein Fest der Begegnungen und der Völkerverständigung und letztendlich auch eine gute Visitenkarte für Deutschland und für Niedersachsen ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind aber hier im Niedersächsischen Landtag. Das Land Niedersachsen ist mit 30 % an der EXPO-Gesellschaft beteiligt, der Bund mit 40 %. Die Veranstaltung wird überwiegend von der öffentlichen Hand finanziert, und es ist eine Ausstellung der Bundesrepublik Deutschland. Deswegen müssen wir auch über das andere Gesicht der EXPO offen miteinander reden,

(Zuruf von der SPD: Das haben wir jahrelang gemacht!)

nämlich über die EXPO der Fehlplanungen, des Missmanagements, der zu geringen Kontrolle und des schlechten Marketings.

(Schröder [GRÜNE]: Die Nerven liegen offenbar wirklich blank!)

Die Regierung sitzt jetzt in der Falle ihrer eigenen überzogenen Prognosen und ihrer eigenen positiven Sichtweise der EXPO, die sie in den vergangenen Jahren in der Welt und auch in diesem Landtag vertreten hat. Sie sitzt in der selbst gestellten Falle des Zweckoptimismus und blinden Vertrauens. Fahrlässig wurde eine hälftige Teilung des Defizits mit dem Bund vereinbart. Fahrlässig wurde der Wirtschaft, die 20 % an der EXPO-Gesellschaft hält, eine Defizithaftung über ihren Einstiegsbetrag von 20 Millionen DM erlassen.

Die Versäumnisse des Aufsichtsrates gehen nun in die Milliarden - leider auch für Niedersachsen. Deswegen müssen wir über eine mangelnde Kontrolle und über die Frage, wer wann was gewusst hat, sprechen, um Verantwortlichkeiten zu klären.

Ist es nur Missmanagement, oder ist es auch mangelnde Kontrolle? Ist es möglicherweise sogar gemeinsam von Bund, Land und der Geschäftsführung zu verantworten? Hierüber gibt es widersprüchliche Aussagen. Es sind keine normalen Aufsichtsräte in der EXPO-GmbH gewesen - wie unser Ministerpräsident Gabriel -, sondern hinter ihnen standen die Staatskanzlei und die Ministerien, die auf Augenhöhe Einblick in die Bücher hatten und mitgerechnet haben. Insofern kann man davon ausgehen, dass die eine Hand - also der Aufsichtsrat - jederzeit gewusst haben muss, was die andere Hand - nämlich die Geschäftsführung - geplant hat, auf welchen Grundlagen sie geplant hat und wie die EXPO tatsächlich wirtschaftlich dastand.

Wie kann es dann zu diesen Überraschungen kommen, wie sie sich in der Sommerpause für den Ministerpräsidenten ergeben haben? Warum war nicht schon in der Plenardebatte vor der Sommerpause, am 20. Juni, ein offenes Wort von der Landesregierung darüber zu hören, dass es einen Nachschusszwang geben würde, dass die Bürgerschaft nicht ausreichen würde und dass es deswegen auch dringend eine Neuklärung der Defizitverteilung zwischen Bund und Land geben muss?

Der Ministerpräsident hat stattdessen nach einem in der „NP“ am 12. August abgedruckten Wortprotokoll auf die Frage „Angenommen, am Ende

der Weltausstellung steht ein Defizit von 1,4 Milliarden Mark, von dem Niedersachsen die Hälfte tragen muss. Damit wäre das Land doch pleite?“ verlauten lassen:

„Ich sage noch einmal: Ich denke nicht, dass Niedersachsen eine Summe in dieser Größenordnung zahlen muss. Außerdem trifft es den Haushalt des Landes nicht. Es wird zu keinerlei Sparmaßnahmen kommen.“

- Herr Ministerpräsident, wie wollen Sie das heute noch aufrechterhalten?

Eine weitere Frage war:

„Aber Sie verhandeln mit Berlin weiter darüber, ob der Bund doch noch den größeren Teil der EXPO-Schulden übernimmt?“

Ministerpräsident Gabriel dazu:

„Der Bundeskanzler, der Bundesfinanzminister und ich haben über diese Fragen längst gesprochen und ein Verfahren verabredet, wie es laufen soll.“

„Und wie sieht das aus?“

- Jetzt kommt Gabriels Zauberkasten:

„Das werden wir am 1. November, also am Tag nach dem Ende der Weltausstellung, bekannt geben.“

„Das klingt sehr optimistisch“ – so die „NP“ dazu. Ministerpräsident Gabriel dazu:

„Dafür habe ich auch allen Grund. Für das Land Niedersachsen wird es keine Probleme geben.“

Das war am 12. August. - Nur fünf Tage später kam der blaue Brief von Frau Breuel mit der Nachforderung von 860 Millionen DM, und Herr Volk führte in der Presse, nämlich im „Stader Tageblatt“, aus:

„Unsere Gesellschafter waren laufend über unsere finanzielle Situation informiert.“

Finanzminister Aller sagte am 19. August - also auch eine Woche nach dem Ministerpräsidenten -, dass über die endgültige Verteilung der finanziel-

len Lasten zwischen Bund und Land noch nicht entschieden sei.

Was stimmt denn nun, Herr Ministerpräsident? Haben Sie in diesem Moment schlichtweg an mangelnder Information oder an Überschwang und Optimismus gelitten? Werden Sie rechtliche Konsequenzen gegenüber der Nicht-Information der EXPO-Gesellschaft ergreifen oder gegenüber Ihren Mitarbeitern, die Sie nicht rechtzeitig informiert haben, wo doch Herr Volk sagt, das Land sei ständig vollständig informiert worden? - Hierüber erwarten wir heute von Ihnen Aufklärung, und wir erwarten auch, dass das Land daraus Konsequenzen zieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Möllring das Wort.

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hagenah, wenn nicht schon der Verdacht bestanden hätte, dass die Grünen die EXPO nach wie vor bekämpfen, hätten Sie eben den Beweis dafür erbracht.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Dass Sie es nicht einmal hinnehmen können, dass 183 Staaten hier bei uns in Freundschaft aufgenommen werden, ein fantastisches Fest machen
- - -

(Frau Harms [GRÜNE]: Das hat Herr Hagenah doch gesagt, Herr Möllring!)

- Aber warum sagen Sie nicht einmal, dass dies für die ganze Welt ein großer Erfolg ist?

(Starker Beifall bei der CDU)

In Zeiten, in denen wir über Ausländerfeindlichkeit reden, haben wir es hinbekommen, eine Weltausstellung zu organisieren, an der so viele Staaten wie noch nie teilnehmen, auf der Staaten nebeneinander Stände betreiben, die zu Hause in Feindschaft und in Krieg leben. Das ist einfach fantastisch. Deshalb hat sich das schon gelohnt. Das wollen wir alle nicht missen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Die Frage ist doch: Wer soll das bezahlen?)

Das sollten Sie von den Grünen auch endlich einmal einsehen.

Was das andere angeht - darin will ich Herrn Hagenah Recht geben; das hätte aber nicht einer Aktuellen Stunde bedurft, sondern das hätten wir auch noch in einer Stunde besprechen können, weil dann nämlich genau das gleiche Thema noch einmal auf der Tagesordnung steht, und zwar nicht von der Fraktion der Grünen, sondern von der Landesregierung beantragt -, brauche ich auch gar nicht lange den Ministerpräsidenten zu fragen, Herr Hagenah, wann er was gewusst hat. Darauf kommt es gar nicht an. Was man hätte wissen können und müssen, wenn man die dritte Volksschulklasse erfolgreich beendet hat, ist doch ganz einfach: Man hat mit 300.000 Besuchern pro Tag gerechnet. Nun stellen Sie sich einmal eine Textaufgabe vor, wie sie im Rechenbuch der dritten Klasse stehen: Ein Veranstalter einer Weltausstellung rechnet mit 300.000 Besuchern pro Tag, es kommen aber nur 100.000. Der Drittklässler muss dann folgende Aufgabe lösen: Frage, Rechnung, Antwort : Die Frage lautet: Wie viele sind nicht gekommen? Die Rechnung lautet: $300.000 - 100.000 = 200.000$. Dann muss er noch diese Antwort finden: Es sind 200.000 der erwarteten Besucher nicht gekommen. Dann wird es allerdings ein bisschen komplizierter, Herr Hagenah.

(Möhrmann [SPD]: Kettensatz oder Dreisatz?)

- Das ist noch nicht einmal Dreisatz. Sie sind doch Lehrer. Dann müssten Sie doch wissen, dass das noch nicht einmal Dreisatz ist. Das ist eine schlichte Textaufgabe. Zum Dreisatz kommen wir jetzt erst.

(Widerspruch bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Wenn man dann sieht, dass man pro Besucher brutto rund 70 DM an Eintritt erwartet hat, dann ist die sich daran anschließende Rechnung recht einfach. Dann haben die 100.000 7 Millionen DM gezahlt, und die anderen 200.000 hätten 14 Millionen DM zahlen sollen. Diese Millionen sind nicht gekommen. Diese 14 Millionen DM ergeben 2,1 Milliarden DM, wenn Sie sie mit 150 Tagen multiplizieren. Das ist eine ganz einfache Rechnung.

Noch einfacher wäre die Rechnung hinsichtlich der Parkplätze zu bewerkstelligen gewesen. Nur, bei

diesen großen Zahlen geniert man sich schon, über 100.000 DM zu reden.

In Folgendem stimmen wir mit Ihnen überein: Wir hätten als Haushaltsausschuss, als Landtag erwartet, dass sich unsere Vertreter im Aufsichtsrat - in diesem Fall der Ministerpräsident -, dass sich aber auch die Vertreter der Bundesregierung und die Vertreter der Wirtschaft im Aufsichtsrat diese plausiblen Rechnungen hätten vorlegen lassen, bevor sie neue Beschlüsse zur EXPO-Finanzierung gefasst hätten, um einen Weg zu finden, wie wir aus dieser Kurve herauskommen und wie wir das Problem gemeinsam schultern werden. Es ist doch klar, dass wir das Problem gemeinsam schultern müssen, denn wir konnten die EXPO ja nicht mittendrin absagen. Deshalb hätte man mit dem Bund verhandeln müssen, bevor man solche Beschlüsse gefasst hat, und hätte sagen müssen: Wie können wir dieses Defizit tragen? - Bei den Olympischen Spielen in München z. B. hat man diese Frage vorher geregelt. Da hat der Bund 50 % des Defizits getragen. Da hat das Land Bayern 25 % des Defizits getragen. 25 % haben die beiden ausrichtenden Städte, nämlich München und Kiel, getragen.

(Frau Pawelski [CDU]: Das wäre für Hannover das Ende! - Zuruf von Ministerpräsident Gabriel)

- Es ist mir klar, dass das mit Hannover nicht machbar ist. Es war schon peinlich genug, dass Herr Schmalstieg stattdessen noch die EXPO melken wollte, weil die Besucher vielleicht einmal einen Schnippel Papier auf die Straße werfen und seine Stadtreinigung das wegfegen muss. Das hätte ich von Hannover auch gar nicht erwartet. Gleichwohl hat man damals eine andere Regelung gefunden. Wir erwarten, dass wir bestens informiert werden. Wir werden am 21. des Monats Herrn Volk im Haushaltsausschuss haben und dann diese Fragen, die im Aufsichtsrat offensichtlich nicht gestellt werden, stellen, damit die Öffentlichkeit erfährt, wie die Finanzierung der EXPO letztlich aussieht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Wegner.

Wegner (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer hat wann was gewusst? Das ist sicherlich eine spannende Frage. Nur meine ich, dass das nicht die Frage ist, die uns im Moment unter den Nägeln brennt. Diese Frage kann nur jemandem unter den Nägeln brennen, der mit der EXPO nichts am Hut hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage, die wir uns alle stellen sollten, lautet,

(Schröder [GRÜNE]: Wer soll das alles bezahlen?)

wie wir der EXPO im Moment am meisten helfen, die EXPO am besten unterstützen können und wie wir die EXPO zu dem bestmöglichen Erfolg bringen.

Die Grünen haben daran offenbar kein Interesse. Das war schon immer so. Sie waren immer Gegner dieser Weltausstellung - im Gegensatz zu der SPD-Fraktion, die die Weltausstellung unterstützt hat, und im Gegensatz auch zu mir persönlich. Ich bin bekennender Fan der EXPO-Weltausstellung, und zwar gemeinsam mit vielen anderen Millionen Menschen.

Die Finanzen der EXPO waren von Anfang an ein Problem.

(Schröder [GRÜNE]: Ach! Auf einmal!)

Der Bund wollte nicht so, wie er sollte. Wir müssen an dieser Stelle sicherlich noch Einiges tun.

(Schröder [GRÜNE]: Was war denn mit der schwarzen Null?)

Ich würde den Grünen empfehlen, an dieser Stelle einmal freundschaftlich mit ihrer Bundestagsfraktion zu reden, damit das für das Land Niedersachsen auf einen guten Weg gebracht wird.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommt die schwarze Null. Natürlich sind Berechnungen angestellt worden. Es hat ein Gutachten eines anerkannten Wirtschaftsberatungunternehmens gegeben, das Zahlen prognostiziert hat, die leider nicht eingetreten sind.

(Schröder [GRÜNE]: Wie bestellt!)

- Vielleicht war auch ein wenig Zweckoptimismus dabei.

(Schröder [GRÜNE]: Gefälligkeitsgutachten!)

Ich meine aber, dass alle die, die diese EXPO für Deutschland, für Niedersachsen und für Hannover wollten, an diese Sache positiv herangehen mussten, und nicht so wie Sie.

(Beifall bei der SPD)

Sie gehören vielmehr zu den Negativfaktoren der eingetretenen Entwicklung. Sie haben ein Besucherchaos vorhergesagt. Sie haben sicherlich mitverursacht, dass Regelungen getroffen wurden, die es den Leuten beim Kartenvorverkauf, bei der Anreise und bei der Parkplatzbestellung so schwierig machten, dass sie nicht in dem Maße gekommen sind, wie wir es alle erwartet und gewünscht haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Natürlich kommen als Negativfaktoren auch die überhöhten Preise der Gastronomie oder der Hotels im Hinblick auf die Übernachtungen hinzu. Auch die Berichterstattung in den Medien nur über Zuschauerzahlen, die nicht eingetreten sind, und über die EXPO-Finanzen hat die Leute zunächst abgeschreckt.

Inzwischen hat sich das Blatt jedoch gewendet. Es ist das eingetreten, was bei allen EXPOS eingetreten ist, nämlich dass bei einer Veranstaltung, die über einen so langen Zeitraum geplant ist, im Laufe der Zeit steigende Besucherzahlen verzeichnet werden. Wir konnten inzwischen vernehmen, dass an einem Tag sogar schon einmal mehr als 200.000 Besucher die EXPO besucht haben.

(Schröder [GRÜNE]: Das ist schon einmal die Hälfte!)

Das sind nicht die Zahlen, die vorhergesagt worden sind, aber es sind Erfolgszahlen. Wir müssen doch den Erfolg sehen: die große Teilnahme der Länder und die hohe Zahl der Besucher, die sich auf der EXPO informieren, aber auch unterhalten und vergnügen können, die eine große internationale Gemeinschaft vorfinden. Die EXPO ist unabhängig von den eingetretenen finanziellen Schwierigkeiten ein Riesenerfolg, und zwar für den Bund, für das Land Niedersachsen und für die Stadt Hannover.

(Zustimmung von Frau Lau [SPD])

Das drückt sich in internationaler Anerkennung, in einem großen volkswirtschaftlichen Nutzen und in einer Verbesserung der Infrastruktur aus.

(Schröder [GRÜNE]: Wie war das eigentlich mit Steuermehreinnahmen, Herr Kollege?)

Auch für die Aussteller ist diese EXPO ein großer Erfolg. Wer einmal mit ihnen gesprochen hat, wird dies bestätigt finden. Sie sind erstaunt über das große Interesse der Menschen, die sie besuchen, die Interesse an ihren Ländern haben, und sie können die Masse an Besuchern, die ihre Stände aufsuchen, häufig gar nicht bewältigen.

Vielleicht sollten Sie auch dafür sorgen, dass Ihr Außenminister Fischer diese EXPO einmal besucht. Er hätte eigentlich jeden Tag hier sein müssen. Dann hätte er für das Ansehen der Bundesrepublik etwas getan.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU
- Zurufe von den GRÜNEN)

Ich stimme mit Herrn Wulff ausdrücklich darin überein, dass die Hauptverantwortung für die Finanzierung dieser EXPO beim Bund liegen sollte. Ich hoffe, dass wir insoweit auch noch einen Erfolg erzielen werden. Alle Niedersachsen, auch die Grünen, sollten zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls alles unterlassen, was der EXPO schadet. Vielmehr sollten sie als EXPO-Fans dafür sorgen, dass die EXPO zu einem großen Erfolg für Niedersachsen und für Deutschland wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Der Abgeordnete Schwarzenholz hat das Wort für zwei Minuten.

Schwarzenholz (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Debatte drehte sich doch, wenn ich sie richtig verstanden habe, nicht um die Frage, ob man die EXPO will oder nicht. Die EXPO ist da! Es geht um die Frage, ob man es als Veranstalter hinnehmen kann, dass, wie hier im Niedersächsischen Landtag und in der Stadt Hannover bei der damaligen Volksbefragung betont wurde, eine EXPO durchgeführt wird, die nicht zu finanziellen Lasten,

nicht zu finanziellen Kürzungen führt, nicht dazu führt, dass wir vor der Situation stehen, möglicherweise Bildungsausgaben oder in anderen politischen Feldern kürzen zu müssen. Hier ist ein Versprechen gegeben worden. Hier ist eine Planungsgrundlage als sachliche Grundlage politisch verkauft worden, die sich als absolut unseriös herausgestellt hat.

Welche politischen Konsequenzen sind daraus zu ziehen? - Der jetzige Bundeskanzler hat als Niedersächsischer Ministerpräsident während der gesamten Planungs- und Entscheidungsphase in diesem Lande die politische Verantwortung für diese Fehlplanungen getragen. Ihm steht durch einen glücklichen Umstand, nämlich dadurch, dass die Telekommunikationskonzerne sich bei der UMTS-Versteigerung verspekuliert haben, eine einmalige zusätzliche Einnahme zur Verfügung. Diese einmalige politische Einnahme - es ist ja nur ein Bruchteil, der davon benötigt wird - könnte benutzt werden, um diese einmalige politische Ausgabe EXPO zu finanzieren.

Dazu gehört politischer Mut. Dazu gehört, dass die Koalitionsfraktionen in Berlin, vor allen Dingen auch die Fraktion der Grünen, die kategorisch Nein sagt und Niedersachsen im Regen stehen lassen will, sagen: Jawohl, das ist ein einmaliges Ereignis, das finanzieren wir hieraus.

Die politische Forderung, die ich hier stelle, ist: Es darf zu keinen Kürzungen und zu keinen Einschränkungen im Landeshaushalt kommen. Hier ist die Bundesregierung in der Verantwortung. Die Bundesregierung hat die politischen Möglichkeiten über die UMTS-Einnahme; und die müssen endlich auch genutzt werden.

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat noch einmal Herr Kollege Hagenah.

(Zuruf von Wegner [SPD])

Hagenah (GRÜNE):

Ich warte bisher noch vergeblich auf die Beantwortung der gestellten Fragen, meine Damen und Herren. Ich meine, die Landesregierung sollte sich zu den Widersprüchen äußern, die auch in ihren eigenen Reihen aufgetreten sind, und vor allen Dingen auch dazu, dass sie sich durch den Zahlungszwang von 430 Millionen DM in eine so schlechte Verhandlungsposition gegenüber dem Bund gebracht hat. Es kann doch nicht sein, dass

der Ministerpräsident am 12. August erklärt, alles sei klar, es tue auch gar nicht weh, und der Haushalt werde es nicht merken. Eine Woche später schreibt die EXPO den Brief mit der Ankündigung, es würden insgesamt 2,4 Milliarden DM und in der Folge 1,2 Milliarden DM für das Land Niedersachsen an Schulden aufkommen; und das hat überhaupt keine Folgen hier. In dieser Frage ist die CDU als Opposition hier wirklich eine Nullnummer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie äußern sich nicht zum verfassungswidrigen Verstecken der EXPO-Schulden in der NFG. Sie äußern sich nicht dazu, dass die Landesregierung den Landtag in dieser Form mit diesem kurzfristigen Vollzug ohne Beteiligung des Haushaltsausschusses übergangen hat. Sie kommen beim Thema EXPO überhaupt nicht vor.

Ich möchte wissen, wie Sie denn in den nächsten Jahren bei irgendeiner Haushaltsplanberatung plausibel machen wollen, wie Sie mit dem Geld, das EXPO-bedingt fehlt, umgehen, wie Sie das decken wollen.

Im Übrigen, Herr Wegner, hatten die Wirtschaftsforscher und letztendlich auch der Landesrechnungshof vor der EXPO die Landesregierung und auch uns als Landtag längst eines Besseren belehrt. Schon 1998 hieß es in der „HAZ“ am 10. September:

"Die Geschäftsführer der EXPO haben vor allen Dingen den Aufsichtsrat in Finanzfragen nicht umfassend informiert. Insider berichten, der Rechnungshof habe außerdem eine Neigung der EXPO-Führung festgestellt, dass Gremien verspätet oder nicht mit schriftlichen Entscheidungsgrundlagen versorgt werden. Darüber hinaus zieht die Behörde, wie erwartet, die Zahl von 40 Millionen Tagesbesuchern in Zweifel."

Zwei Wochen später zog sich Roland Berger von seiner Prognose 40 Millionen Besucher zurück und sagte auch, es könnten allenfalls 27 Millionen werden, weil alles ganz schwierig war.

Ministerpräsident Gabriel, damals noch Fraktionsvorsitzender, sprach markige Worte in der „Hannoverschen Allgemeinen“ am 10. September, nämlich:

"SPD-Fraktionschef Sigmar Gabriel sagte am Mittwoch, der Aufsichtsrat habe sehr wohl gehandelt, indem er das Berger-Gutachten gefordert habe. Wer seit Jahren schlampt, sei das Management der EXPO."

Sehr wahr!

(Zustimmung von Frau Harms [GRÜNE])

"Gabriel forderte angesichts der neuen Defiziterwartung zwischen 400 Millionen DM und 1 Milliarde DM, die Weltausstellungsgesellschaft müsse in vier Wochen die Karten auf den Tisch legen und zeigen, dass die Leute, die dort ein paar hunderttausend Mark Jahresgehalt kriegen, mindestens ansatzweise Qualitäten besitzen, die das rechtfertigen."

Gut gebrüllt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was hat das Land denn seit 1998 getan, Herr Ministerpräsident? Was hat das Land aus diesen Erkenntnissen von damals gelernt? - Letztendlich ist es jetzt nach zwei Jahren schlimmer geworden, als damals befürchtet wurde. Sie haben uns 150 DM Schulden für jeden Niedersachsen als EXPO-Last hinterlassen. Haben Sie die Besucherprognosen selber überprüft? Haben Sie die Erlebnisqualität bei den von der EXPO selbst verkündeten 400.000 Tagesbesuchern in irgendeiner Weise auch überprüft und für nachvollziehbar gehalten?

(Zuruf von der SPD: Die stehen leider nicht zur Verfügung, die 400.000!)

Bei der EXPO ist es ja noch viel schlimmer. Nicht nur, dass der Ministerpräsident jetzt das von Minister Fischer im Juni noch weiter hochgehaltene Milliardenplus an Steuermehreinnahmen, um die Verhandlungsposition gegenüber dem Bund und der Öffentlichkeit zu verbessern, auf 1,5 Milliarden DM, auf ein realistisches Niveau, herunterholt hat, nein, bei der EXPO geht es auch nach dem Motto: Die Kleinen hängt man, und die Großen lässt man laufen.

Wir haben in der Wirtschaft, in der Region, vor allen Dingen in der Gastronomie jede Menge Pleiten. Dagegen müssen wir uns von der EXPO-

Geschäftsführung anhören, dass sich die Zahlungen der großen Konzerne, die Weltpartner sind, aufgrund der geringeren Besucherzahlen um mehrere hundert Millionen DM reduzieren. Ich meine, das ist offensichtlich ein Geschäftsgebaren der EXPO, das in keiner Weise mit einer sozialdemokratischen Landesregierung in Einklang zu bringen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch da fordere ich Hilfen für die regionale Wirtschaft und ein entschiedenes Vorgehen gegenüber den Vertragsbildungen, die bei der EXPO offensichtlich mit zweierlei Maß messen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat nun Herr Wulff.

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt doch mal mein Unverständnis äußern. Herr Hagenah, wenn Sie eine Hochzeitsfeier ausrichten, wenn Sie einen Geburtstag feiern, und da geht etwas schief, dann führen Sie doch die Debatte darüber, was schief gegangen ist, nicht während der Feier, sondern das machen Sie anschließend, um es beim nächsten Mal besser zu machen;

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

es sei denn, Sie sind als Wollsockenpartei gar nicht in der Lage, mal fröhlich zu feiern und einfach mal einen drauf zu machen und die Welt zu Gast zu haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD - Heiterkeit)

Ich selber bin jedenfalls froh und glücklich darüber, dass wir in diesen Tagen über 100.000 Menschen pro Tag auf unsere Stadt Hannover, auf unsere Landeshauptstadt, auf unser Land aufmerksam machen, dass 96 % bis 99 % derer, die kommen, begeistert sind von dem, was sie dort sehen.

(Zuruf von der SPD: Eben!)

Ich sage Ihnen, Herr Hagenah, wenn Sie die glänzenden Schüleraugen und Schülerinnenaugen dort

auf der EXPO für das Thema "Mensch, Natur, Technik" sehen,

(Lachen bei den GRÜNEN)

dann haben die für Ihre beckmesserischen Einlassungen hier überhaupt kein Verständnis mehr; und Sie verlieren eine ganze Generation.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir haben eine Weltausstellung in unseren Stadtmauern, hier in der Landeshauptstadt, die weltweit - nicht in allen Teilen, aber in vielen Teilen der Welt - Furore macht, die ein anderes Bild von Deutschland zeigt, besonders auch fremdenfreundlich, ausländerfreundlich, weltoffen, fröhlich. Dieses Bild von Deutschland wollen wir auch die nächsten zwei Monate weiterhin zeigen.

Natürlich hat es ein paar Dinge gegeben, über die zu reden sein wird. Aber dieser volkswirtschaftliche Effekt an Begeisterung, an Aufbruch, an Zukunftsoffenheit, das ist etwas, über das wir uns im Landtag freuen sollten, auch wenn im Moment weniger kommen, als wir kalkuliert hatten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Finanzminister Aller!

Aller, Finanzminister:

Herr Hagenah, was Sie hier machen, würde ich als bewusste Geschäftsschädigung bezeichnen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Mitten in der Veranstaltung, mitten in dem Aufwärtstrend setzen Sie an der Debatte an, die Sie schon vor der EXPO geführt haben.

(Zuruf von Frau Pawelski [CDU]: Ja, hier!)

Man hat das Gefühl, Sie sind ärgerlich gewesen, dass die EXPO so hervorragend gestartet ist.

(Lachen bei den GRÜNEN - Schröder [GRÜNE]: Das ist ein Rohrkrepierer!)

Sie haben vorher Prognosen in die Welt gesetzt über Preissteigerungen bei den Mieten, über Ver-

kehrschaos zur EXPO, über Probleme bei der Auslastung der Hotels. Sie haben davon geredet, dass die Infrastruktur in dieser Region zerbrochen würde. Das war vor der EXPO. Dann haben Sie erst einmal beobachtet. Mittendrin, nachdem das alles nicht eingetroffen ist, was Sie vorausgesagt haben, nachdem sich die positiven Merkmale der EXPO, wie von Herrn Wulff eben dargelegt, darstellen lassen, fangen Sie sechs Wochen vor Ende der EXPO an und versuchen, die Debatte für die Zeit nach der EXPO vorzubereiten.

Es gibt offensichtlich zwei unterschiedliche Umgangsweisen mit diesem Projekt. Da gibt es diejenigen, die sich der Verantwortung stellen, die sich ableiten lässt aus der Beschlusslage der Bundesrepublik Deutschland mit der Stadt Hannover und mit Unterstützung der Landesregierung des Landes Niedersachsen, die EXPO hier für Deutschland auszurichten. Eindeutige Beschlusslage! Sie wollten das nicht. Die Mehrheit in diesem gesamten Land und die Mehrheit in Niedersachsen und Hannover wollten das. Dass sich Herr Hagenah als Hannoveraner hier nun hinstellt, der die EXPO ja als Hannoveraner wollte, und sie kritisiert, ist besonders makaber, weil jeder weiß, dass Hannover der große Gewinner dieser EXPO ist. Das kann überhaupt keiner begreifen, Herr Hagenah.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Was Sie auch vor große Probleme stellt, ist, dass alle, die zur EXPO gehen, die EXPO ausdrücklich gut finden und sich im krassen Gegensatz zu Ihrer Politik stellen, die Sie hier machen. Sie werden Probleme haben, jeden, der zur EXPO gegangen ist, mit Ihren blödsinnigen Argumenten zu erreichen. Das heißt nicht, dass sich an dieser Stelle irgendjemand der Verantwortung entziehen will, die im Zusammenhang mit der EXPO natürlich zu tragen ist. Da ist das Planungsrisiko gewesen. Die Vorbereitungen - das ist eindeutig so gewollt worden - sind von einer privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaft gemacht worden, mit Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Gesellschaftern. Gesellschafter ist auch das Land Niedersachsen. Wir haben natürlich unsere Vertretung in den Aufsichtsgremien wahrgenommen und als Gesellschafter auch im Hintergrund beobachtet, wie die Entwicklung ist. Anders ist auch gar nicht zu erklären, wie es seit 1994 bis zu der Notbewilligung, die wir jetzt gemacht haben, Schritt für Schritt unter Berücksichtigung der Prognosen der Einnahmesituation im Abgleich mit der Realität gelaufen ist.

Anders ist es nicht zu erklären, dass wir den Bürgerschaftsrahmen letztlich auf 1,77 Milliarden DM erhöht haben - unter der Ansage, dass die beiden Hauptgesellschafter, Land und Bund, jeweils zur Hälfte für ein entstehendes Defizit eintreten. Mit Unterstützung des Landtags haben wir schon im Voraus einen Verlust in Höhe von 400 Millionen DM erwartet und in den Bürgerschaftsrahmen eingerechnet. Mithin ist die Entwicklung nicht nur im Aufsichtsrat, nicht nur bei der Geschäftsführung oder bei den Gesellschaften, sondern auch für den Landtag immer sehr wohl nachvollziehbar gewesen.

Die Rechnung, die Herr Möllring aufgestellt hat, hätte jeder jeden Tag aus Angaben aus der Zeitung aufmachen können, hätte auch politisch aktiv werden können. Die Grünen hätten im Landtag auch einen Antrag stellen können, die EXPO mittendrin abubrechen. Das haben sie nicht getan.

Der entscheidende Punkt ist: Wann hat sich die Lage so zugespitzt, dass das Land als Gesellschafter zusammen mit dem Bund in der kritischen Situation der Liquiditätsprobleme und der Überschuldung tätig werden musste? - Sie wissen - ich habe im Haushaltsausschuss darüber berichtet; Herr Hagenah, da müssen Sie einmal mit Ihrem Kollegen Golibrzuch sprechen -, wie sich die Situation zugespitzt hat. Dann hat das Land mit dem Bund reagiert.

Nun zu der Mär, die Verhandlungsposition Niedersachsens habe sich dadurch verschlechtert, dass wir in dieser konkreten Situation eine Beschlussfassung auf der Basis der Aufteilung 50 : 50 herbeigeführt haben. - Die Verhandlungen mit dem Bund, zwischen Ministerpräsident Gabriel, dem Kanzleramt, dem Finanzminister Eichel und mir, laufen. Es ist verabredet und auch sicher, dass die Aufteilung im Verhältnis von 50 : 50 zugunsten des Landes verändert wird. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Grünen hier in Niedersachsen, Sie können eine Menge dafür tun, dass Niedersachsen bei der Aufteilung günstiger abschneidet. Sorgen Sie dafür, dass die Grünen im Bund dann, wenn es zum Schwur kommt, die Haushaltsmittel beim Bund erhöhen, damit sie bei uns gesenkt werden können! - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Frau Kollegin Harms!

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das sind ja merkwürdige Höhenflüge in dieser Debatte um die EXPO heute. Das Thema „Wollsocke“ habe ich schon lange nicht mehr gehört. Da es ausgerechnet hier zur Sprache kommt, muss ich als Vertreterin dieser Wollsockenpartei natürlich etwas dazu sagen.

Ich trage die ganz gerne, und zwar dann, wenn es angesagt ist. Sie, Herr Wulff, haben auch manchmal kalte Füße - das könnte ich mir jedenfalls vorstellen -; also machen Sie die Wollsocken nicht schlechter, als sie sind.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wir machen es nur nicht zum Parteiprogramm!)

Nun zum Thema Geburtstagsfeier und dazu, die Grünen könnten nicht feiern, weder Geburtstage noch Hochzeiten. - Vielleicht sollten wir Sie einmal einladen.

(Schröder [GRÜNE]: Lieber nicht! Dann geht die Stimmung in den Keller!)

Wir feiern sehr gern, sehr viel, oft auch sehr opulent, aber was wir uns nicht nehmen lassen, ist, unsere Feste selber zu bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das machen wir auch!)

Wir haben das in diesem Landtag oft debattiert. Ich glaube nicht, dass Sie das ändern wollen.

Aber nun Scherz beiseite - so ernst war das alles von Ihnen vielleicht auch nicht gemeint, Herr Wulff -: Ich glaube, dass wir unabhängig von dieser Debatte hier heute in Zukunft noch so manche ernste Diskussion darüber führen werden, wie denn dieses 2,4-Milliarden-DM-Defizit zu schultern sein wird. Ich glaube, dass so mancher Mensch in Niedersachsen, sei es ein Schüler oder sei es eine alte Frau, der es nicht gut geht, oder sei es sonst wer, über Kürzungen im Landeshaushalt, über Einsparungen noch heftig klagen wird. Dann werden Sie natürlich wieder losgehen und sagen: Das alles war ein schönes Fest. Wir haben doch alle mitgefeiert.

(Wegner [SPD]: Nicht reden, handeln, Frau Harms!)

Es wird uns noch in so mancher Situation sehr schwer fallen, glaube ich, diese Schönrednerei, die hier betrieben wird, wenn es um das Defizit und nicht um das Fest geht, durchzuhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich würde mir wünschen, dass tatsächlich einmal Seriosität in diese Auseinandersetzung um das Defizit käme. Aber dazu sind diejenigen, die die ganze Zeit ihrer eigenen Propaganda rund um die EXPO geglaubt haben, bisher überhaupt nicht bereit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Ministerpräsident - zu Geburtstagsfeiern.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wo feiern wir denn heute Abend?)

Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ministerpräsidenten - das wissen wir in diesem Hause ja nur allzu gut - bezahlen ihre Feiern, wie ich höre, besser selbst.

(Zustimmung von Möllring [CDU]
- Möllring [CDU]: Warum ist denn Glogo heute nicht da? - Eveslage [CDU]: Der feiert noch nach!)

- Manchmal wäre es auch ganz gut, Herr Möllring, wenn Sie nicht da wären; dann müssten wir nicht über Disketten und anderes reden.

(Zustimmung bei der SPD - Möllring [CDU]: Das glaube ich, dass Sie sich das wünschen!)

Aber ich wollte eigentlich etwas anderes sagen.

Erstens. Frau Kollegin Harms, Herr Kollege Hagenah, nur damit das klar ist: Der Landeshaushalt für das Jahr 2001 ist von der Landesregierung im Frühjahr dieses Jahres verabschiedet worden, also deutlich vor Beginn der EXPO, zu einem Zeitpunkt, zu dem in der öffentlichen Debatte jedenfalls noch ein relativ geringes Defizit prognostiziert wurde. Zu diesem Haushaltsentwurf, Frau Kollegin Harms, gibt es von der Landesregierung keine Kürzungsvorschläge und wird es, wie ich höre, auch von der SPD-Fraktion keine Kürzungen

vorschläge geben. Wir werden die finanziellen Probleme mit der Weltausstellung bewältigen, ohne dass wir an den vorgesehenen Schwerpunkten der Landespolitik, insbesondere der Bildungspolitik, Kürzungen vornehmen, weil das natürlich unvertretbar wäre.

(Klein [GRÜNE]: Das kommt aus der Portokasse! - Unruhe)

- Ich weiß, das ist schwierig, aber vielleicht können Sie jetzt einmal zuhören; nachher können Sie das ganze Thema ja wieder so behandeln wie üblich.

Es gibt einen relativ einfachen Beleg dafür. Sie brauchen nur den Landeshaushalt zur Hand zu nehmen und sich anzuschauen, was darin steht. Am Ende werden wir feststellen, was wir verabschieden. Jedenfalls wird es nicht zu Kürzungen gekommen sein; im Gegenteil: Wenn Sie gelegentlich die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" lesen, dann werden Sie festgestellt haben, dass wir in zwei Bereichen, insbesondere bei der Wirtschaftsförderung und den Kommunen, beim Quotalen System, gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf noch 100 Millionen DM draufpacken müssen, wie ich einmal sagen möchte.

Also: Von Kürzungen, allemal von prognostizierten, kann keine Rede sein. Dass Sie es trotzdem gern machen würden, verstehe ich. Aber wenn man einen einfachen Beleg will, dann braucht man nur in den Entwurf des Landeshaushalts zu schauen.

Zweitens. Wir werden am Ende der Weltausstellung sicherlich darüber zu diskutieren haben: Wie sind bestimmte Probleme entstanden? Wer hat die zu verantworten? - Darauf freue ich mich, ganz besonders auf die Debatte mit den Grünen, weil wir einen Teil der kulturellen Arroganz, die da vorher an den Tag gelegt worden ist, in einigen Landtagsreden und -beschlüssen, auch im Rat der Stadt Hannover, wieder finden.

(Frau Pawelski [CDU]: Oh ja!)

Wir wissen auch, wer die entsprechenden Anträge gestellt hat. Von daher habe ich kein Problem damit.

Am 7. Juli, glaube ich, war es, als der Aufsichtsrat getagt hat. Sie wissen, dass Aufsichtsratsbeschlüsse, jedenfalls die Beratungen, nichtöffentlich sind. Ich darf Ihnen versichern, dass ich überhaupt kein Problem damit habe, in einem entsprechenden Ausschuss deutlich zu machen, auf welcher

Grundlage wir da getagt haben, was die Zahlen gewesen sind, welche Prognosen betreffend Besucherzahlen am 7. Juli abgegeben worden sind und welche Statistiken dort verteilt worden sind zu der Frage, wann welcher Bürgschaftsrahmen erreicht wird. Da habe ich eine ganz ruhige Position, weil sich das deutlich von dem unterscheidet, was der Herr Finanzminister ein paar Wochen später hat einlösen müssen.

(Hagenah [GRÜNE]: Das haben Sie alles geglaubt?)

- Herr Hagenah, ich weiß, dass Sie das alles besser wissen, aber bedenken Sie: Abgesehen davon, dass man Dinge kritisch hinterfragt, was wir getan haben, wird man sich am Ende im Aufsichtsrat an die Spielregeln, an die Gesetze, halten müssen, was das Handeln von Aufsichtsräten angeht. Sie interpretieren die Aufsichtsratsstätigkeit anders. Sie meinen, fernab jeglicher Rechtsvorschriften da herumregieren zu können. Das sind ja die Probleme gewesen, die wir am Anfang der Weltausstellung hatten. Wir haben uns dann daran beteiligt - das gebe ich gern zu -, Beschlüsse herbeizuführen, die aus meiner Sicht dazu geführt haben, dass die Besucherzahlen danach deutlich gestiegen sind. Das können Sie ganz einfach nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssten mir dann einmal erklären, wieso ein Steigen der Besucherzahlen dazu führt, dass das Defizit größer wird. Das müssten Sie gelegentlich einmal erläutern.

(Hagenah [GRÜNE]: Weil Sie die Preise reduzieren!)

- Entschuldigung! Wenn man mit niedrigeren Preisen wenigstens ein paar Mark einnimmt, dann ist das doch besser, als wenn gar keiner kommt und gar nichts bezahlt wird, Herr Hagenah!

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen hat sich an der Tageskarte für 69 DM gar nichts geändert.

Ich will das alles nur andeuten, um klarzumachen, dass ich überhaupt kein Problem habe, mich auf eine solche Diskussion zu freuen.

Meine Damen und Herren, wir werden uns aber nicht daran beteiligen - da gebe ich dem Kollegen Wulff ausdrücklich Recht -, sozusagen selffulfilling prophecys zu organisieren, also vor der EXPO

zu beginnen, die Weltausstellung niederzureden, während der Weltausstellung jede Gelegenheit zu nutzen, die Weltausstellung kaputtzureden, dem Land und der Landeshauptstadt zu schaden, und nachher noch als Besserwisser dazustehen. Das werden wir nicht mitmachen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD
- Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 b erledigt.

Wir kommen jetzt zu

c) Dunkle Wolken am Konjunkturhimmel - Schwacher Euro und ungerechte Ökosteuer treiben Sprit- und Energiepreise in die Höhe - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1850

Das Wort hat der Abgeordnete Möllring.

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben in diesen Tagen allenthalben Proteste bezüglich der Energiekosten und insbesondere der Ökosteuer. Lassen Sie mich hierzu einige Aspekte anführen.

Ein Aspekt ist relativ einfach zu erklären. Auf der letzten Betriebsversammlung am 7. September hat der VW-Chef Piëch erklärt, die Spritpreise seien Grund für die Käuferzurückhaltung, die stetige Erhöhung der Kraftstoffpreise in Deutschland sei ein Grund für die Käuferzurückhaltung im Inland, und das bewirke erhebliche Einbrüche in der Autoindustrie. Sie wissen, dass die Konjunktur in Niedersachsen im Wesentlichen von der Autoindustrie abhängig ist und dass damit unserer Wirtschaft massiv geschadet wird.

(Beifall bei der CDU)

Sie können hier nicht das Argument anführen, dass der Euro so schlecht steht und damit der Dollar teuer ist und aus dem Grunde ein Barrel Öl 40 Dollar und dementsprechend der Liter Benzin 40 Pf kosten. Denn auf diese 40 Pf schlägt der Bund 140 Pf obendrauf. Bei einem Spritpreis von 2 DM bleiben für die Konzerne für den Transport, die Herstellung, den Vertrieb und den Gewinn

noch gut 20 Pf. Das ist die Realität. Auch wenn der Ölpreis jetzt ein wenig sinken wird, weil die Fördermengen erhöht werden, wird der Spritpreis ab 1. Januar nach erklärtem Ziel der Bundesregierung - der Bundeskanzler hat dies noch gestern gesagt; was er morgen sagt, das wissen wir noch nicht - noch einmal um 6 Pf plus Mehrwertsteuer, also um 7 Pf steigen. Das heißt, der Staat ist ganz eindeutig der Preistreiber bei der Energie.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von
Wegner [SPD])

- Herr Wegner, ich erzähle es Ihnen gleich. - Herr Schröder hat erklärt, ein schwacher Euro sei im Interesse der deutschen Wirtschaft, weil dadurch der Import gefördert wird, Herr Wegner.

(Zuruf: Export!)

- Der Export. - Nun haben natürlich die Finanzmärkte fehlerhaft geglaubt, der Kanzler würde vorher nachdenken, bevor er etwas sagt, und sie haben dies für die Wirtschaftspolitik des Kanzlers gehalten und sind damit weiter aus dem Euro ausgestiegen, sodass er weiter gefallen ist und es weitere Importpreiserhöhungen, insbesondere bei der Energie, gibt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Fakt. Das können Sie in der Fachliteratur nachlesen. So einfach ist das manchmal.

(Inselmann [SPD]: Das glaube ich! -
Wegner [SPD]: Sie haben übersehen:
Wir haben weniger Arbeitslose als
Sie!)

Ich möchte Ihnen noch eines sagen: Vorhin hat Frau Harms die arme alte Frau, die demnächst das EXPO-Defizit zu tragen hat, erwähnt. Das wird die arme alte Frau vielleicht noch schaffen. Aber was die Menschen an Energiekosten sowohl für die Fahrt zum Arbeitsplatz als auch für die Heizung zu tragen haben, das machen Sie einmal Ihren Wählerinnen und Wähler in Ihren Wahlkreisen deutlich.

(Beifall bei der CDU)

Sie brauchen gar nicht jeden Einzelnen zu fragen. Die „Bild“-Zeitung hat sich in ihrer schönen Form, wie sie das macht, einen Durchschnittsmenschen ausgesucht und das einmal ausgerechnet: Er fährt zur Arbeit. Ein ganz normales Auto verbraucht 8 Liter Sprit pro km.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf: 100 km!)

- Pro 100 km. Er muss Heizöl kaufen. Kaufen Sie im Moment einmal Heizöl. Ein Liter Heizöl kostet im Moment 95 Pf. Im Mai hat er noch 48 Pf gekostet. Das heißt, es gibt 3.000 bis 4.000 DM pro Jahr Mehrbelastung für den normalen Haushalt. Das sind 400 bis 500 DM monatlich. Das können Sie nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der CDU – Inselmann [SPD]: Was hat das mit der Ökosteuer zu tun?)

Wir unterstützen ausdrücklich die Proteste der Fuhrunternehmen und derer Arbeitnehmer, die in diesen Tagen geschehen.

(Beifall bei der CDU)

Denn hier werden Arbeitsplätze in Deutschland in einer Weise vernichtet, wie es nicht mehr hinnehmbar ist. Das ist keine Frage der Ökosteuer. Wenn unsere deutschen Fuhrunternehmen und Spediteure nicht mehr konkurrenzfähig sind, dann haben sie zwei Möglichkeiten: Entweder sie gehen Konkurs, oder sie flaggen aus, wie das die gesamte Handelsmarine in Deutschland schon gemacht hat, und fahren mit schwarzen oder anderen Kennzeichen, d. h., sie gehen nach Polen oder nach Bulgarien, übernehmen dort den staatlichen Fuhrunternehmer und stellen für 2 DM pro Stunde rumänische Fahrer ein. Wenn das das erklärte Ziel dieser Bundesregierung ist, so Arbeitsplätze zu vernichten, um andere Leute auszubeuten, dann wird es unseren Widerstand geben.

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie doch einmal in das Branchenbuch in Ihrem Wahlkreis. Sprechen Sie einmal mit den Fuhrunternehmen und Spediteuren. Das sind zum Teil Kleinbetriebe mit zwei Lkws, mittlere Betriebe vielleicht mit 20, 30 oder 40 Lkws und Großbetriebe, die vielleicht eine Flotte von 100 Lkws haben. Fragen Sie diese einmal, was denen die Energie kostet, ganz abgesehen von den Lohnkosten, wenn sie denn nach Tarif bezahlen, was sie meistens noch tun, und wie sie darauf reagieren wollen. Ich wundere mich sehr über den Juristen Schröder, der sagt: Dadurch, dass die CDU die ernsthaften Sorgen der Arbeitnehmer und Spediteure um ihre Arbeitsplätze unterstützt, würde sie zur strafbaren Nötigung aufrufen. Seit wann ist es

denn Nötigung, wenn man für seine Arbeitsplätze demonstriert?

(Beifall bei der CDU)

Worin besteht denn der faktische Unterschied, wenn die ÖTV die Müllwerker mit den Fahrzeugen des Arbeitgebers zu Demonstrationen schickt, um 3, 5 oder 6 % mehr Lohn zu bekommen, oder wenn die Leute, die schlicht um ihren Arbeitsplatz Angst haben, ihren Lkw nehmen und mit diesem Lkw eine Demonstration durchführen? Das ist doch keine Nötigung. Die Leute haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Dass Sie das nicht sehen, Herr Inselmann, ist klar. Unsere 156 Arbeitsplätze hier stehen in der Verfassung, nicht für jeden Einzelnen, aber diese bleiben erhalten. Dann kann man natürlich arrogant daherlächeln. Aber wenn einer für 4.000 DM brutto auf einem Lkw sitzt und dieser Arbeitsplatz in Gefahr ist, dann sollten Sie sich mit an die Spitze stellen, und wir sollten alles tun, um diesen Leuten zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Inselmann.

Inselmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage mich, wo die Fürsorge der CDU in der Vergangenheit gewesen ist, als Helmut Kohl die Benzinpreise um 50 Pf erhöht hat.

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski [CDU]: Das wusste ich doch genau!)

Da habe ich Ihre Fürsorge nicht kennen gelernt. Es waren Ihnen die Interessen der Spediteure egal. Das haben Sie damals verteidigt.

(Zuruf von Heineking [CDU])

- Herr Heineking, Sie besonders. - Ich frage Sie: Wo waren Sie denn, als Herr Kohl das gemacht hat?

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, der entscheidende Unterschied ist aber, dass Sie damals das Geld im Haushalt verballert haben. Wir senken damit die Lohnnebenkosten. Das müsste eigentlich dazu führen, dass Sie einmal nachdenklich werden, was Sie eigentlich in Ihrer Zeit veranlasst und welche

Fehler Sie gemacht haben. Ich empfehle Ihnen, bei dem Thema Benzinpreiserhöhung kleinlaut zu sein und einfach zu attestieren, dass Sie da ein paar Fehler gemacht haben. Sie sollten besser nicht diese Kampagne fahren. Bereits Anfang Januar haben Sie schon Erfahrung darin gemacht, meine Damen und Herren, wie man damit scheitert. Ihre Kampagne vom Januar haben Sie kleinlaut zu Grabe getragen. Woran ist sie denn gescheitert, Herr Wulff? - Die Ökosteuer war ohne Zweifel eine Belastung von 6 Pf plus 1 Pf Mehrwertsteuer, also 7 Pf. Es ist unbestritten, dass das so war. Danach sind aber die Benzinpreise leicht gesunken. Die Akzeptanz für die Kampagne der CDU war dann gleich null, und hinzu kam Ihr Spendensumpf, der ein Übriges getan hat, sodass die Leute über andere Dinge geredet haben als über die Benzinpreiserhöhung, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU)

Jetzt kramen Sie Ihre alten Flugblätter, die schon ein wenig angestaubt sind, wieder heraus, holen die alten Parolen wieder heraus und glauben, das würde greifen.

In den vergangenen vier Monaten habe ich nicht registrieren können, dass eine Erhöhung der Ökosteuer stattgefunden hat. Ich habe aber wohl registrieren können, dass eine Verdreifachung des Ölpreises stattgefunden hat und dass wir einen schwachen Euro haben. Das führte dazu, dass der Benzinpreis um 35 Pf pro Liter gestiegen ist, ohne dass die Ökosteuer irgendeine Auswirkung darauf hatte. Das müssen wir ganz nüchtern festhalten. Meine Damen und Herren, daran wird deutlich, wer den Benzinpreis bestimmt

(Eveslage [CDU]: Wenn die Ökosteuer nichts gemacht hat, warum erheben Sie sie überhaupt?)

und wer den Benzinpreis in den vergangenen Monaten beeinflusst hat. Das war nicht die Bundesregierung mit der Ökosteuer, sondern waren die Ölkonzerne und natürlich die OPEC - unbestritten. Wir brauchen uns hier nicht darüber zu streiten, meine Damen und Herren, dass wir einen Benzinpreis von mehr als 2 DM - hier spricht man ja gemeinhin von einer Tabugrenze; diese kann man auch als solche bezeichnen - für zu hoch erachten. Das ist unbestritten. Aber wenn jetzt die CDU so tut, als hätte sie damit nichts zu tun, und zwar in der Vergangenheit und auch heute nicht, und als ob man als Politik es im Kreuz hätte, diese Entwick-

lung zu korrigieren, dann kann ich Sie nur noch als naiv bezeichnen.

Was würde nämlich passieren, meine Damen und Herren, wenn wir sagten - - -

Präsident Wernstedt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Busemann?

Inselmann (SPD):

Ich möchte das zunächst gern ausführen. Wenn am Schluss noch Zeit bleibt, dann vielleicht.

(Zurufe von der CDU)

Ich frage also, was passieren würde, wenn wir die Ökosteuer aussetzten oder gar eine Stufe zurücknähmen. Sie müssten dann übrigens schon einmal einen Vorschlag dazu machen, wie wir die Renten finanzieren wollen.

(Unruhe bei der CDU)

Dazu haben Sie bislang keine Vorschläge gemacht. Aber ich frage einmal losgelöst davon, was dann passieren würde. Die 6 Pf Entlastung, die die Autofahrer dann hätten, würden die Ölkonzerne dazu nutzen - das ist sehr wahrscheinlich; denn sie haben ja schon erklärt, dass der Benzinpreis längst noch nicht kostendeckend festgesetzt sei -, den Benzinpreis entsprechend zu erhöhen. Die Entlastung wäre dann also weg.

Ich stelle also fest: Die Gralshüterin der Marktwirtschaft kommt jetzt her und sagt: Der Staat soll intervenieren, weil der Preis uns nicht passt. - Das ist neu bei der CDU.

(Zurufe von der CDU)

Angesichts dessen frage ich mich, was mit Ihrer Einstellung zur sozialen Marktwirtschaft ist. Sie müssen uns also einmal erklären, wie Sie hier weiter verfahren wollen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich möchte jetzt noch auf zwei Dinge aufmerksam machen. Es ist ja ganz gut, wenn man einmal in die Geschichte zurückblickt. Dazu frage ich zunächst, was Frau Merkel zur Ökosteuer gesagt hat. Das ist ganz interessant. Frau Merkel war 1997 noch der Meinung, dass der Benzinpreis jedes Jahr um 5 Pf steigen sollte.

(Eveslage [CDU]: Europaweit!)

Frau Merkel war auch der Meinung - damals war sie noch Umweltministerin; das haben Sie vielleicht vergessen -

(Schirmbeck [CDU]: Keine frauenfeindlichen Erklärungen!)

dass ein Benzinpreis von 4,60 DM akzeptabel sei. Das war 1992. Vielleicht erinnern Sie sich noch daran. Daraufhin hat Herr Kohl gesagt, das kleine Mädchen wisse noch nicht so genau, wie sie damit umzugehen habe, und hat Frau Merkel zurückgepfiffen, als der Sachverständigenrat für Umweltfragen bei der Umweltministerin zu diesem Ergebnis von 4,60 DM als Benzinpreis gekommen war.

(Zurufe von der CDU)

Die Grünen hatten damals richtig Schwierigkeiten, das zu toppen. So nassforsch ist Frau Merkel seinerzeit vorgegangen.

Damit komme ich zu Herrn Merz.

(Glocke des Präsidenten)

Was erklärt denn der? Der sagt, wenn die Sozialabgaben reduziert würden, dann sei auch er für die Ökosteuer. Das ist Ihr Fraktionsvorsitzender im Bundestag, der das erklärt hat. Haben Sie das vergessen?

Ich frage mich also, wie Ihr Verhältnis zur Ökosteuer ist. Ihre Parteiführung sagt, wenn es in Sonntagsreden zum Thema passt oder wenn sie sich im Bereich der Umweltpolitik profilieren will, sie wolle die Ökosteuer. Wenn es aber eng wird, wenn den Leuten die Wahrheit gesagt werden muss, d. h. erklärt werden muss „Wir stehen zur Ökosteuer; die Belastungen sind hart, aber wir müssen diesen Weg weitergehen“, dann kneifen Sie, dann verabschieden Sie sich aus der Verantwortung. Wenn Sie glauben, dass Sie mit diesem Politikmodell in Niedersachsen zukunftsfähig sind, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass Sie das offensichtlich nur selbst glauben.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich möchte ein Letztes sagen, Herr Präsident. Dann komme ich auch zum Schluss. - Bei der Steuerreformdebatte haben wir sehr konstruktive Vorschläge der CDU zur Finanzierung vernommen. Damals hat die CDU, die sich neuerdings zur Lobbyistenpartei der Autofahrer entwickelt hat,

gefordert, zur Gegenfinanzierung der Steuerreform - das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - die Kilometerpauschale von 70 Pf auf 50 Pf zu reduzieren und Pendlern erst ab einer Strecke von 15 km überhaupt eine Kilometerpauschale zu gewähren. Sie müssen sich einmal fragen,

(Glocke des Präsidenten)

was das für das Land Niedersachsen, für die Entwicklung des ländlichen Raums hier bedeutet hätte.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Sie sehen, meine Damen und Herren, irgendwann holt Sie die Vergangenheit in diesen Fragen immer wieder ein.

Präsident Wernstedt:

Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Schluss!

Inselmann (SPD):

Ja, ich komme zum Schluss. - Es wäre ehrlicher, wäre auch für das Parlament und für die Parteien in diesem Parlament vernünftiger, wenn wir in Sachen Ökosteuer endlich zu einer gemeinsamen Linie fänden, die wir von Ihnen dann nicht mehr nur in Sonntagsreden vernehmen könnten. Wenn die CDU zur Verantwortung zurückfände, diese Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten und eine neue Energieversorgung gemeinsam mit uns einzuleiten, und zwar mit der Ökosteuer, dann wären auch Sie zukunftsfähig.

Präsident Wernstedt:

Nun ist genug!

Inselmann (SPD):

Da das aber nicht passiert, meine Damen und Herren - - -

Präsident Wernstedt:

Nun ist genug!

Inselmann (SPD):

- - - kann ich nur feststellen: - - -

Präsident Wernstedt:

Nun ist genug!

Inselmann (SPD):

- - - Mit Ihnen können wir in dieser Frage nicht rechnen. Das ist bedauerlich.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Präsident Wernstedt:

Herr Abgeordneter Wenzel für die Grünen!

Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle mir vor, wie sich der Kollege Wulff und der Kollege Möllring in ihren Limousinen von ihren Chauffeuren zu den Barrikaden auf der A 2 fahren lassen, wie Herr Wulff dann aussteigt, sich vor brennenden Autoreifen die Lederjacke anzieht und auf einen umgestürzten LKW klettert, kurz bevor er seine Brandrede hält.

(Heiterkeit bei der CDU - Möllring [CDU]: Das ist übrigens ein guter Vorschlag!)

Meine Damen und Herren von der CDU, da Sie verbal immer gegen jede Form von Extremismus und auch gegen Nötigung, Landfriedensbruch und Erpressung eintreten, würden ich mir dieses Bild dann doch gern anschauen. Ich bin gespannt, Herr Wulff, wie das in den nächsten Tagen mit Ihnen noch weitergeht und was für eine Karriere Sie auf der A 2 machen - und das, lieber Herr Wulff, lieber Herr Möllring, wider besseres Wissen, gegen die eigene Überzeugung

(Zurufe von der CDU)

und in Widerspruch zu dem Grundsatzprogramm Ihrer Partei! Beim letzten Mal haben wir hier Herrn Schäuble zitiert, der sich in bewundernswerter Klarheit in diesem Zusammenhang geäußert hat und im Gegensatz zu dem heutigen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU deutlich gemacht hat, dass man im Zweifel auch einmal vorangehen und die richtigen Schritte tun muss, wenn es notwendig ist.

(Zurufe von der CDU)

Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern - nach der Devise handeln Sie hier. Deswegen kann ich den Hinweis auf Ihre Unterstützung hier eigentlich auch nicht ganz ernst nehmen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts weltweit steigender Nachfrage auf dem Ölmarkt erleben wir heute die Preissignale eines Marktes von einem Produkt mit endlichen Ressourcen; denn das weiß heute jedes Schulkind, dass Öl auf dieser Welt nicht unbegrenzt vorhanden ist. Dieser Markt ist zudem durch Oligopole geprägt, d. h. wenige Anbieter sind noch in der Lage, sich zusätzliche Monopolrenditen am Markt zu holen.

Was erleben wir auf der anderen Seite? Wir erleben eine CDU, die gleich herkommt und staatliche Eingriffe fordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir erleben eine LKW-Unternehmer-Lobby, die einseitige Subventionen für eine Branche fordert, die schon heute besser dasteht als viele andere Branchen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

- Meine Damen und Herren von der CDU, was sollen die Bahner von der DB Cargo sagen? Was sollen die Eisenbahnunternehmen sagen, die zu den Nichtbundeseigenen Eisenbahnen gehören und von denen es mehr als 250 in diesem Lande gibt?

(Unruhe bei der CDU)

Ich könnte noch viele andere Branchen nennen, meine Damen und Herren, die schon in der Vergangenheit nicht so hoch subventioniert worden sind wie die LKW-Unternehmer-Branche.

Meine Damen und Herren, die CDU fordert Planwirtschaft und die Rückkehr zum Sozialismus. Ich lache mich tot, wirklich! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Preissignale auf diesem Markt deuten aber auf eine Entwicklung hin, die ohne Alternative ist; denn Öl lässt sich nicht wieder herzaubern, Öl lässt sich nicht basteln, sondern die Ölressourcen sind endlich.

Deshalb treten wir für eine Entwicklung ein, bei der darauf gesetzt wird, dass Ökosteuer und Mineralölsteuer im verstärkten Umfang eingesetzt werden für Forschung, Entwicklung und Anwendung der Wasserstofftechnologie, der Brennstoffzelle.

Vor mir steht ein Glas Wasser. Wissen Sie, Herr Möllring, wie weit man damit in Zukunft fahren kann? - Hinten kommt es heraus, und vorher kann man es in Wasserstoff und Sauerstoff spalten.

(Möllring [CDU]: Ich weiß!)

Mit diesem Treibstoff werden in Zukunft Blockheizkraftwerke und Autos betrieben werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Das ist Hightech. Wir werden daran gehen, die Ökosteuern und die Mineralölsteuer für diesen Zweck und darüber hinaus für die Entwicklung von Biodiesel und für das Dreiliterauto einzusetzen, lieber Kollege Heineking.

Meine Damen und Herren, außerdem wollen wir die Bahnpreise senken. Wir wollen die höchste Mehrwertsteuer in Europa auf die Fernverkehrspreise der Bahn halbieren. Das bedeutet 8 % Preissenkung sofort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen diejenigen entlasten, die die hohen Heizölpreise zu erwarten haben, und zwar indem Heizungen und Altbauten saniert werden.

Das sind Dinge, die über den Tag hinausgehen und für die Menschen eine Entlastung mit sich bringen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu meinem letzten Satz: Wenn wir all das tun, d. h. in den richtigen Bereichen investieren, dann wird die gesamte Branche - das hat schon begonnen -, ob das Energietechnik ist, ob das umweltfreundliche Autos sind, ob das die ganze Technologie ist, die dazugehört, ein Konjunkturmotor für eine ganz, ganz lange Zeit sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Zum selben Punkt spricht noch einmal der Abgeordnete Möllring. Die CDU-Fraktion hat noch sieben Minuten Redezeit.

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wenzel, Sie haben hier Ihren Treibstoff stehen lassen.

(Heiterkeit)

Es ist übrigens unbestritten, dass die Wasserstofftechnologie die Technologie der Zukunft ist. Im Moment braucht man aber so viel Energie, um Wasser zu spalten, dass es nicht wirtschaftlich ist. Sie müssen sich dann entweder zur Atomtechnologie bekennen und dazu, dass man so Energie erzeugt, oder Sie müssen den Transportweg und die Lagerung klären. Das müssen Sie also noch erklären.

Lassen Sie uns aber zum Thema zurückkommen. Herr Schröder hat, als er Bundeskanzler wurde, versprochen, dass eine Steuererhöhung von maximal 6 Pf pro Liter Benzin stattfinden würde und dass das für diese Legislaturperiode das Ende der Fahnenstange wäre. Jetzt müssen wir feststellen, dass 35 % geplant sind und er daran festhalten will. Das heißt, der Staat vervielfacht noch einmal den Spritpreis.

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Wir leben in einem Flächenland, Herr Wegner, und das hat zwei negative Auswirkungen, wenn der Spritpreis so hoch ist, nämlich zum einen für die Arbeitnehmer - die noch eine Arbeit haben -, die zur Arbeit fahren müssen, und zum anderen für die Versorger, d. h. für die Produzenten, die ihre Ware an den Markt, also an den Kunden, bringen müssen; denn Transportkosten sind Vertriebskosten. Der Verbraucher in Deutschland wohnt nun einmal in Nordrhein-Westfalen, weil dort 18 Millionen Einwohner leben. Das ist für eine Investitionsentscheidung eben von erheblicher Bedeutung. Wenn die Transportkosten zu hoch sind, dann gehe ich zum Kunden. Das heißt, es wird eine Verlagerung von Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern nach Nordrhein-Westfalen stattfinden. Natürlich wird nicht VW seine Klamotten einpacken und nach Nordrhein-Westfalen gehen. Das werden Betriebe sein, die vielleicht zehn, 20 oder 200 Mitarbeiter haben. Das wird nicht groß auffallen, aber wir werden es hinterher in der Statistik stehen haben, und ein Wirtschaftsminister müsste da eigentlich etwas tun.

Eines will ich betonen: Der Staat soll hier nicht eingreifen. Wir rufen nicht nach staatlichem Eingriff. Wir rufen danach, dass der Staat es lässt, in

die Benzinpreise einzugreifen, danach, dass er am 1. Januar nächsten Jahres nicht erhöht,

(Beifall bei der CDU)

danach, dass er am 1. Januar 2002 nicht erhöht, und danach, dass er am 1. Januar 2003 nicht erhöht.

Es ist doch komisch: Wenn bei uns einmal ein paar Lkws ums Hotel fahren und Herr Gabriel zu Fuß zu seiner SPD-Wahlveranstaltung gehen muss, dann reden wir von Nötigung. Wenn in Frankreich die Reifen brennen, dann sagt der Staat - auch ein sozialistischer Staat -: Wir subventionieren Diesel mit 20 Pf. Der Unterschied ist, dass bei uns eben noch kein Chaos herrscht, sondern die Leute versuchen, mit Argumenten zu handeln, und eben nicht mit Nötigungen vorgehen.

(Inselmann [SPD]: Wenn Sie mit dem Lkw im Kreis fahren, ist das natürlich ein gutes Argument! Da haben Sie Recht!)

Sie werden ausgelacht: Sie werden vom Kanzler ausgelacht, und sie werden von Ihrem Umweltminister Trittin ausgelacht. Der hat den Leuten am letzten Sonntag im Fernsehen etwas geboten, nämlich mit seiner arroganten Miene gesagt: Ich habe keinen Führerschein. - Der hat einen Chauffeur. Ich habe keinen. Darüber sollten Sie sich einmal Gedanken machen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben eben über Busse und Bahnen geredet. Die Busunternehmen haben die Preise wegen der Ökosteuer erhöht. Die Bahn hat erklärt, sie werde die Preise wegen der Ökosteuer erhöhen müssen, weil die Bahn der größte Nettozahler der Ökosteuer ist. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie politisch in Sonntagsreden erklären. Sie verteuern die Bahn.

Hinsichtlich der Taxifahrer hat die Regierung gesagt: Dann müssen die eben ihre Einnahmen erhöhen. Wissen Sie, was eine Taxifahrt heutzutage kostet und wer sich das noch leisten kann? - Wenn die noch weiter erhöhen, dann werden noch einige Taxibetriebe in Konkurs gehen, und dadurch werden Arbeitsplätze vernichtet. Darum geht es uns. Genau das finde ich an Ihnen, Herr Inselmann, so schlimm, nämlich dass Sie hier diesen ganzen Unsinn vertreten haben und nicht einmal an die

Arbeitsplätze, an die Familien und an die Haushalte gedacht haben,

(Beifall bei der CDU)

sondern hier nur Ihren ideologischen Unsinn vertreten.

(Beifall bei der CDU - Beckmann [SPD]: Sie hinterlassen uns 4,1 Millionen Arbeitslose und reden hier über Arbeitslose! Das darf doch nicht wahr sein! Die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte verantworten Sie, und dann reden Sie über Arbeitslose! Ich würde mich schämen! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Wir können uns gerne darüber unterhalten.

(Beckmann [SPD]: Das sollten wir einmal tun!)

Sie haben Glück hinsichtlich der Zahlen, weil der demografische Faktor eintritt und viele in Rente gehen.

(Oh! bei der SPD)

Wir werden einmal sehen, wie viele Arbeitsplätze durch Sie geschaffen worden sind. Was Sie hier machen, ist Arbeitsplatzvernichtung pur, und zwar in Deutschland.

(Beckmann [SPD]: Eine schlechte Wirtschaftspolitik haben Ihre Leute damals in Bonn vertreten! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dadurch wird kein Liter Benzin eingespart, Herr Beckmann, sondern die Arbeitsplätze werden hier vernichtet und im Ausland geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat für bis zu zwei Minuten der Abgeordnete Schwarzenholz.

Schwarzenholz (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass die gegenwärtige Kampagne der CDU gnadenlos populistisch ist, das weiß jeder, der einigermaßen fundierte Hintergrundinformationen hat. Das ist kein Geheimnis.

Die gegenwärtige Preiserhöhungswelle wurde nicht durch die Ökosteuer veranlasst, sondern durch die hier schon genannten Faktoren. Aber wir hier im Landtag, meine Damen und Herren - auch Sie, liebe Kollegin Harms -, führen ja ab und zu Besuchergruppen und diskutieren mit Schülerinnen und Schülern. Dabei konnten wir bereits Anfang des Jahres feststellen, dass es eine breite Ablehnung dieser Form der Ökosteuer gibt, weil die Menschen das Gefühl haben, dass das, was ihnen abgenommen wird, nicht wieder bei ihnen ankommt. Selbst in Arbeitnehmerhaushalten, die zum Teil von den Lohnnebenkosten entlastet werden, kommen nur etwa 50 % dessen, was sie vor dieser letzten Welle mehr bezahlt haben, wieder bei ihnen an. Das heißt, es kommt nicht an. Es wird so umverteilt, dass die Menschen nicht das Gefühl haben, dass Mobilität in anderer Form möglich ist. Es wird nicht in Verkehr investiert.

Als ich heute mit dem Zug zum Landtag gefahren bin, habe ich in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ gelesen, dass die Deutsche Bahn AG ausgerechnet heute eine Nahverkehrspreiserhöhung ankündigt und das mit den gestiegenen Energiekosten begründet. Dann kann man doch fragen: Wie sollen die Leute das denn noch begreifen? - Wenn wir tatsächlich die notwendigen Veränderungen im Verkehr erreichen wollen, dann muss für die Menschen auch spürbar werden, dass solche Veränderungen stattfinden. Das ist aber nicht der Fall, weil parallel zu den Verteuerungen im Individualverkehr auch die anderen Verkehrsleistungen teurer werden und weil letztendlich auch die Ökosteuer zu einer Senkung des Realeinkommens führt. Das akzeptieren die Menschen heutzutage einfach nicht mehr - dafür sind die Löhne in der letzten Zeit einfach nicht genug gestiegen -, und die Menschen wollen nicht weitere Lohnsenkungen hinnehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich kann dazu nur sagen: Wenn die Bundesregierung dem Ziel eines ökologischen Umbaus ernsthaft dienen will, dann setzt sie zumindest die nächste Stufe der Ökosteuer aus. Das ist das Mindeste, was man in dieser gegenwärtigen Lage tun muss.

(Wenzel [GRÜNE]: Meine Güte! Da fällt mir nichts mehr ein, Herr Schwarzenholz! - Glocke des Präsidenten)

Sie können nicht einfach das Denken der Menschen und ihre Erfahrungshorizonte beiseite schieben. Wer das tut, der arbeitet der populistischen Propaganda der CDU gnadenlos in die Hand.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist von Gysi gefaxt worden!)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat nun Umweltminister Jüttner.

Jüttner, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht finden wir die Ebene, die dem Thema angemessen ist. Das setzt voraus, dass wir uns einmal im Einzelnen mit den Daten befassen.

(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Wenn es in unserer Gesellschaft Branchen gibt - sei es die Landwirtschaft, sei es das Güterverkehrsgewerbe -, die den Eindruck haben, sie seien hochgradig benachteiligt und hätten Probleme im Wettbewerb, dann muss man sich damit gründlich befassen und erst einmal schauen, ob das stimmt. Das, was wir hier erleben, ist ja, dass Besorgnisse von Branchen durch gesellschaftliche Gruppen aufgegriffen und in einer Weise durch das politische Dorf gezerzt werden, die wirklich unerträglich ist. Das muss man schon so sehen.

Man kann es sich ganz einfach machen, meine Damen und Herren, und darüber diskutieren, dass Verbrauchsteuern bei uns eine normale Geschichte sind, mit denen wir öffentliche Aufgaben finanzieren. Von daher ist auch gar nicht zu kritisieren, dass von 1,10 DM, die zurzeit von jedem Liter an Mineralölsteuer eingenommen werden, 79 Pf in den letzten Jahren von der CDU und nur 28 Pf von der Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung auferlegt worden sind.

(Möllring [CDU]: Das war einstimmig im Bundestag!)

Ich finde, das ist eine ganz normale Geschichte, weil Verbrauchsteuern per se ja nichts Unredliches sind. Es wird nur dann unredlich, wenn man das als politische Diffamierungsstrategie benutzt, und das versuchen Sie hier gegenwärtig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wer mit den Branchen diskutiert, der sollte sich die neuesten Zahlen des Bundesfinanzministeriums vornehmen - die erscheinen übrigens wöchentlich -, in denen genau aufgelistet ist, wo Deutschland im europäischen Vergleich gerade steht. Ich kann Ihnen das einmal hochhalten. Die Zahlen nehmen sich nichts. Das geht hier bei Benzin von 1,63 DM bis 2,69 DM. Deutschland befindet sich mit 1,99 DM genau in der Mitte.

(Schirmbeck [CDU]: Das ist schon überholt!)

- Ja, Entschuldigung, Herr Schirmbeck. Das sind die August-Zahlen. Die neuen Zahlen unterscheiden sich davon nicht, weil sie im europäischen Vergleich genau das gleiche Bild wiedergeben: Deutschland steht mittendrin. Von daher ist Deutschland nicht besonders belastet und entwickelt sich im normalen Trend mit.

Die Gründe dafür sind hier im Übrigen benannt worden. Deshalb muss ich die gar nicht im Einzelnen wiederholen. Wer hier aber fordert, dass die Ökosteuer weg muss, der muss der deutschen Bevölkerung dann auch erklären, wo der Anteil von in diesem Jahr 16,6 Milliarden DM an den rund 137 Milliarden DM, die aus öffentlichen Mitteln zur Stabilisierung der Rentenversicherung gezahlt werden, hergeholt werden soll. Sie können hier nicht erzählen „Weg mit der Ökosteuer!“ und gleichzeitig den Eindruck erwecken, als könnten Sie die Versicherungssysteme in Ordnung halten. Das ist wirklich verlogen bis auf die Knochen, und das lassen wir mit uns hier nicht machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich finde, die Debatte muss ganz anders aufgezo- gen werden. Ich wollte aber zuvor an zwei, drei Zahlen zeigen, wie unredlich Ihre Argumentation ist.

Das Entscheidende für mich ist: Warum machen wir das eigentlich?

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Möllring?

Jüttner, Umweltminister:

Wenn es nicht wehtut!

Vizepräsident Gansäuer:

Bitte!

Möllring (CDU):

Herr Minister, was Sie zur Rente gesagt haben, bezieht sich ja auf die bisher eingenommene Öko- steuer. Wenn wir die so genannte Ökosteuer ab dem 1. Januar 2001 aussetzen, bliebe ja der andere Betrag dem Staat erhalten.

Jüttner, Umweltminister:

Da haben Sie völlig Recht. Für den gesamten Zeitraum bis 2003 ist durchgerechnet, welcher Anteil über die erhöhte Ökosteuer hereinkommt. Der wird genau zum Ausgleich der Entwicklung im Rentenbereich eingesetzt.

(Zurufe von der CDU)

- Bis zum Jahr 2003! Die Zahlen stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Aber mein Ausgangspunkt ist ein anderer. Warum diskutieren wir über ökologische Modernisierung? Wir sind der Meinung, dass nur eine solche Gesellschaft zukunftsfähig ist, die mit ökologischen Fragen anders umgeht, die auf Energieeffizienz setzt, die auf eine ressourcenschonende Produktion Wert legt.

Ich bin mir mit denjenigen unter Ihnen einig, die über den Tellerrand gucken können und ebenfalls erkannt haben, dass bei uns Arbeit zu teuer und Energieeinsatz zu kostengünstig, zu billig ist. Weil das so ist, kann es keinen anderen programmatischen Ansatz geben als: Runter mit den Arbeitskosten, rauf mit den Energiekosten. - Das ist das Prinzip.

Dass der Teufel dabei im Detail steckt, ist überhaupt keine Frage. Deshalb kommt es darauf an, das so auszugestalten, dass man unter den Gesichtspunkten der Effizienz, der Sozialverträglichkeit und der Planbarkeit zu vernünftigen Strategien kommt.

Wissen Sie, was im Vergleich zur europäischen Debatte das deutsche Problem ist? In einem großen Teil der europäischen Länder gibt es einen parlamentarisch-politischen Konsens über die Notwendigkeit der Ökologisierung des Steuersystems. Dort wird darüber gestritten, ob das Instrument präzise eingesetzt wird. Diese Debatte führt voran.

Was wir hier mit Ihnen führen müssen, ist eine Debatte von vorgestern. Ich muss hier im Zweifel Details der ökologischen Steuerreform verteidigen, die nicht präzise angelegt sind, weil Sie sich nicht auf dem Stand der europäischen Debatte bewegen können. Das ist das Dilemma, in dem wir stecken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir miteinander zu der Erkenntnis kommen, dass Ressourcen endlich sind und dass, ob wir das wollen oder nicht, die Energiepreise aufgrund der Marktentwicklung und der vorhandenen Reserven in den nächsten Jahren ansteigen werden, dann werden wir auch in der Lage sein, ein Instrumentarium zu entwickeln, das auf der Logik der ökologischen Modernisierung zu präziseren Detailvorstellungen kommt, als sie die gegenwärtige Öko-steuerreform beinhaltet.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Da wüsste ich, welche Probleme es im Detail gibt. Aber die können wir gar nicht diskutieren, weil Sie sich auf diese Debatte nicht einlassen und uns faktisch zwingen, eine Grundsatzdebatte zu führen, die in den meisten europäischen Ländern lange der Vergangenheit angehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Wochen über das Thema Glaubwürdigkeit von Politik diskutiert und tun das auch heute wieder. Zur Glaubwürdigkeit von Politik gehört auch, dass wir bei den politischen Themen, die wir diskutieren, die erkennbaren Sachverhalte wenigstens in Umrissen zur Kenntnis nehmen. Meine herzliche Bitte an Sie ist: Hören Sie auf mit dieser Art von Populismus! Sehen Sie in die Tageszeitungen: Die Kommentare fast aller ernsthaften Zeitungen machen deutlich, dass das, was Sie hier anzetteln, sehr kurz gegriffen ist und nur den Versuch darstellt, aus dem tiefen Tal bundesdeutscher CDU-Politik herauszukommen. Dieser Versuch wird scheitern, meine Damen und Herren.

Ich sage Ihnen: Nehmen Sie sich Themen vor, die dafür geeignet sind, und diskutieren Sie diese verantwortungsvoll. Aber greifen Sie nicht Dinge auf, bei denen Sie im Zweifel selbst wissen, wie hanebüchen und lächerlich Sie argumentieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Frau Körtner [CDU]: Das sagen Sie mal den Leuten draußen!)

Vizepräsident Jahn:

Nun hat der Kollege Heineking das Wort.

Heineking (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Inselmann und Herr Minister Jüttner, ersparen Sie uns doch endlich Ihren Hinweis auf den Anstieg der Mineralölsteuer nach der Wiedervereinigung! Wir alle wissen doch, dass damals die Verkehrswege ausgebaut werden sollten. Wenn wir heute in 107 Minuten von Hannover nach Berlin fahren können, dann verdanken wir das diesem vorzüglichen Ausbau. Auch das sollten Sie einmal bedenken.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, halten Sie sich doch bitte an die Fakten. Fakt ist, dass die deutsche Kfz-Steuer die höchste in Europa ist. In Portugal und in Luxemburg beträgt sie 999 DM, in Deutschland 5.176 DM. Wenn Sie die höhere Mineralölsteuer und die nationale Ökosteuer, über die sich übrigens alle Nachbarstaaten freuen, hinzurechnen, haben wir hier die höchsten Belastungen in Europa. Damit kann das deutsche Kfz-Gewerbe im Wettbewerb nicht mehr bestehen. Dadurch verlieren wir hier die Arbeitsplätze und die Existenzen der mittelständischen Unternehmer.

Ich sage Ihnen: Wenn sich der Mittelstand als eine Holzmann AG zusammenschließen und demonstrieren würde, dann würde der Kanzler kommen und erklären: 250 Millionen DM sagen wir euch zu, damit ihr eure Arbeitsplätze erhalten könnt!

(Beifall bei der CDU)

Um die Arbeitsplätze des Mittelstandes kümmert sich niemand mehr. Diese Arbeitsplätze und viele mittelständische Existenzen gehen verloren. Sie sollten einmal bedenken, dass wir diese im Vergleich zum übrigen Europa hohe Belastung nicht mehr ertragen können.

Herr Minister, Sie müssten doch eigentlich errechnen können, dass, je mehr ausflaggen, desto weniger Kfz-Steuer Sie bekommen. Stellen Sie einmal gegenüber, was Sie an Ökosteuer mehr und an Kfz-Steuer dann weniger bekommen. Darum soll-

ten Sie uns unterstützen und gegen diese höheren Steuern sein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat noch einmal der Kollege Wenzel.

Wenzel (GRÜNE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Möllring, glücklicherweise ist die Entwicklung beim Thema Wasserstoff und Brennstoffzelle schon wesentlich weiter gediehen, als Sie es hier skizziert haben. 2002 wird es voraussichtlich das erste Blockheizkraftwerk mit dieser Technologie geben, das man sich in den Keller stellen kann. 2003 werden die Busse in Serie gehen, und für 2004 sind die ersten Autos mit dieser Technologie angekündigt. Aber diese Entwicklung erfordert noch immense Anstrengungen in Forschung und Entwicklung.

(Schirmbeck [CDU]: Welche Gelder aus der Ökosteuer stecken Sie denn da rein? Gar keine!)

- Moment, lassen Sie mich erst ausreden, Herr Schirmbeck. Dann sage ich etwas dazu. - Das Dilemma ist: Die Firmen, die in diesem Bereich aktiv sind - kleine und hochinnovative Firmen -, stammen zum größten Teil aus Kanada und den USA. Das liegt daran, dass man in Kalifornien schon sehr früh eine sehr scharfe Abgasgesetzgebung beschlossen hat. Dort haben sich diese Firmen entwickelt und rollen jetzt von dort aus den Markt auf. Deshalb sagen wir: Ökosteuer, Mineralölsteuer hier stärker investieren, hier mehr Forschung und Entwicklung. Das ist eine Zukunftstechnologie. Das ist im Übrigen auch wichtig vor dem Hintergrund der Frage, wo künftig die Arbeitsplätze entstehen: in Deutschland, in Europa oder in den USA.

Noch einen Satz zum Thema Lkw-Lobby. Ich habe klar gesagt: keine weiteren Subventionen für eine Branche, die schon sehr stark entlastet, sehr stark subventioniert ist. Auch wir haben Gespräche mit den Verbandsvertretern der Lkw-Fahrer geführt. Wir haben festgestellt, die alte CDU/FDP-Regierung hat hier einen Markt liberalisiert, ohne ihn zu harmonisieren. Da müssen wir ran. Dann kommen wir hier auch zu einer Entwicklung, die dazu führt, dass Preiserhöhungen bei den Kosten hinterher am Markt auch weitergegeben werden

können. Dann müssen wir über Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung, Überschreitung der Lenkzeiten in dieser Branche reden.

(Möllring [CDU]: Aber da treiben Sie die Leute doch rein!)

Das sind die Themen, da ist mit uns zu rechnen, daran werden wir auch konstruktiv mitarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Kollege Inselmann.

Inselmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich aus dem Zukunftsprogramm der CDU für die Bundestagswahl 1998 zitieren. Wenn man sich vergegenwärtigt, was dort geschrieben ist, wird deutlich, dass die CDU schon einmal sehr viel weiter gewesen ist und dass sie sich überlegen muss, ob das, was jetzt hier passiert, dieser gnadenlose Populismus, ihr wirklich zum Erfolg gereicht. Ich möchte zitieren - der eine oder andere wird es sicherlich noch kennen, weil es der eine oder andere mit beschlossen hat -, was die CDU gesagt hat:

„Unser Steuer- und Abgabensystem macht gerade das besonders teuer, wovon wir gegenwärtig im Überfluss haben: Arbeit. Dagegen ist das, woran wir sparen müssen, eher zu billig zu haben: Energie- und Rohstoffeinsatz. Dieses Ungleichgewicht müssen wir wieder stärker ins Lot bringen, wenn wir unseren beiden Hauptzielen, mehr Beschäftigung und weniger Umweltbelastung, näher kommen wollen.“

Meine Damen und Herren, genau das macht die Bundesregierung jetzt mit der Ökosteuer. Genau das, was Sie fordern, macht die Bundesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich: Was gilt denn nun, meine Damen und Herren? Gilt bei Ihnen heute gnadenloser Populismus, oder gilt Ihr Zukunftsprogramm?

(Heineking [CDU]: Um die Förderung von Arbeitsplätzen geht es!)

- Herr Heineking, wir können uns sehr schnell darauf einigen, dass das deutsche und das niedersächsische Speditionsgewerbe vor Problemen stehen, aber nicht wegen der Ökosteuer, sondern wegen der Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Europäischen Union. In Ländern wie Italien, Frankreich und Holland werden Steuerrückerstattungen gewährt, wodurch der Wettbewerb verzerrt wird. Gerade wir in Deutschland als sozusagen Paradeschüler in der Europäischen Union müssen darauf hinweisen, dass nur eines geht: Auf einem liberalisierten Markt in Europa müssen gleiche Wettbewerbsbedingungen gelten. Darüber, Herr Heineking, sind wir uns einig. Das wird die Bundesregierung in Europa auch durchsetzen müssen: gleiche und faire Wettbewerbschancen für das Speditionsgewerbe in Deutschland und auch in Niedersachsen. Dafür stehen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Inselmann, möchten Sie eine Frage des Kollegen Schirmbeck beantworten?

Inselmann (SPD):

Ich würde gerne weiter machen. Nachher am Schluss. Ich habe jetzt, glaube ich, drei oder vier Minuten Redezeit. - Wir sind uns also darüber einig, dass solche gleichen Wettbewerbsbedingungen hergestellt werden müssen. Diesbezüglich gibt es aber bislang noch Defizite. Auch in der Bewertung darüber sind wir uns einig, Herr Heineking.

(Heineking [CDU]: Große Defizite!)

Sie müssen jetzt fairer Weise aber konstatieren, dass der Auslöser für die Benzinpreiserhöhungen in den letzten vier Monaten nicht die Ökosteuer gewesen ist - das wissen auch Sie -, sondern die Verdreifachung des Ölpreises. Auch der schwache Euro leistet seinen Beitrag zu dieser Entwicklung. Gestern Abend haben Sie in den „Tagesthemen“ eine sehr anschauliche Auflistung sehen können. Danach macht die Ökosteuer an der gesamten Erhöhung allenfalls 25 % aus.

(Gansäuer [CDU]: Das ist eine ganze Menge! - Heineking [CDU]: Plus Mehrwertsteuer!)

Alles andere in den vergangenen zwei Jahren geht zulasten der Ölindustrie und der OPEC, meine Damen und Herren. Das können wir hier doch einmal ganz nüchtern feststellen. Nun frage ich mich: Warum ist die Zielscheibe Ihrer Kampagne die Bundesregierung? Stattdessen sollten Sie sinnvoller Weise sagen: Wir stehen gemeinsam für die Förderung alternativer Energien. Wir müssen in Deutschland eine technologische Antwort geben, weil wir alle wissen - das Programm der CDU ist ja nicht umsonst so entstanden -, dass die Ölreserven endlich sind. Wir wissen, dass die Ölreserven auf der Welt noch 50 bis 70 Jahre reichen werden. Danach - so kann man dies in vielen klugen wissenschaftlichen Studien nachlesen - müssen wir etwas anderes anbieten, um uns unsere Mobilität erhalten zu können. Das heißt, dass gerade Deutschland als Technologienation gefordert ist, eine Antwort zu geben. Genannt worden ist schon die Wasserstofftechnologie. Genannt worden ist auch die Solarenergie. Dies sind die Antworten, die wir geben müssen. Wir haben damit auch Erfahrung. Denn wie lautete die bundesdeutsche Antwort nach dem Ölpreisschock 1973? - Es gab eine technologische Antwort. Der Verbrauch ist nach 1973 radikal reduziert worden. Das ist die Antwort, die eine führende Industrienation in Europa zu geben hat. Es darf aber keine Kampagne geführt werden, wie sie vonseiten der CDU gerade gestartet wird. Dies wäre keine zukunftsfähige Politik. Vielmehr müssen wir über eine andere weiterführende Technologiepolitik in Europa, auch in Deutschland reden. Dafür haben wir die Kapazitäten und das Know-how an den Universitäten. Dies müssen wir für die Zukunftsfähigkeit dieser Gesellschaft nutzen. Das ist die richtige Antwort, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Gansäuer hat das Wort.

Gansäuer (CDU):

Herr Kollege Inselmann, ich habe noch eine Frage zum Begriff „Ökosteuer“. Was ist das für eine Steuer, die sich zwar „öko“ nennt, die Vielverbraucher aber begünstigt und die Kleinen zur Kasse bittet? Können Sie mir das bitte einmal erklären?

(Inselmann [SPD]: Das kann ich Ihnen erklären!)

- Gut.

Was ich Ihnen noch sagen möchte, ist: Im Programm der CDU steht das Bekenntnis zur Öko-steuer. Sie hat dieses Bekenntnis aber immer mit der europäischen Dimension verbunden.

(Beifall bei der CDU)

Der Alleingang Deutschlands vernichtet Arbeits-plätze, was völlig unstreitig ist.

(Inselmann [SPD]: 14 Länder haben es doch schon!)

Jetzt ein Letztes, damit Sie etwas ruhiger werden, meine Damen und Herren. Ich habe eine Rede vor mir liegen, die jemand gehalten hat, der heute große politische Verantwortung trägt. Ich zitiere:

„Wir wollen die Kraftfahrzeugsteuer abschaffen und gleichzeitig die Mine-ralölsteuer erhöhen. Wir wissen aber, dass es viele Menschen gibt, die als Pendler mit dem Auto zur Arbeit müssen, weil sie ihre Arbeitsstelle mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht rechtzeitig erreichen würden. Ihnen gleichen wir die Kosten eines erhöh-ten Benzinpreises aus sozialen Grün-den durch eine Entfernungspauschale aus.“

So Gerhard Schröder auf dem Landesparteitag der SPD in Hannover. Es gibt heute zwar eine Öko-steuer, es gibt aber keine Entfernungspauschale, und die Kraftfahrzeugsteuer ist erhöht worden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich darf feststellen, dass die Aktuelle Stunde damit beendet ist.

Ich rufe jetzt den zusätzlichen Tagesordnungs-punkt auf, auf den sich die Fraktionen verständigt haben:

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Erste und zweite Beratung:

Preussag muss ihrer sozialen Verantwor-tung für Salzgitter gerecht werden - Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1855

Das Wort in der Beratung hat zunächst der Kollege Eppers.

(Klare [CDU]: Herr Präsident, warum nehmen Sie nicht noch einmal den Kollegen Inselmann dran?)

Eppers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal freue ich mich darüber, dass es gelungen ist, einen gemeinsamen Entschließungstext vorzulegen, nachdem meine Frak-tion, bei der ich mich dafür noch einmal sehr herz-lich bedanken möchte, gestern bei einer außeror-dentlichen Fraktionssitzung in Salzgitter beraten und einen Entschließungsantrag entwickelt hat. Es ist gelungen, eine gemeinsame Entschließung vorzulegen. Dennoch bleiben mit Sicherheit Mei-nungsunterschiede in der Bewertung des ganzen Vorganges.

(Vizepräsident Gansäuer über-nimmt den Vorsitz)

Die Überschrift „Preussag muss ihrer sozialen Verantwortung für Salzgitter gerecht werden“ eint uns. Wir sollten dann aber auch hier im Landtag eine klare Sprache sprechen und vor Ort in Salz-gitter nicht anders sprechen als hier.

Zum zweiten Mal, meine sehr verehrten Damen und Herren, versetzt ein renommiertes niedersäch-sisches Unternehmen den drittgrößten Industrie-standort Niedersachsens, die Stadt Salzgitter, in Angst und Schrecken. Nach den Vorgängen in den Jahren 1997 und 1998 - Stichwort: Preussag Stahl - haben wir hier eine muntere Debatte geführt. Sie wissen ja alle, wie das damals geregelt wurde. Vor diesem Hintergrund hätte ich mir nicht vorstellen können, dass der Vorstand dieses Unternehmens jetzt ein zweites Mal nach dem gleichen Drehbuch versucht, das Land, die Bevölkerung und die Stadt Salzgitter unter Druck zu setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei allen Lösungsansätzen, die wir gern unterstützen wollen, ist dies etwas, was man massiv kritisieren muss.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle - ich weiß, dass das immer etwas problematisch ist - hätte ich von unserem Kollegen Wolfgang Schultze, der ja eines von vier Mitgliedern des Preussag-Vorstands ist, schon einmal ganz gern gewusst, was er sich in der Vorstandssitzung der Preussag gedacht hat, als sich die vier Vorstandsmitglieder entschlossen haben, die 14.000 Wohnungen in Salzgitter zu verkaufen, ohne zuvor mit dem Betriebsrat der Wohnungswirtschaft zu reden, ohne zuvor mit den Kommunalpolitikern in Salzgitter zu reden und ohne mit der Landesregierung - das unterstelle ich jetzt einmal - zu reden. Diese Entscheidung - das muss ein erfahrender Politiker wie Wolfgang Schultze wissen - muss zu Protesten, Ängsten, Sorgen und Nöten der Bevölkerung führen. Das, lieber Herr Schultze, hätte ich Ihnen nicht zugetraut. Im Prinzip hätte ich das auch einem Unternehmen nicht zugetraut, in dem auch andere Sozialdemokraten wie z. B. Herr Dr. Frenzel Verantwortung tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kritik der Landesregierung an diesem Vorgang habe ich bislang noch nicht vernommen. Vielleicht wird hierzu der Herr Ministerpräsident oder ein anderes Mitglied der SPD-Fraktion noch etwas Klarstellendes sagen. Natürlich wollen wir - deshalb ist es gut, dass wir das mit einer gemeinsamen Entschließung unterstützen - der Landesregierung und gleichermaßen auch der Stadt Salzgitter helfen, ihre Interessen durchzusetzen. Dazu gehört es, dass man, lieber Herr Plaue, nicht nur Wahltermine im Blick hat, sondern ohne parteipolitische Brille sagt: im Interesse der Menschen möglichst gemeinsam. Zumal in Salzgitter nicht Sie, sondern die CDU in einer Koalition die Mehrheit stellt.

Vor diesem Hintergrund muss ich außerdem bedauern - ich hoffe, dass das durch diesen gemeinsamen Antrag klargestellt wird -, dass weder die Staatskanzlei noch der Preussag-Vorstand mit der Stadt Salzgitter offiziellen Kontakt über den Oberbürgermeister oder den Oberstadtdirektor aufgenommen haben. Bisher hat es - ich bedauere dies - leider nur Geheimgespräche gegeben. Nachdem wir dort letzte Woche Druck gemacht haben, lieber Herr Schultze, hat sich die Preussag letztendlich bereit erklärt, bei Herrn Frenzel einen Termin mit der Stadt Salzgitter anzuberaumen. Dass zuvor

ausgerechnet auch noch Sie als offizieller Gesprächspartner der Preussag bei der Stadt Salzgitter avisiert worden sind, halte ich für ein starkes Stück. Das können wir uns in der Form, lieber Wolfgang Schultze, nicht bieten lassen.

Ich sage auch - das hat nichts damit zu tun, dass Sie in der SPD sind und ich in der CDU bin; Sie können mir glauben, dass mir das völlig egal ist -:

(Plaue [SPD]: Ja, natürlich! Das glaube ich Ihnen aufs Wort!)

Wir haben im Dezember über Verhaltensweisen in der Politik diskutiert. Der Ministerpräsident hat einen Kriterienkatalog aufstellen lassen, der gar nicht schlecht ist. Zentraler Punkt der Debatte war immer: Man meide den bösen Schein. Politiker haben den bösen Schein zu meiden. An der Stelle hätte ich etwas mehr Sensibilität vom Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Niedersächsischen Landtag erwartet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen, meine Herren, die Stadt Salzgitter hat in den letzten Jahrzehnten - dafür tragen beide große Parteien, CDU und SPD, Verantwortung - - -

(Zuruf von Biel [SPD])

- Herr Biel, lassen Sie mich doch erst einmal ausreden. Sie können ja dann Ihre Meinung sagen.

(Zuruf von Eveslage [CDU])

Meine Damen, meine Herren, die Stadt Salzgitter hat in den letzten Jahrzehnten nie das durchsetzen können, was andere Städte hinbekommen haben, und zwar eine Erstaussstattung. Die Stadt wurde 1942 gegründet. Wir hatten immer erhebliche Probleme, Mittel zu bekommen, um Schulen, Straßen und Krankenhäuser zu bauen. Andere Städte wie etwa Wolfsburg haben diese Erstaussstattung bekommen. Wir haben auch immer wieder Probleme gehabt, Flächen für die Stadtentwicklung zu bekommen. Wir haben das mehrfach bei den CDU-geführten, aber auch bei den SPD-geführten Bundesregierungen angemahnt - leider nur mit mäßigem Erfolg. Das will ich durchaus selbstkritisch attestieren.

Bis zur Privatisierung der bundeseigenen Salzgitter AG im Jahre 1989 hat man uns immer wieder darauf verwiesen, dass wir alles über den bundeseigenen Konzern regeln könnten. Das hat auch halbwegs geklappt. Nach 1989 sind die vereinbar-

ten Ziele von der Preussag nicht so eingehalten worden. Nachdem Herr Pieper als Vorstandsvorsitzender aufgehört hat und Herr Dr. Frenzel kam, ist sofort der Preis für das Müllkippengrundstück der Stadt Salzgitter von 6 DM/m² auf 50 DM/m² hochgesetzt worden.

Vor dem Hintergrund ist eine vernünftige Stadtentwicklung in Salzgitter nicht möglich. Deswegen tritt die CDU-Fraktion mit Ihnen gemeinsam dafür ein, meine Damen und Herren, dass die Problematik zwischen der Stadt Salzgitter, dem Bund und der Preussag endgültig geregelt wird. Beim Herauslösen der Stahlsparte ist versäumt worden, die Frage der Wohnungen und Flächen - ich hatte das damals im Wirtschaftsausschuss angesprochen - mitzulösen. Wir dürfen heute nicht den Fehler machen, die wichtige und akute Wohnungsfrage anzupacken und - von mir aus auch mit dem Konsortium, das wird durchaus unterstützt, wenn es den Zielen dient, die wir gemeinsam beschreiben - zu regeln, ohne aber die Flächenproblematik zu lösen.

Die Stadt Salzgitter hat kein eigenes Land. Sie braucht aber Fläche zur Stadtentwicklung und kann nicht überall Marktpreise bzw. über den Marktpreisen liegende Preise zahlen. Hier sind Bundes- und Landespolitik, aber vor allen Dingen auch die Preussag in der Pflicht. Die Preussag hat diese Flächen - ich kann das nicht im Einzelnen vortragen - fast kostenlos bekommen. Sie hat damals mit der Bundesregierung einen Vertrag geschlossen und industriepolitische Ziele festgelegt, die sie aber verlassen hat, und steht somit im Wort bei der Stadt Salzgitter und bei den betroffenen Mietern, den Mitarbeitern der Preussag-Immobilien, aber vor allen Dingen bei der Gesamtbevölkerung der Stadt Salzgitter, diese Problematik mit der Politik zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Es freut mich sehr - das möchte ich abschließend sagen -, dass wir gemeinsam die Landesregierung und die Stadt Salzgitter unterstützen. Wie Sie wissen, hat der Rat der Stadt Salzgitter vor einigen Tagen einstimmig eine Klage gegen die Bundesregierung und eine Klagevorbereitung gegen die Preussag beschlossen. Wir fühlen uns in Salzgitter bestärkt. Bitte unterstützen Sie uns auch weiter in unserem berechtigten Bemühen. - Ein herzliches „Salzgitter Glückauf“.

(Zurufe: Oh! - Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Das Wort hat der Kollege Knebel. - Der Gang zum Rednerpult wird auf die Redezeit nicht angerechnet, Herr Kollege.

(Fischer [CDU]: Wir können wieder einige zum Sportabzeichen anmelden!)

Knebel (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir nach der vorhergehenden Debatte, die sehr hitzig geführt worden ist, - - -

(Möllring [CDU]: Auch von Ihrer Seite hitzig!)

- Herr Möllring, das wollen wir gar nicht so sehen.

(Möllring [CDU]: Das Stichwort haben Sie doch genannt!)

- Konzentrieren wir uns auf diesen Tagesordnungspunkt und auf Salzgitter, und seien wir froh darüber, dass wir bei diesem Tagesordnungspunkt eine wirklich große Gemeinsamkeit des gesamten Landtags in der Salzgitter-Problematik erreichen können. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dies auch erreichen werden und dass wir mit dem Niedersächsischen Landtag und allen darin vertretenen Fraktionen einen starken Partner in Salzgitter an unserer Seite haben.

Sicherlich ist der Kollege Eppers ein genauso aufrechter Verfechter der Salzgitter-Interessen wie ich.

(Oh! bei der CDU - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Kein Eigenlob!)

- Doch. In diesem Fall kämpfen wir wirklich alle gemeinsam, auch in Salzgitter und im Rat der Stadt Salzgitter.

(Möllring [CDU]: Hat das Herr Schultze auch gewusst?)

- Das weiß auch Herr Schultze. Ich weiß auch, dass Herr Schultze auf der Seite Salzgitters stehen wird. Sie werden mit Sicherheit noch überrascht sein.

Dennoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, als die Pressemitteilung der Preussag-Immobilien am 1. August in der Zeitung stand, hat das in Salzgitter eingeschlagen wie eine Bombe. Die Menschen, die Mieter und Mieterinnen in Salzgitter,

sind die Bilder nicht wieder losgeworden, die sie seit 1989 und 1990 mit sich herumtragen. Darin liegt mit ein Grund dafür, dass wir, was die Stadt angeht, in dieser Bredouille stecken.

(Plaue [SPD]: Genauso ist es!)

- Ja, wirklich. Beim Verkauf der sehr profitablen Salzgitter AG an die Preussag damals zu einem Schnäppchenpreis - der Kollege Eppers hat das nicht erwähnt und hat auch die Summe nicht gesagt; ich werde das auch nicht tun; aber es war tatsächlich ein Schnäppchenpreis - gehörten Liegenschaften, unbebaute Grundstücke, die mehr als die Hälfte der Flächenstadt Salzgitter ausmachen, und weit über 20.000 Wohnungen zu dem damals geschnürten Paket, das einem traditionellen niedersächsischen Unternehmen damals kräftig auf die Beine geholfen hat. Es sind aber Salzgitter-Mittel gewesen, die dort hinübergeflossen sind, und wir können es immer noch nicht nachvollziehen, dass der Kaufpreis - die 2,5 Milliarden DM, die das Gesamtpaket ausgemacht haben, sind schließlich öffentlich bekannt - aus politischen Gründen in eine Umweltstiftung nach Osnabrück geflossen ist. Es wäre gut gewesen, wenn diese Mittel, die von den Menschen in Salzgitter hart erarbeitet worden sind, mit der Umweltstiftung in Salzgitter geblieben wären.

(Beifall bei der SPD - Ontijd [CDU]:
Es war eine deutsche Umweltstiftung!)

Aber das ist Schnee von gestern. Unser Blick muss nach vorn gerichtet sein. Ich habe in den vielen Mieterveranstaltungen, die ich begleiten durfte und begleitet habe, festgestellt, wie die Ängste der Mieterinnen und Mieter hochkamen. Die Struktur der Mieterinnen und Mieter in Salzgitter ist dergestalt, dass sie gar nicht auf das Kaufangebot eingehen können und wollen - nicht nur, weil sie vielleicht nicht das Geld haben, sondern weil ihre Lebensplanung eine ganz andere ist. Man zieht nicht in eine Mietwohnung mit der Absicht, diese irgendwann einmal zu kaufen. Aber dennoch sollten diejenigen, die ihre Wohnung kaufen wollen, dies auch tun können.

Ich hoffe auf die starke Unterstützung des Niedersächsischen Landtags, des Ministerpräsidenten, der Landesregierung, aber auch des unter dem Moderator Karl Ravens - einem versierten Mann, der für Qualität steht - gebildeten Konsortiums, dass es das Konsortium sein wird, das der Preussag ein

Kaufangebot unterbreiten wird. Gut ist, dass in diesem Konsortium die Stadt Salzgitter mit ihrer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, der Wohnbau Salzgitter, mit im Boot ist und dass wir dort zu einer entsprechenden Lösung kommen, vor allen Dingen, dass diese Mieter, die seit Jahrzehnten in ihren Wohnungen leben und dort im Großen und Ganzen zufrieden sind, die Sicherheit haben, bis an ihr Lebensende unkündbar in ihrer Wohnung verbleiben zu können, wenn sie sie nicht kaufen wollen. Das wird Auftrag auch des Konsortiums sein, dies mit auszuarbeiten. Ich meine, sie sind allesamt dabei auf einen sehr guten Weg.

Karl Ravens hat mir versichert, dass das Qualitätssiegel, das die Allwo schon in den 90er-Jahren mit dem Niedersächsischen Mieterschutzbund beschlossen hat, in dieses Konsortium übertragen wird und dass den Mietern ein Kündigungsschutz eingeräumt wird, der über die „10 plus 1“-Jahre hinaus bis zum Lebensende andauert, dass es keine Luxussanierung und keine Anmeldung von Eigenbedarf geben wird, um Mieter aus ihren Wohnungen zu vergraulen. Dieses Konsortium bietet meines Erachtens dann die Gewähr dafür, dass wir auf dem Wohnungsmarkt in Salzgitter ein für alle Mal Ruhe einkehren lassen können.

Ich betone ausdrücklich Folgendes - Kollege Eppers hat es gesagt -: Ich will nicht als ständiger Kläger der Stadt auftreten oder Klagerufe ertönen lassen. Aber Salzgitter leidet unter der Situation, dass es niemals eine Erstaussstattung hatte. Ein Teil der unbebauten Grundstücke, die für die Stadtentwicklung in der Zukunft so eminent wichtig sind, damit sich diese Stadt entwickeln kann, muss in dieses Paket mit eingeschnürt werden. Es muss also ein Gesamtpaket sein, das aus den Wohnungen und den unbebauten Grundstücken besteht. Dieses Paket muss geschnürt werden. Ich meine, dass wir hier im Niedersächsischen Landtag gemeinsam auf einem guten Wege sind, dass diese Lösung unter Mitwirkung aller Beteiligten greifen wird und dass das Vorhaben zu einem guten Abschluss gebracht wird.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde begrüße ich als Salzgitteraner diese gemeinsame Unterstützung. Es wird sehr wichtig sein, den Beschäftigten bei der Preussag Immobilien die Sicherheit zu geben, dass ihr Unternehmen nicht zerschlagen wird. Wir haben schlechte Beispiele dafür, wie es dort aussieht, wo aus reinen Spekulationsgründen ganze Siedlungen übernommen worden sind. Deshalb muss vor allen Dingen ge-

währleistet sein, dass diese Entwicklung in Salzgitter nicht eintreten wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns in diesem Falle eine gute, eine tatkräftige Allianz für die Stadt Salzgitter bilden. Lassen Sie uns gemeinsam die Interessen der Stadt Salzgitter gegenüber der Preussag vertreten. Ich bin sicher, dass wir dann auch zu sehr guten, zu hervorragenden Ergebnissen gelangen werden. Ich grüße Sie natürlich alle mit einem ganz herzlichen: Salzgitter Glückauf!

(Beifall bei der SPD - Biel [SPD]: Herr Präsident, ich stelle fest, dass diejenigen, die hier Glückauf sagen, noch nie in einem Stahlwerk waren, geschweige denn, dass sie dort gearbeitet haben! Die wissen wohl, wie das geschrieben wird! Aber gearbeitet haben sie dort noch nie!)

Vizepräsident Gansäuer:

Aber mit Hermann Schnipkoweit wart ihr auch nicht zufrieden, obwohl er untertage gearbeitet hat.

(Ministerpräsident Gabriel: Vor der Hacke ist es duster!)

Wir machen jetzt weiter. Der Ministerpräsident hat das Wort. Bitte schön!

Gabriel, Ministerpräsident:

Ich dachte, zunächst wäre Herr Hagenah an der Reihe.

(Möllring [CDU]: Der ist ja noch nicht Ministerpräsident!)

- Das wird wohl auch noch ein bisschen dauern!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße den gemeinsamen Entschließungsantrag außerordentlich, weil die Landesregierung froh ist über die Unterstützung durch den Niedersächsischen Landtag bei ihrem Vorgehen zur Sicherung der Interessen der Menschen in der Stadt Salzgitter, aber auch der Entwicklungsinteressen der Stadt Salzgitter, deren Probleme aus ihrer Gründung herrühren, weil sie, wie hier bereits von mehreren Rednern betont worden ist, noch nie im Besitz ausreichender Flächen gewesen ist, die eine Stadt normalerweise braucht. Das hat etwas mit der Gründungsgeschichte der Stadt ab dem Jahr 1942

und den Schwierigkeiten zu tun, in denen sie sich dadurch immer wieder befunden hat.

Lassen Sie mich aber in aller Offenheit sagen, dass ich die Debatte an einer Stelle als ein wenig unehrlich empfunden habe. Man kann nicht auf der einen Seite die Privatisierung der Salzgitter AG und den Verkauf an die Preussag im Jahre 1989 durchsetzen, und zwar so, dass der Immobilienbesitz nicht etwa der Stahl AG zugeordnet wird, sondern dem Konzernbesitz der Preussag zugeordnet wird, dies gegen den Willen der Stadt Salzgitter, gegen den Willen der Beschäftigten der damaligen Salzgitter AG, gegen den Willen von 95 % der Beschäftigten, die damals Umfragen und Unterschriftenkampagnen initiiert haben, gegen den energischen Widerstand der damaligen SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und gegen den damaligen Widerstand der CDU im Landesverband Braunschweig, die sich im Landtag aber nicht hat durchsetzen können, und diese Privatisierung dann zehn oder elf Jahre später nicht mehr zur Kenntnis nehmen wollen. Denn die Ursachen für die Probleme der Menschen in der Stadt Salzgitter liegen in der Privatisierung des Salzgitter-Konzerns, besser gesagt in der Art und Weise der Privatisierung im Jahre 1989.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, dass man darauf schon hinweisen muss. Ich darf einmal aus der Drucksache 11/3635 des Niedersächsischen Landtages der 11. Wahlperiode vom 16. Februar 1989 zitieren. Dort heißt es:

„Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die ‚Salzgitter Wohnungs-AG‘ wird aus dem Konzernverbund herausgelöst und als selbständiges Unternehmen geführt. Damit soll sichergestellt werden, dass die Wohnungs-AG auch in Zukunft ihre Aufgaben als Wohnungsbaugesellschaft wahrnehmen kann und nicht weiter als Finanzmasse für wohnungsbaufremde Aktivitäten des Salzgitterkonzerns benutzt wird.“

Dann heißt es weiter:

„Der Antrag zielt ... darauf ab, die Salzgitter-Wohnungs-AG aus dem Konzern herauszulösen und als eigen-

ständiges Unternehmen weiter zu betreiben, damit auch in Zukunft ausreichend Mietwohnungen erhalten bleiben und außerdem wieder Wohnungsbau durch das Unternehmen betrieben werden kann.“

Und nun kommt die Begründung:

„Es ist zu erwarten, dass nach Aufhebung der Gemeinnützigkeit weitere Bestände verkauft werden sollen und so letztlich die halbe Stadt Salzgitter zum Verkauf stünde. Damit würden weitere Vermögenswerte, die der Konzern nur treuhänderisch übernommen hat, ihrem Ursprungszweck entzogen.“

Das war ein Antrag der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. Damals haben die CDU-Fraktion und die Regierung unter Ernst Albrecht diesen Antrag hier im Landtag niedergestimmt, meine Damen und Herren. Das ist die historische Realität.

Deshalb, Herr Kollege Eppers, nur deshalb finde ich Ihren Redebeitrag problematisch. Wenn Sie hier eingeräumt hätten, dass Sie damals einen Fehler begangen haben, und angekündigt hätten, deswegen heute mitzuhelfen, diesen Fehler zu korrigieren, dann wären wir einig gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren, Herr Kollege Eppers, muss ich nur der guten Ordnung halber darauf hinweisen, dass die Staatskanzlei nicht nur den Oberstadtdirektor der Stadt Salzgitter mehrfach über ihr Handeln unterrichtet hat, sondern dass Sie, Herr Kollege Eppers, durch den Staatssekretär der Niedersächsischen Staatskanzlei persönlich über unser Vorhaben informiert worden sind. Ich meine, dass es schon fair wäre, wenn Sie darauf hinweisen würden, dass wir erstens die Stadt Salzgitter eingebunden haben - alles andere macht keinen Sinn - und zweitens auch unser Vorhaben, ein Konsortium zu bilden, Ihnen natürlich bekannt gemacht worden ist.

Ich fände es deshalb sinnvoll, Herr Kollege Eppers, wenn wir uns - dem Geist des Antrages entsprechend - einig wären, dass wir dieses Vorhaben auch nicht so, wie Sie es vorhin angedeutet haben, parteipolitisch nutzen wollen, die Vergangenheit aber Vergangenheit sein lassen wollen, weil wir sie

leider nicht mehr korrigieren können. Das will ich Ihnen gerne zugestehen. Aber dass damals ein massiver Fehler begangen worden ist und dass es damals besser gewesen wäre, wenn man dem Antrag der SPD zugestimmt hätte, ist wohl unstrittig, denn dann hätten wir die Probleme, vor denen wir heute stehen, nicht.

(Beifall bei der SPD)

Den Vorwurf an das Unternehmen, dass es sich marktwirtschaftlich verhält und dadurch das eintritt, was damals die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages der SPD und die Vertreter der CDU des Bezirks Braunschweig befürchtet haben, muss man an die Adresse derer richten, die damals nicht zugehört haben. Einen solchen Vorwurf kann man nicht einem Unternehmen machen, das sich jetzt marktkonform verhält, was ich außerordentlich bedauere.

(Eppers [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Eppers?

Gabriel, Ministerpräsident:

Sehr gerne.

Eppers (CDU):

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich würde von Ihnen gerne eine Bewertung hören, wie Sie das Verhalten der Preussag, auch was die Öffentlichkeitsarbeit angeht, einschätzen. Die Menschen, die in den Wohnungen wohnen, sind in den letzten Jahren verschreckt worden. Sie müssen einmal an die denken, die in den Wohnungen sitzen.

Gabriel, Ministerpräsident:

Wie lautet denn Ihre Frage, Herr Kollege Eppers?

Eppers (CDU):

Ich möchte von Ihnen wissen, wie Sie das bewerten.

Vizepräsident Gansäuer:

Bitte sehr, Herr Ministerpräsident!

Gabriel, Ministerpräsident:

Ich will diese Frage gerne beantworten. Ich weiß ganz genau, dass die Preussag machen kann, was sie will: Dieser Verkauf löst bei den Mietern Angst und Schrecken aus - und dies nicht ganz zu Unrecht. Was ist denn die Erfahrung der Menschen in solchen Wohnungen? - Da wird zu einem Preis möglicherweise an irgendeinen Immobilienhai verkauft. Die Leute, die darin wohnen, haben geringe Einkommen - Rentner, Sozialhilfeempfänger; auch problematische Gebiete sind dabei. Nicht ohne Grund sind die Leerstände relativ hoch. Diese Mieter haben die Sorge, dass hinterher Luxusmodernisierungen vorgenommen werden, um den Kaufpreis wieder hereinzuholen, sodass sie im Zweifel nicht wissen, wo sie ihren Lebensabend verbringen sollen.

Das ist die große Sorge. Deswegen, Herr Kollege Eppers, wollen wir die Wohnungsinhaber, die Mieterinnen und Mieter, genau vor dieser Angst schützen. Weil ich weiß, dass vor einem offenen Verkauf der Wohnungen durch die Preussag am Ende die Sozialbindung der Wohnungen nicht zu halten wäre und auch die Versprechungen nicht zu halten wären, plädieren wir dafür, ein Konsortium aus der NILEG, aus der Allwo, mit dem BHW und der Salzgitter Wohnungsbau zusammen zu bringen, damit wir die Sozialbindung der Wohnungen, den anständigen Umgang mit den Mieterinnen und Mietern auch sicherstellen können.

Jetzt versetzt das Handeln der Preussag die Leute richtig in Ängste. Diese Ängste sind auch berechtigt, wenn man weiß, was auf dem Wohnungsmarkt so alles gemacht werden kann. Ich bin allerdings sehr froh, dass uns die Preussag erklärt hat, wir seien erster Verhandlungspartner, und dass sie sich mit uns auf einen fairen Preis einigen will. Das wird am Ende die Frage sein. Fairer Preis heißt aus meiner Sicht, dass erstens der Zustand der Wohnungen zu bewerten ist, dass zweitens die Leerstände zu bewerten sind und dass wir drittens in einem Paket natürlich endlich dazu kommen müssen, dass die Stadt Salzgitter Entwicklungsflächen bekommt. Da sind wir uns doch einig.

Das bedeutet auch, dass wir keine überhöhten Preise zahlen können, die für andere Zwecke der Preussag möglicherweise sinnvoll sein mögen, aber weder durch Steuermittel noch durch Mittel der Wohnungsbauunternehmen, schon gar nicht durch die Mieterinnen und Mieter zu bezahlen wären. Die wollen wir schützen. Deswegen sage

ich Ihnen: Ich verstehe die Interessen der Preussag, aber ich teile sie nicht. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir haben dafür zu sorgen, dass die Mieterinnen und Mieter dort sicher bleiben.

Deswegen finde ich das Konzept von Herrn Ravens richtig, den wir als Landesregierung beauftragt haben, dieses Konsortium zusammenzustellen. Das Konzept beinhaltet erstens keine Eigenbedarfskündigung, zweitens keine Luxusmodernisierung.

(Möllring [CDU]: Fragen Sie das doch Herrn Schulze, wie der guckt!)

- Herr Möllring, haben Sie ein Interesse daran, dass ich das weiterführe? Dann würde ich das gerne zu Ende bringen. - Erstens keine Eigenbedarfskündigung, zweitens keine Luxusmodernisierung und drittens - noch viel wichtiger - keine Kündigung durch wirtschaftliche Besserstellung, weil man an anderer Stelle mehr Geld bekommen kann. Und das als Ergänzung zum Mietvertrag, und nicht befristet, wie die gesetzlichen Grundlagen sind, sondern unbefristet. Das ist das Angebot des Konsortiums an die Mieter.

Dann wollen wir als Land mit dem Programm "Soziale Stadtteilsanierung" einsteigen. Die Stadt Salzgitter hat das beantragt und braucht das dringend. Sie kennen die Zustände in einem Teil der Wohnungen. Ich finde, mit dem Konzept einer fairen Verhandlung über die Höhe des zu fordernden Preises gibt es genug Fachleute, die das fair bewerten können, nicht nach der Frage, was ist sozusagen in einem offenen Bieterverfahren zu bekommen, sondern was ist der tatsächliche Verkehrswert mit allen Problemen, die diese Wohnungen haben.

Also, zweitens eine Sicherstellung der Mieterinnen und Mieter und drittens Beginn der Stadtsanierung in Salzgitter. Das ist das Angebot der Landesregierung.

Ich bin froh darüber, dass wir das gemeinsam auf den Weg bringen wollen. Ich freue mich über die Unterstützung des Landtages dabei. Ich darf Ihnen versichern, wir haben überhaupt kein Interesse daran, das irgendwie im Streit zu organisieren. Am Ende wird es darauf ankommen - das sage ich Ihnen in aller Offenheit -, dass der öffentliche, der politische und der soziale Druck weiter so groß bleiben wie heute, damit die Sozialklauseln, die in die Verträge - ich sage mal - etwas freundlich

hineingeschrieben worden sind, auch Realität werden und nicht nur auf dem Papier stehen.

Wenn wir uns darauf verständigen können, dann freue ich mich darüber, dass der Landtag unsere Initiativen unterstützt. Aber ich habe die herzliche Bitte, dass wir auch offen mit der Frage umgehen, was denn, wenn man rein ordnungspolitisch diskutiert, am Ende privatisiert werden kann.

Es gibt andere Länder in Deutschland, die sind auch immer vorneweg in der öffentlichen Debatte, dass sich der Staat von Eigentum zu trennen habe. Wenn es darauf ankommt, sind sie froh, dass sie noch Eigentum haben, weil dann die Konzernzentralen da landen oder weil man weiterhin Einfluss hat. Das ist der Grund, warum die Landesregierung das Eigentum an Salzgitter behalten will, auch über die fünf bis sieben Jahre hinaus. Das ist der Grund, warum wir bei Volkswagen beteiligt sein wollen. Das ist der Grund, warum wir die Norddeutsche Landesbank haben und dass wir auch bereit waren, an anderen Punkten einzusteigen und zu helfen, Arbeitsplätze zu sichern, aber auch die sozialen Bedingungen der Menschen in den Städten zu bewahren. Ich wäre froh, wenn dies eine gute Lehre dafür wäre, wie wir uns in Zukunft zu verhalten haben und uns dann bestimmte ideologiebeladene Debatten an solchen Punkten im Landtag sparen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Das Wort hat jetzt der Kollege Hagenah.

Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon spannend mitzuerleben, was über die Redebeiträge so alles aus einem gemeinsamen Antrag werden kann. Aber in der Tat, der Fall, der hier vorliegt, ist wirklich zehn, elf Jahre alt. 1989 begann das Ganze. Zu der Zeit hat die CDU in Bund und Land die wesentlichen Fehler gemacht. Die Salzgitter AG wurde eingesetzt, um die Preussag zu retten.

Ich verrate Ihnen nichts Vertrauliches. Ich zitiere einfach die „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 5. September 1998. Da wurden nämlich mal eben 33.000 Wohnungen eingebracht – so steht es hier – zum Wert von 454 Millionen DM. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das ist pro Wohneinheit ein Wert von 15.000 DM, der

damals über den Tisch gegangen ist, weit unter dem Buchwert. Der lag damals schon um das Vierfache höher, bei 1,7 Milliarden DM, und weit unter dem Versicherungswert, 22 mal so hoch, über 10 Milliarden DM.

Da wurde ein Geschenk an die Preussag gemacht, um sie vor dem Konkurs, vor den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu retten. Das waren eindeutig CDU-Bund und CDU-Land. Damals schon zulasten der Zukunft der 14.000 Wohnungsmieter und auch der Wohnungsgesellschaft in Salzgitter.

Dann kommen wir ins Jahr 1998. Da sah sich die Landesregierung aufgrund der Neuausrichtung des Konzerns Preussag gezwungen und genötigt, einzugreifen. Die SPD-Alleinregierung steht hier in der Verantwortung. Wie Minister Waigel damals auch in dem Artikel vom 5. September 1998 auf Anfrage eines SPD-Abgeordneten aus dem Bundestag bescheinigte, habe die Landesregierung, habe die SPD einfach schlampig verhandelt. Deswegen sei es nicht zur Rückgabe der Wohnungen gekommen. Das heißt, auch die SPD als dritter Partner für den gemeinsamen Antrag hat sehr wohl ihre Probleme mit der Verantwortung für das, was heute ansteht. Deswegen sind wohl auch die Formulierungen in diesem gemeinsamen Antrag äußerst gedrechselt. Das Ganze ist eine Mischung aus politischem Kuhhandel und Wirtschaftskrimi.

Jetzt sind wir sehr wohl beraten, in einem gemeinsamen Antrag die Preussag an die Versprechen, die 1989 gemacht wurden, zu erinnern, nämlich diese Wohnungen deswegen so billig anzusetzen – dafür gab es auch eine Begründung –, weil sie unter Sozialbindung standen und auch dauerhaft stehen sollten. Es ist nicht einfach menschliches Entgegenkommen des Preussag-Vorstandes gegenüber der Landesregierung, tatsächlich Gesprächsbereitschaft zu zeigen. Wir werden sie sehr wohl daran messen, dass die Preussag die Wohnung für 15.000 DM bekommen hat und was die Landesregierung heute dafür zahlen muss und wie teuer es sie heute kommen wird, dass sie das nicht schon 1998 geregelt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich begrüße es außerordentlich, dass Sie sich hier ganz klar dazu bekannt haben, dass die Landesregierung dazu steht. Aber ich bitte Sie, beachten Sie auch, dass die allermeisten Mieter den individuellen Kauf, der in dem

Antrag mit angeboten wird, nicht wollen, ihn sich nicht zutrauen.

Ermöglichen Sie doch auch genossenschaftliche Lösungen in diesem Zusammenhang. Fördern Sie die Bildung von Genossenschaften dort. Das ist eine Möglichkeit, die wir im Zusammenhang mit sozialer Stadt haben, ohne dass individuelle Verantwortung übernommen werden muss. Damit können auch Trägerschaften gefunden werden, in denen sehr wohl auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Immobiliengesellschaft ihre Zukunft finden sollen.

Dazu stehen wir. Die Kriterien, die der Ministerpräsident genannt hat, stützen wir ebenfalls. Sie sind übrigens mit dem Mieterbund zusammen entwickelt worden. Wenn so die beiden großen Fraktionen in diesem Hause aus ihren Fehlern in der Vergangenheit lernen, dann können wir in diesem Fall hoffnungsvoll sein, dass tatsächlich eine Lösung gefunden wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Das Wort hat jetzt der Kollege Wulff.

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch einmal das Wort ergreifen, weil wir natürlich dankbar dafür sind, dass dieser Punkt auf unseren Antrag hin auf die Tagesordnung genommen wurde und auf unsere Initiative hin eine Entschließung verabschiedet werden kann. Dies dient ausweislich des Textes dem Ziel, das Thema Preussag aus dem parteipolitischen Streit herauszuführen.

Was Sie dort in Salzgitter liefern, macht die Leute zunehmend skeptisch und erhöht nicht das Vertrauen in den Niedersächsischen Landtag. Da war 1998 Herr Selenz der Volksheld bei der Rettung der Preussag, mit einem Mal aber war er der Bösewicht, der gehen musste. Dann war Herr Frenzel damals der Bösewicht hier im Landtag. Ministerpräsident Schröder hat damals gesagt, Herr Frenzel wollte einfach alle Salzgitteraner, die dort arbeiteten, zu Österreichern machen. Dann haben Sie ihn mir nichts dir nichts in den Aufsichtsrat der NORD/LB entsandt.

Das wechselt ein bisschen häufig. Die Menschen in Salzgitter fragen: Wenn da wieder Geheimdiplo-

matie geschieht zwischen Herrn Neuber und Herrn Frenzel und Herrn Schultze und Herrn Gabriel - alles Sozialdemokraten -, dann gefällt uns das nicht. Die fragen natürlich: Handelt Herr Schultze als Vorstand der Preussag, oder handelt er als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Landtags?

(Zustimmung bei der CDU)

Das gehört, finde ich, zum Thema Transparenz.

Wenn der Ministerpräsident hier erklärt "Raus aus dem parteipolitischen Streit!", dann kann ich nur sagen: Einen Tag nach meinem Besuch in Salzgitter erschien eine SPD-Anzeige mit folgendem Inhalt: Wehren Sie sich gegen Herrn Frenzel! Solidarisieren Sie sich! - Sozialdemokratie Salzgitter. - Das ist Parteipolitisierung eines Themas! Dafür habe ich kein Verständnis.

Herr Plaue, Sie haben natürlich wieder den Vogel abgeschossen. Sie haben an dem Tag, als ich mich vor Ort informiert und gefordert habe, eine Aufanglösung zu suchen, die NILEG einzubinden, die Wohnbau einzubinden - genau das, was Herr Gabriel jetzt vorhat und bei dem wir ihn unterstützen -, erklärt, Wulff solle da erst einmal hinfahren, habe keine Ahnung vom Thema, habe sich überhaupt nicht dazu zu äußern; denn das gehe das Land überhaupt nichts an; das sei allein Sache der Preussag. Da musste ich Sie erst einmal aufklären, lieber Herr Plaue; Sie konnten sich nämlich gar nicht äußern, weil Sie noch nicht da waren. Ich war da, konnte mich deshalb äußern; auch die Fraktion war da. Wir haben dort vor Ort die Dinge formuliert, die die Landesregierung anschließend aufgegriffen hat. - So geht es wirklich nicht im Umgang miteinander!

(Beifall bei der CDU)

Es gibt noch einen Unterschied zur Landesregierung, und zwar in der Einschätzung der Preussag. Ich habe dort vor Ort gesagt: Das ist eines der ganz wichtigen, der ganz erfolgreichen, der ganz großen Unternehmen Niedersachsens. Wir sind stolz darauf, die Preussag AG mit ihrem Sitz in unserem Land zu haben, zu behalten und expandieren zu sehen. Aber für das Verhalten der Preussag in Salzgitter haben wir überhaupt kein Verständnis. Die Einschätzung von Herrn Gabriel, der sagt, das sei marktwirtschaftliches Verhalten dieses Unternehmens, daran könne man letztlich nichts aussetzen, teile ich nicht. In einer sozialen Marktwirtschaft ist es kein Verhalten, an den Beteiligten

vorbei, über die Betroffenen hinweg, über die Stadt hinweg so zu agieren.

(Beifall bei der CDU)

Jeder von uns stelle sich einmal vor, ein Drittel der Bevölkerung in seinem Wahlkreis, in seiner Heimatstadt wohnte in Wohnungen eines Wohnungsunternehmens, und diese Wohnungen würden kurzfristig zum Verkauf gestellt, ohne den Oberbürgermeister einzubeziehen, ohne den Oberstadtdirektor zu informieren, ohne die Abgeordneten zu informieren, ohne die Betriebsräte zu informieren, ohne die Mietervereinigung zu informieren. Niemand ist informiert worden! Es ist einfach in die Öffentlichkeit gegeben worden: Innerhalb eines Jahres wird das zu Geld gemacht; Rendite zählt; Shareholder-value; Aktionäre wollen Dividende sehen; wir wollen zukaufen; wir brauchen Geld; wir wollen es umsetzen.

(Unruhe)

Das ist - um das hier einmal sehr deutlich zu sagen - nicht unser Bild von sozialer Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Ein Unternehmen im Sinne Ludwig Erhards besteht nicht nur, um Gewinne zu machen, Rendite zu erzielen, Reibach zu machen, sondern Unternehmen entstehen und bestehen - um das für die CDU-Landtagsfraktion in Erinnerung an Ludwig Erhard hier mal wieder sehr deutlich in den Raum zu stellen -, um auch einen Mehrwert für die Gesellschaft zu erzeugen, das bei ihren Produkten zu überprüfen und sich der sozialen Verantwortung eines großen Unternehmens zu stellen.

(Unruhe)

Eine weitere Bemerkung. Hier wird ja die Historie angesprochen. Ich halte es für einen Fehler, dass Sie das Jahr 1989 immer wieder ansprechen. Herr Gabriel, Sie wollen doch nicht sagen, dass es für Salzgitter selig machend wäre, wenn es heute noch ein Staatsstahlunternehmen wäre.

(Zuruf von Plaue [SPD])

Für die Preussag war letztlich dieser Gang mit Herrn Pieper und der Preussag der richtige Weg. Das Unternehmen war in den 90er-Jahren so erfolgreich und es ist jetzt so gut aufgestellt, weil es privat am Markt operiert hat und deswegen ja auch begehrt war.

Nur, 1998 ist im Landtagswahlkampf vergessen worden, die Frage der Wohnungen vernünftig zu regeln.

(Plaue [SPD] lacht)

In den §§ 4 und 5 des zwölf Paragraphen umfassenden Kaufvertrages von 1989 hatte es noch eine Bestimmung gegeben, nach der der Käufer nur 2.500 Wohnungen verkaufen darf - daran hat sich die Preussag nicht gehalten - und nach der er sich der sozialen Verantwortung stellen muss. Jetzt ist ein Vorgang auffällig. Der SPD-Bundestagsabgeordnete in Salzgitter, der parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Herr Schmidt, hat bis zur Bundestagswahl immer erklärt, man könne das juristisch einklagen, die Verträge gäben das her, die SPD würde, wenn sie es könnte, eine Klage bei der Europäischen Kommission und gegen die Preussag führen. Nach der Bundestagswahl hat Herr Schmidt kleinlaut erklärt, er habe sich das im Kanzleramt noch einmal angeguckt, er müsse jetzt zu einem anderen Ergebnis kommen, man könne nichts tun, es sei alles in Ordnung, er rühre das Thema nicht mehr an. So können wir beim Thema Preussag und beim Thema Salzgitter hier miteinander nicht mehr verfahren! Ich bin froh darüber, dass wir einen gemeinsamen Antrag beschließen werden. Wir sollten die Historie nicht ständig so hindrehen, wie es uns gerade gefällt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat noch einmal der Herr Ministerpräsident.

Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil ich finde, dass man auch dem Oppositionsführer nicht durchgehen lassen darf, wenn er erklärt, man solle die Historie nicht bemühen, sie aber dann selbst bemüht, dann auch noch unvollständig, muss man ein paar Daten in Erinnerung rufen.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Ich habe nach einem Gespräch Mitte August mit den Betriebsräten des Wohnungsbauunternehmens der Preussag bereits am 25. August begonnen, in einem Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Preussag, Herrn Dr. Frenzel, diese Planung zur

Bildung eines Konsortiums vorzubereiten und durchzuführen. Nach meinem Kenntnisstand hat es zum damaligen Zeitpunkt keinerlei Initiativen von anderer Seite gegeben - außer in der Stadt Salzgitter, und das mit guten Gründen, weil man da am meisten bedroht ist.

Herr Wulff, bei allem Respekt vor der Bedeutung der Opposition auch für dieses Haus will ich darauf hinweisen, dass es jedenfalls an dieser Stelle eine Initiative der Betriebsräte des Wohnungsbauunternehmens gewesen ist. Die haben mich gebeten, an dieser Stelle aktiv zu werden. Wenn Arbeitnehmer und ihre Arbeitnehmervertretung gute Ideen haben, dann sollte man nicht versuchen, sie als Parteipolitiker zu instrumentalisieren. Das ist die Initiative der Betriebsräte des Wohnungsbauunternehmens gewesen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Danach haben wir nicht nur den Oberstadtdirektor, sondern auch Herrn Eppers informiert. Das wissen Sie inzwischen, leider nicht durch Herrn Eppers, sondern jetzt durch die Debatte.

(Eppers [CDU]: Das ist so nicht richtig!)

Dann will ich nur noch darauf hinweisen, dass Sie eben die Historie schon wieder verdreht haben. Bei dem Antrag vom 16. Februar 1989 und bei der Debatte im Niedersächsischen Landtag am 17. März 1989 ging es nicht mehr um die Frage, ob die Privatisierung verhindert werden kann, Herr Wulff - das war leider schon entschieden -, sondern der Antrag zielte darauf, das Wohnungsbauunternehmen herauszulösen und selbständig zu machen, damit nicht das eintritt, was wir heute hier erleben. Damals hat Ihre Regierung und hat Ihre Partei das gegen den Widerstand der SPD-Opposition im Niedersächsischen Landtag durchgepeitscht, hat auch die Braunschweiger Abgeordneten genötigt zuzustimmen. Das ist die historische Wahrheit in der Situation!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn der damalige Ministerpräsident und die damalige Landesregierung unter Gerhard Schröder 1998 der CDU gefolgt wären, dann hätten wir die Anteile an der Salzgitter AG nicht übernehmen können. Sie sind erst im März 1999 bei einer einstimmig verabschiedeten EntschlieÙung im Niedersächsischen

Landtag dazu gekommen, dem Halten von Anteilen an der Salzgitter AG zuzustimmen. Vorher haben Sie das in diesem Haus massiv bekämpft.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Daran möchte ich gern erinnern, weil ich finde, dass man nicht so verfahren darf, erst zu sagen "Ich will lieber nicht davon reden", um dann aus seiner Erinnerung eine Historie zu beschreiben, die so offenbar nicht richtig ist.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das stimmt ja nicht!)

Wir müssen für die Zukunft lernen, finde ich, dass es keinen Sinn macht, bei strukturbestimmenden Unternehmen permanent auf Privatisierung zu drängen, sondern dass der Staat auch eine bestimmte Schutzfunktion für die Beschäftigten und auch für die Bewohnerinnen und Bewohner von Städten wie Salzgitter hat. Es wäre gut, wenn wir in Zukunft die ordnungspolitischen Debatten, die in der Regel ideologisch geprägt sind, an der Realität messen würden. Da sind wir heute mit der Nase auf ein Problem gestoßen, das in diesem Lande viele Jahre vernachlässigt worden ist und das eigentlich erst mit der Initiative des damaligen Ministerpräsidenten wieder in die richtige Bahn gelenkt worden ist. Das ist die historische Entwicklung in Niedersachsen! Leider haben wir dafür heute zu wenig Möglichkeiten; ich hätte lieber mehr.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Plaue hat das Wort.

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz nur drei Punkte ansprechen.

Erstens. Herr Kollege Wulff, so geht das nun wirklich nicht! Sie können nicht eine Rede mit dem Appell an den Landtag beginnen, aus dieser Debatte Parteipolitisches herauszuhalten, und gleichzeitig die Mitgliedschaft von Konzernvorständen in demokratischen Parteien zum Gegenstand der Debatte machen.

(Beifall bei der SPD)

So geht das deshalb nicht, weil dann sozusagen als Erwiderung darauf hier im Landtag oder überhaupt in politischen Diskussionen natürlich auch die politische Mitgliedschaft von anderen Konzernvorständen zum Thema gemacht wird. Ob wir damit der Zusammenarbeit und, wenn man so will, der Akzeptanz von Politik gegenüber Wirtschaft einen Dienst erweisen, das wage ich allerdings zu bezweifeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt. Mit Interesse, Herr Kollege Wulff, habe ich Ihren Beitrag zur sozialen Verantwortung, zur sozialen Marktwirtschaft und zur Rolle von Ludwig Erhard in diesem Zusammenhang gehört.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das war der Begründer!)

- Ja, der Begründer, wenn Sie so wollen. - Der musste sozusagen als Kronzeuge dafür herangezogen werden, dass man dieses Wohnungsbauunternehmen nicht verkaufen darf.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist ja eine Verkürzung, die wieder unzulässig ist! Das ist wieder völlig unzulässig!)

Herr Kollege Wulff, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Grundsätze und diese Erkenntnisse Ihrem Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt hier in Hannover mitteilen könnten. Der will nämlich die GBH verkaufen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

Das ist ein Wohnungsunternehmen. Das hat die Menschen, die dort wohnen, auch erschreckt, meine Damen und Herren - Anspruch und Wirklichkeit!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, letzte Bemerkung: Ich und meine Fraktion sind dennoch bereit, diesen Antrag, den wir gemeinsam formuliert haben, gemeinsam zu tragen. Lassen Sie uns bei unseren Diskussionsbeiträgen auf diese Gemeinsamkeiten Rücksicht nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Der Kollege Gansäuer erhält für die CDU-Fraktion eine zusätzliche Redezeit von bis zu drei Minuten.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich damals zum Teil bei den Verhandlungen involviert war, habe ich überhaupt kein Problem damit, zu sagen, dass wir uns aus niedersächsischer Sicht, einschließlich der damaligen Landesregierung, in Teilen - das hat Herr Wulff auch schon vorgetragen - eine andere Lösung vorgestellt hatten. Gerade deshalb hat Herr Albrecht nach der Verabschiedung dieses Konzeptes durch die Bundesregierung und des Verkaufs einen Anteil von 10 % organisiert. Das war damals eine sehr schwierige Arbeit, um einen minimalen Einfluss auf die Preussag zu behalten. Dieser Einfluss ist durch den Verkauf dieses Anteils leider nicht mehr vorhanden. Hätten wir ihn heute noch, dann stünden wir heute strategisch etwas günstiger da. Das kann man wohl nicht bestreiten. Wir sollten aber das Kapitel nun abschließen, denn Schuldzuweisungen helfen Salzgitter nicht weiter, und sie vergrößern

(Zuruf von der SPD)

- es ist doch so - die Ängste der Menschen. Mit einigen haben wir gestern noch gesprochen.

Was mich abseits aller unterschiedlichen Auffassungen - ich finde es großartig, dass wir wenigstens in der Sache eine Gemeinsamkeit haben - besonders bestürzt, will ich an dieser Stelle sagen. Wolfgang Schultze weiß, dass ich ihn persönlich sehr schätze. Das ist überhaupt kein Thema. Aber wie auf der Basis eines solchen Vertragswerkes, in dem der Preussag in den §§ 4 und 5 eine besondere soziale Verpflichtung auferlegt wird - die §§ 4 und 5 sind ja in das Vertragswerk aufgenommen worden, weil die damalige Bundesregierung auch dadurch, dass wir sie auf diese schwierige Situation der Mieter aufmerksam gemacht haben, den Käufer veranlassen wollte, im Sinne sozialer Sicherung in Salzgitter Wohnungspolitik zu betreiben -, ein solches großes Unternehmen so ungeheuer - das sage ich mit aller Deutlichkeit - unsensibel mit den Gefühlen von Menschen umgeht, das bestürzt mich wirklich zutiefst.

(Beifall bei der CDU)

Man kann bei allem anderen anderer Meinung sein. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, so hat sich Ludwig Erhard soziale Marktwirtschaft nicht vorgestellt.

Ich möchte hinzufügen: Auch wenn es die §§ 4 und 5 nicht gegeben hätte, hätte ich das Verhalten der Preussag skandalös gefunden.

(Zuruf von der SPD)

- Lasst uns doch versuchen, ein wenig ernsthaft über die Dinge zu reden. - Ich erlebe überall, dass Großkonzerne immer genau wissen, was der Staat für sie tun muss. Ich meine, wir sollten einmal gemeinsam sagen, dass Großkonzerne in der Bundesrepublik Deutschland eine soziale und gesellschaftliche Verantwortung haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Nichts anderes war und ist die ethische Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Wenn Sie das nachlesen wollen, dann können Sie das gerne tun. Ich möchte wiederholen: Ich finde das Verhalten der Preussag an dieser Stelle unglaublich und skandalös.

Ein letzter Punkt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es sehr merkwürdig, dass das manche Kollegen vor dem Hintergrund einer solchen Bedrückung der Menschen in Salzgitter noch sehr humorvoll und lustig finden. Das ist aber Ihre Angelegenheit. Die Leute schauen ja zu und beobachten Sie sehr genau.

(Zuruf von der SPD)

- Das war ja eben so. - Ich möchte an dieser Stelle Folgendes sagen: Der Grund, warum wir hier diese Debatte führen, ist Folgender. Wenn die Preussag AG vorher mit der Stadt, mit den politischen Parteien im Rat, mit der Landesregierung, vielleicht auch mit dem Landtag gesprochen hätte, dann wäre diese Debatte und wären die Negativschlagzeilen, die sich die Preussag jetzt einhandelt, wahrscheinlich nicht nötig gewesen und den Mietern wäre geholfen worden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Frau Kollegin Harms.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir scheint, dass es den Fraktionen doch sehr schwer fällt, insbesondere der CDU, zu dem Verzicht auf eine Beratung des Themas im Rahmen der Aktuellen Stunde zu stehen und dafür diesen gemeinsamen Antrag zu beraten. Vielleicht wäre das andere Verfahren das Angemessenere gewesen. Denn ich meine, dass die Betroffenen in Salzgitter, über die hier so viel geredet wird, mit diesem Verlauf der Debatte verhältnismäßig wenig anfangen können, weil jetzt politische Interessen konsequent draufgesattelt werden.

Ich bin - das möchte ich Ihnen, Herr Wulff, und dem geschätzten Kollegen Gansäuer sagen - immer wieder begeistert davon, wie Sie in den vergangenen Jahren immer wieder Ihr soziales Herz entdecken. Ich frage mich aber, wo Sie es denn konsequent vertreten und ob das, was Sie hier sagen, wenn Sie z. B. direkt mit Vertretern der Industrie, an die Sie jetzt mit harschem Worte appelliert haben, sprechen,

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Mit Sicherheit!)

einen konsequenten Niederschlag findet.

Ich hatte dazu im Rahmen meiner Landtagsarbeit eine Gelegenheit gehabt, und zwar bei einer Einladung, die der Landtagspräsident Wernstedt kurz vor den Sommerferien ausgesprochen hat. Hierzu war - schon seit längerem angekündigt - auch Herr Frenzel eingeladen. Herr Frenzel spielt ja in dieser ganzen Debatte eine herausragende Rolle. Sie haben ihn heute wieder direkt attackiert. Es ging an diesem Abend um das Verhältnis der Politik zur Industrie am Beispiel des Verhältnisses Niedersachsen und Preussag.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Da wurde Herr Eppers eingeladen! Kennen Sie die Hintergründe?)

Herr Frenzel und ich hatten den ganzen Abend immer wieder Auseinandersetzungen. Ihre dritte kritische Position dazu fehlte. Die CDU war an diesem Abend ausgesprochen wortkarg. Sie waren nicht da.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Es war doch nur einer zugelassen!)

Herr Wulff, Sie waren als Fraktionsvorsitzender wegen der Bedeutung dieses Gespräches persönlich eingeladen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Jetzt reicht es mir!)

Ich finde, man muss dann wirklich einen Knopf an solche Positionen machen und sie auch bei solchen Gelegenheiten konsequent vertreten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung zu dem vorliegenden Antrag. Ich möchte daran erinnern, dass die Fraktionen übereingekommen waren, über den Antrag sofort abzustimmen, und dafür erbitte ich jetzt Ihre Aufmerksamkeit.

Wer der Entschließung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Ich frage nach Stimmenthaltungen. - Ich stelle fest, dass die Entschließung einstimmig angenommen ist.

Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen davon unterrichten, dass die Fraktionen übereingekommen sind, noch nicht in die Mittagspause einzutreten, sondern das Vormittagsprogramm abzuwickeln und dafür die Mittagspause bis 15 Uhr zu verlängern. Wir werden die Beratungen dann wieder aufnehmen.

Ich erbitte darum nun Ihre Aufmerksamkeit für den

Tagesordnungspunkt 2:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1840 - Berichtigung - zu Drs. 14/1840

Frau Ministerin Merk wird den vorliegenden Gesetzentwurf einbringen.

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie, die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags, haben am 17. Dezember letzten Jahres einstimmig eine Entschließung verabschiedet, die die Überschrift „Die Kostenträgerschaft in der Sozialhilfe zusammenführen“ hatte.

(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Darin wurde die Landesregierung aufgefordert, „im Bund mit den örtlichen Trägern der Sozialhilfe die gemeinsame Kostenträgerschaft, das so genannte quotale System, als Instrument der Kostenteilung in der Sozialhilfe einzuführen.“

(Unruhe)

Vizepräsident Gansäuer:

Wenn Sie die Unterhaltungen im Plenarsaal einstellen, dann können wir der Rednerin besser zuhören. - Bitte schön!

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Heute kann ich Ihnen einen Gesetzentwurf vorlegen, der die erforderlichen gesetzlichen Regelungen zur Einführung des „Quotalen Systems“ enthält. Land und Kommunen sind sich einig, dass dieser Schritt notwendig und richtig ist. Darüber bin ich froh. Die Gespräche und die Anhörungen, die wir in den letzten zwei Jahren durchgeführt haben, waren am Ende von dieser Einigkeit geprägt.

Meine Damen und Herren, im Folgenden möchte ich Ihnen kurz erläutern, welche Ziele wir - mit „wir“ meine ich das Land und die Kommunen, die ja beide Träger der Sozialhilfe sind - mit der Einführung eines „Quotalen Systems“ erreichen wollen. Alle Beteiligten sind sich einig, dass mit dem „Quotalen System“ die Leistungen kundengerechter und effizienter zu erbringen sind. In vierfacher Hinsicht erwarten wir positive Auswirkungen: Erstens soll das System eine sachgerechte Hilfe für die Hilfeempfängerinnen und -empfänger gewährleisten, zweitens mehr Bürgernähe bringen, drittens den Verwaltungsaufwand - das ist mir besonders wichtig - minimieren und viertens durch größere Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit die Kosten senken helfen.

Meine Damen und Herren, bisher richtet sich die Kostenträgerzuständigkeit nach der Form der Hilfe, vor allem in der Behindertenhilfe. Das heißt: Wenn jemand ambulante Pflege brauchte, musste der Landkreis oder die kreisfreie Stadt, in der die Hilfeempfängerin oder der Hilfeempfänger lebte, zahlen. Bei stationärer oder teilstationärer Pflege zahlte dagegen das Land. Beide Seiten standen immer wieder in der Versuchung, Kosten auf den jeweils anderen Träger zu verschieben. Die Frage nach der Zuständigkeit überlagerte die nach der sachgerechten Hilfe. Das ging oft genug zulasten der Betroffenen. Das konnte etwa bedeuten, dass ein behinderter Mensch, der nach seinen Fähigkeiten mit ambulanter Hilfe sehr wohl hätte selbstständig leben können, diese Hilfe eben nicht bekam und stattdessen stationär betreut werden sollte.

Damit ist jetzt Schluss; denn das „Quotale System“ überwindet das bisherige Gegeneinander von Land und Kommunen und bringt beide - das ist bedeutsam - in eine gemeinsame Verantwortung. Es wird sinnlos, Energie darauf zu verwenden, einen Hilfeempfänger möglichst einem anderen Kostenträger zuzuschieben, weil im „Quotalen System“ die Kosten nicht mehr fallweise verteilt werden. Dadurch wird es auch überflüssig, das Handeln des jeweils anderen Kostenträgers mit großem Aufwand zu kontrollieren. So wird nicht nur der Verwaltungsaufwand geringer, sondern wir erreichen auch eine schnellere und bürgernähere Hilfe.

Wie soll das „Quotale System“ ganz praktisch funktionieren? - Für jeden Landkreis und für jede kreisfreie Stadt wird künftig eine Quote festgelegt, nach der sich sein oder ihr Beitrag zum Gesamtaufwand für Sozialhilfeleistungen bemisst. Basis für die erste Berechnung der Quote sind die Leistungen in den Jahren 1997 bis 1999. In den Jahren 2002 bis 2004 wird die Quote jährlich überprüft. Später wird immer dann neu beraten werden, wenn ein Träger nachweist, dass seine Quote bei einer Neufestlegung um mindestens drei Prozentpunkte verändert werden müsste.

Das Land wird seine für 2001 geplanten Mittel um knapp 53 Millionen DM aufstocken. Dadurch werden die Kommunen entlastet, die für die Betreuung alter Menschen in Pflege- und Behinderteneinrichtungen seit Jahren mehr Geld aufbringen müssen.

Der Gesetzentwurf enthält nur die Regelungen, die der Gesetzgeber selbst treffen muss. Daneben ist in

dem Gesetzentwurf eine Reihe von Verordnungsermächtigungen vorgesehen, deren Ausfüllung notwendig ist, um das Gesamtvorhaben zu verwirklichen. Die wichtigsten Verordnungen werden wir Ihnen zumindest im Entwurf noch parallel zu der parlamentarischen Beratung des Gesetzentwurfs zuleiten. Das gilt insbesondere für die Verordnung, in der erstmals die Quoten festgelegt werden. Gern hätte ich Ihnen die Verordnungen zusammen mit dem Gesetzentwurf vorgelegt. Da wir uns aber einig waren, dass das „Quotale System“ zum 1. Januar kommenden Jahres funktionieren soll, müssen wir Gesetz und Verordnungen in Etappen erstellen.

Ich bin froh, dass es gelungen ist, den Gesetzentwurf noch so rechtzeitig vorzulegen, dass das Parlament ausreichend Zeit, d. h. mehr als ein Jahr Zeit, hat, um darüber gründlich zu beraten. Dies ist nicht allein das Verdienst der Landesregierung. In diesem Zusammenhang sind auch die Kommunen zu nennen, die schon bis Mai, also früher als üblich, dem Landesamt für Statistik ihre Daten aus dem Jahre 1999 übermittelt haben. Dadurch konnten im Rahmen der Verbandsanhörung den kommunalen Gebietskörperschaften die aktuellen Daten zur Verfügung gestellt werden. Dafür möchte ich den Kommunen und dem Landesamt danken.

Des Weiteren ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass das Gerüst für den Gesetzentwurf in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Vertretern des Landes und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens ausgearbeitet worden ist. Auch dieser Arbeitsgruppe möchte ich herzlich danken. Alle Gespräche und Sitzungen waren durch Offenheit und Fairness gekennzeichnet. Gleichwohl - das darf ich ruhig sagen - war es mühevoll, das vorliegende Ergebnis zusammenzubringen. Darüber bin ich nach den zweieinhalb Jahren erleichtert, wie Sie sich vorstellen können, und möchte allen Beteiligten noch einmal herzlich danken.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass von dem „Quotalen System“ alle Beteiligten profitieren werden, die Hilfeempfängerinnen und -empfänger, weil damit die bestmögliche Form der Hilfe im Vordergrund steht, und die Sozialhilfeträger, weil sie besser zusammenarbeiten werden, Doppelarbeit vermeiden und so Kosten sparen können.

Ich bin froh, dass der Beschluss, den Sie damals in großer Gemeinsamkeit gefasst haben, nunmehr

umgesetzt wird, und ich hoffe, dass der vorliegende Gesetzentwurf zügig beraten wird. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Der Kollege Groth hat jetzt das Wort.

(Zuruf von Groth [SPD])

- Sie haben Ihren Wortmeldezettel als Erster abgegeben.

(Zurufe)

- Entschuldigung, dann habe ich das nicht richtig gesehen. Der Zettel lag hier auf der Seite. Ich korrigiere also: Frau Kollegin Jahns, bitte schön!

(Groth [SPD]: Ich würde einem Präsidenten niemals widersprechen!)

- Ja, aber das hilft nichts. Wenn es so war, dann es war es eben so. Wenn meine Schriftführerin mir sagt, dass das so war, dann war es auch so.

(Heiterkeit)

Im Übrigen ist das strategisch auch nicht so wirksam, wie manche glauben.

(Heiterkeit)

Bitte schön, Frau Kollegin!

Frau Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt es außerordentlich, dass nach vielen Jahren der Forderung der Kommunen nach einem gerechten Ausgleich im Rahmen der Kostenträgerschaft in der Sozialhilfe zwischen örtlichem und überörtlichem Träger endlich der Gesetzentwurf eingebracht wird, den wir, wie wir von der Ministerin schon gehört haben, am 17. Dezember 1999 fraktionsübergreifend initiiert haben, indem wir gefordert haben, dass das „Quotale System“ im Konsens mit den Kommunen zum 1. Januar 2001 eingeführt werden soll. Auf diesen Konsens zwischen Kommunen und Land haben alle Fraktionen ursprünglich sehr viel Wert gelegt, damit es wirklich ein gerechtes Verteilungssystem, gerechte Quoten, mit denen auch die Kommunen finanziell leben können, geben wird.

Der Gesetzentwurf enthält im Wesentlichen unsere gemeinsam erarbeiteten Voraussetzungen. Eine dieser wesentlichen Voraussetzungen, d. h. eine gravierende Forderung der Kommunen, war dabei die, dass die Mittel für den Altenplafond erhöht werden. Man muss sagen, dass es den Konsens zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land in den ersten Monaten der Beratung nicht gegeben hat. Bis vor einigen Tagen haben die Kommunen und die kommunalen Spitzenverbände auch noch geäußert, dass sie mit der Einführung des „Quotalen Systems“ ohne eine Erhöhung der Mittel für den Altenplafond zum 1. Januar 2001 nicht einverstanden sind. In diesem Zusammenhang muss ich Ihrem Fraktionsvorsitzenden sagen. Es ist völlig unverständlich, wenn jetzt auf einmal, nachdem sich die SPD-Fraktion vorher gegen eine Erhöhung der Mittel für den Altenplafond ausgesprochen hatte, in den Medien zu lesen ist, dass die SPD die Sozialzuschüsse um 53 Millionen DM erhöhen will. Dazu muss ich auch den Kollegen aus der SPD-Fraktion sagen: Für mich ist die Erhöhung der Mittel für den Altenplafond mit einer Erhöhung der Sozialzuschüsse überhaupt nicht gleichzusetzen. Das eine ist etwas völlig anderes.

(Zurufe von der CDU)

Es ist doch so - das wissen Sie, meine Damen und Herren von der SPD ganz genau -, dass die Kommunen durch die Übertragung der Altenhilfe als kommunale Aufgabe in den vergangenen Jahren jährlich ein Defizit von 200 Millionen DM gehabt haben, sodass eine Aufstockung um 53 Millionen DM lediglich ein Viertel davon ausmacht. Das reicht für die kommunalen Finanzen hinten und vorne nicht.

(Zustimmung von Frau Pawelski [CDU])

Aber auch das ist wieder einmal ein Beispiel dafür, wie das Land mit den Kommunen umgeht. Die Kommunen werden finanziell im Regen stehen gelassen, und man versucht halt erst, die Kommunen hinzuhalten, bis der Druck entsprechend groß ist, um letztendlich, wenn man überhaupt nicht mehr anders kann, diesem Druck nachzugeben und entsprechend wenigstens ein kleines Stück Entgegenkommen zu zeigen.

(Zustimmung von Frau Pawelski [CDU] - Inselmann [SPD]: Spärlicher Beifall!)

- Es sind ja auch nicht mehr sehr viele da.

(Inselmann [SPD]: Aber von Ihnen!)

- Gut. Ich will nichts Gegenteiliges sagen.

Meine Damen und Herren, im Gesetzentwurf gibt es einige Details, über die in den kommenden Ausschusssitzungen noch beraten werden muss. Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, ob eventuell ein Rechtsanspruch auf Quotenbildung eingebracht werden soll. Ich meine aber, wir werden dort die kommunalen Bereiche vertreten und im Ausschuss entsprechend gemeinsam darüber beraten, wie man am besten mit Quotenklassen bzw. mit ganz individuellen Quotenbildungen umgeht.

Eine weitere gravierende Entscheidung wird sein, ob der gemeinsame Ausschuss über die Quoten mit einem einstimmigen Abstimmungsverhältnis entscheiden wird. Ich meine nämlich, dass es gravierend ist, ob man entsprechend den bisherigen parlamentarischen Verfahrensweisen mit Mehrheit entscheiden kann oder ob wirklich eine Einstimmigkeit gefordert wird; denn es ist zu erwarten, dass es einstimmige Entscheidungen sicherlich selten geben wird. Das hat dann den Nachteil, dass die entsprechenden Kommunen keinen Anspruch auf Änderung der Quote haben. Wir sind der Auffassung, dass dieser Anspruch geschaffen werden muss bzw. dass eine Veränderung der Quote auch mit einem einfachen Mehrheitsverhältnis möglich sein muss.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich meine, dass wir dem gemeinsamen Ziel, für die Menschen in unserem Land ein Stück Sicherheit zu schaffen, ein ganzes Stück näher kommen; denn wir schaffen durch dieses Gesetz ein völlig neues System in der Leistungsübertragung zwischen den örtlichen Trägern und dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe, und wir verschaffen den Menschen dadurch Gerechtigkeit, dass sie sich wirklich darauf verlassen können, nicht in die Mühlsteine der Kostenträger zu geraten, und wissen: Ich bekomme meinen Anspruch, meine Leistung, ohne dass ich Angst haben muss, vom einen zum anderen geschickt zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Mit diesem Gesetzentwurf schaffen wir auch Flexibilität in der Handhabung - es wird für die Kommunen einfacher werden -, wir fällen Entscheidungen zum Wohle der betroffenen Men-

schen, und dieses Schwarzer-Peter-Spiel, das bisher stattgefunden hat, hört endlich auf.

Meine Damen und Herren, ich verspreche mir von den künftigen Beratungen ein großes Stück Fortschritt für die Menschen im Lande Niedersachsen, und ich meine, dass wir damit Pflöcke einschlagen, die von großer Bedeutung für die Sozialpolitik in unserem Lande sind. Dementsprechend wünsche ich mir, dass das partnerschaftliche Verhältnis, das innerhalb der fraktionsübergreifenden Beratungen schon bisher geherrscht hat, auch in Zukunft so bleiben wird, und ich wünsche mir, dass wir gemeinsam ein Ziel erreichen, von dem die Menschen und natürlich auch die Kommunen profitieren, die ja auch in großem Umfang von diesen Kostenträgerschaften betroffen sind. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Jetzt ist der Kollege Groth wirklich dran. Bitte schön!

Groth (SPD):

Danke. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf, der nun fristgerecht von der Landesregierung vorgelegt wird, versetzt uns in die Lage, dass der Beschluss, diese Verwaltungsreform größeren Stils - die Sozialverwaltung im Lande Niedersachsen neu zu ordnen - zu dem Termin durchzuführen, den wir im Dezember gesetzt hatten - zum 1. Januar -, umgesetzt werden kann. Wir werden sicherlich gut ein Vierteljahr zur Beratung mit dem mitberatenden Ausschuss benötigen. Ich bin dabei aber zuversichtlich, weil wir in den Zielsetzungen ja weitestgehend einig sind.

Ich möchte heute nur noch kurz auf die Essentials unserer damaligen EntschlieÙung eingehen.

Erstens. Wir wollten den Konsens mit den Kommunen haben. Der ist nun hergestellt, und der ist - auch wenn Sie, Frau Kollegin Jahn, das hier anders vortragen - ebenfalls in der Frage des Altenplafonds hergestellt. Sicherlich hat es hier zunächst andere Entscheidungen gegeben, allerdings nicht vonseiten der SPD-Fraktion. Vielmehr haben sich viele aus der SPD-Fraktion - die Kommunalpolitiker, Herr Endlein, aber auch die Sozialpolitiker - in den letzten Wochen intensiv bemüht, die Plafondfrage zu lösen, und sie ist jetzt im Konsens gelöst: 52 Millionen DM zusätzlich ab 2001. Es

werden dann für die Altenhilfe, die Hilfe für die mehr als 60 Jahre alten Menschen, rund 185 Millionen DM an die Kommunen fließen. Das muss noch einmal klar gesagt werden, weil es natürlich nicht nur um die 52 Millionen DM geht.

Ein zweites Anliegen war - ich fasse es einmal zusammen -, dass wir eine dauernde Konsenssuche zwischen den Ebenen haben wollten, eine Art Lenkungsgruppe, ein gemeinsames Gremium. Der Gesetzentwurf sieht das vor. Man mag sicherlich noch darüber reden, wie die im Detail ausgestaltet werden und wie die Entscheidungen gefunden werden. Ich meine, das sollten wir der Beratung vorbehalten und nicht schon heute hier im Detail erörtern.

Ein dritter Punkt war uns sehr wichtig, nämlich nicht dasselbe zu machen, was in Schleswig-Holstein gemacht wurde - für jede kommunale Gebietskörperschaft eine Quote zu bilden -, weil wir natürlich wissen, dass sich die Einzelfallhäufigkeiten von Landkreis zu Landkreis deutlich unterscheiden: In einem Landkreis leben mehr Behinderte - das hat etwas mit unseren historischen Versorgungsstrukturen zu tun - als in einem anderen Landkreis, und man könnte viele ähnliche Beispiele bilden. Wir haben früh gesagt: Bitte einigt euch in dem Konsens darauf, dass wir zumindest vorübergehend regionale oder gar kommunale Quoten bekommen. Der Gesetzentwurf hat diesen Hinweis in vollem Umfang umgesetzt, und ich meine, dass wir damit auch gut beraten sind.

Außerdem wollten wir eine Möglichkeit eingebaut sehen, die Quoten regelmäßig einer Überprüfung, einer Revision zu unterwerfen. Auch das ist im Gesetzentwurf enthalten.

Meine Damen und Herren, kurz gesagt: Hier ist aus der Mitte des Parlaments einmütig Verwaltungsmodernisierung in erheblichen Bereichen der Landesverwaltung eingefordert worden. Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine gute Ausgangslage für die weiteren Beratungen ist. Wir begrüßen das seitens der SPD ausdrücklich.

Wir und vielleicht auch Sie müssen wissen, dass Sie in den Kommunen sicherlich häufig auf das Thema angesprochen werden; denn viele in den Verbänden und in den Familien haben natürlich Sorgen, dass sich hier etwas zu ihrem Nachteil verändert. Ich lege an dieser Stelle Wert darauf zu sagen: Die Zuständigkeit für die Aufgaben des

örtlichen Trägers und auch seine Planungsverantwortung beispielsweise dafür, dass hinreichend Behindertenwerkstätten vorgehalten werden, werden vom Land nicht weggenommen. Diese Aufgaben bleiben in der Landeszuständigkeit, und deshalb bleibt auch die Pflicht des Landes, die Quoten regelmäßig zu bedienen. Viele fehlinterpretieren die geplante Veränderung derzeit in der Art, dass sie sagen, nun werde die Behindertenhilfe in ihrem gesamten Umfang kommunalisiert. Das ist nicht der Fall. Das ist ein gepflegtes Missverständnis. Sie werden aber angesprochen werden, weil Sie spätestens bei den Haushaltsberatungen mit dem Thema konfrontiert werden. Diese Neuregelung schultert neue Beziehungen zwischen den Kommunen und dem Land in einer Größenordnung von ungefähr 4,4 Milliarden DM, davon 2 Milliarden DM auf Landesseite und etwa 2,4 Milliarden DM auf der kommunalen Seite. Das wird alle Beratungen in den kommunalen Gremien zum Haushalt 2001 beeinflussen. Sie werden mit dem Thema „Quotales System“ zu tun haben.

Wir bedanken uns bei der Landesregierung und bei den Vertretern der Kommunen dafür, dass ein guter Entwurf auf den Tisch gekommen ist, und sind zuversichtlich, dass wir den Gesetzentwurf auch in kurzer Zeit wieder hier zur Schlussabstimmung präsentieren werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege Groth. - Das Wort hat jetzt Frau Pothmer.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf setzt in der Tat im Wesentlichen die Punkte, die wir gemeinsam im Entschließungsantrag formuliert haben, um. Insofern kann ich für meine Fraktion sagen: Dieser Gesetzentwurf wird in der Form, wie er in den Grundzügen vorliegt, wahrscheinlich auch unsere Zustimmung finden.

Ich meine, dass es höchste Zeit wird, dass wir in diesem Bereich endlich in die Strümpfe kommen. Offensichtlich bedurfte es doch noch einer parlamentarischen Initiative, aber der Gesetzentwurf vermittelt jedenfalls mir den Eindruck: Wir sind dem Ziel ein Stück näher gekommen. Das war auch höchste Zeit. Es hat sich nämlich herauskristallisiert, dass das alte System eine konzeptionelle

Weiterentwicklung z. B. der Behindertenhilfe zunehmend blockiert hat. Die alte Aufteilung der Kostenträgerschaft - ambulante Leistungen: Kommunen, stationäre Leistungen: Land - hat dazu geführt, dass der eine Kostenträger immer wieder versucht hat, sich zulasten des anderen Kostenträgers zu entlasten. Diesen Anreiz beseitigen wir mit der Einführung des „Quotalen Systems“. Damit sind wir auch schon ein ganzes Stück weitergekommen. Das ist nicht wenig.

Aber ich will auch deutlich darauf hinweisen, dass ich nicht sicher bin, dass das tatsächlich ausreichen wird, um die Arbeit z. B. im Behindertenbereich konzeptionell weiterzuentwickeln. Ich glaube, wir dürfen hier nicht das Beharrungsvermögen insbesondere der großen stationären Einrichtungen unterschätzen. Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsverbände aus Schleswig-Holstein bestätigen dies. Darin wurde deutlich: Das allein führt eben noch nicht zu einer konzeptionellen Weiterentwicklung der Arbeit in diesem Bereich.

Insoweit will ich an einem Punkt schon Beratungsbedarf anmelden: Der vom Gesetzentwurf vorgesehene Beirat, in dem auch die Betroffenen und die Leistungsanbieter vertreten sind und der genau das Gremium ist, das sich solcher Fragen annehmen sollte, soll nach den Vorstellungen des Gesetzentwurfs lediglich mindestens einmal im Jahr tagen. Ich frage mich, ob das ausreicht, ob diese Regelung richtig ist; denn wir können doch gemeinsam nicht wollen, dass das „Quotale System“ sofort wieder zu einem reinen Kostenaufteilungsinstrument verkommt.

Wir wollen das „Quotale System“ doch, weil wir die Möglichkeiten im Bereich der sozialen Arbeit, z. B. im Bereich der Behindertenhilfe, verbessern wollen. Von daher müssen wir intensiv überlegen, ob dieses Ziel mithilfe dieses Gesetzentwurfs auch tatsächlich erreicht werden kann. Ich glaube, dass es dazu nicht nur eines Beirats bedarf, wie ihn der Gesetzentwurf vorsieht, sondern vor allen Dingen des ausdrücklichen Willens dieser Landesregierung. - Danke Schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Pothmer. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen sowie zur Mitberatung an die Ausschüsse für innere Verwaltung und für Haushalt und Finanzen zu überweisen. - Andere Auffassungen dazu sehe ich nicht. Dann ist das einmütig so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 3:

Einzig (abschließende) Beratung:

Unterrichtung nach § 38 Abs. 1 i. V. m. § 37 Abs. 4 LHO über eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 13 20 Tit. 661 63 - Schuldendiensthilfen an die NFG - sowie Unterrichtung über eine Erhöhung des Regressverzichts bei den gewährten Bürgschaften an die EXPO 2000 Hannover GmbH - Antrag der Landesregierung - Drs. 14/1804 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/1822

Der Antrag der Landesregierung ist am 31. August 2000 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen überwiesen worden. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Zunächst hat Herr Finanzminister Aller das Wort. Bitte schön!

Aller, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Ausschuss für Haushalt und Finanzen am 6. September sehr ausführlich über diesen Sachverhalt unterrichtet. Die Sach- und Faktenlage hat sich seitdem nicht geändert. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit biete ich daher an, lediglich auf diese Sitzung zu verweisen und das, was ich dort vorgetragen habe, zu Protokoll zu geben.

Ich will gleichzeitig deutlich machen, dass das Unterlegen der 1,2 Milliarden DM Defizitabdeckung durch das Land im Rahmen der Haushaltsplanberatungen auf einem verfassungskonformen Weg erfolgt. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass dieser Betrag nicht das letzte Wort ist, sondern dass das gilt, was der Ministerpräsident

heute Morgen gesagt hat und was auch ich gesagt habe, dass wir nämlich im Laufe der nächsten Monate mit dem Bund so konsequent verhandeln werden, dass sich das Verhältnis 50 : 50 eindeutig zugunsten des Landes verbessern wird. Das kann man im Laufe der Haushaltsplanberatungen dann nachbessern.

(Beifall bei der SPD)

(Zu Protokoll:)

Meine Damen und Herren, wie Sie meiner Unterrichtung vom 22. August 2000 sowie verschiedenen Presseberichten entnommen haben, habe ich am 18. August 2000 zur Sicherstellung der weiteren Handlungsfähigkeit der EXPO-Gesellschaft in enger Abstimmung mit dem Bund nach § 38 Abs. 1 in Verbindung mit § 37 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung entschieden, der EXPO-Gesellschaft 430 Millionen DM zur Stärkung des Eigenkapitals zur Verfügung zu stellen und einen weiteren Regressverzicht aus den vom Land Niedersachsen übernommenen Bürgschaften in Höhe von 219,5 Millionen DM auszusprechen. Beide Maßnahmen waren im Rahmen des Notbewilligungsrechts zur Vermeidung der Überschuldung der Gesellschaft notwendig. Ein Nachtragshaushaltsgesetz konnte nicht rechtzeitig herbeigeführt werden.

Anlass für beide Maßnahmen war ein Schreiben der EXPO 2000 Hannover GmbH vom 16. August 2000, mit dem die Geschäftsführung den beiden haftenden Gesellschaftern Bund und Land Niedersachsen mitgeteilt hat, dass der noch in der Aufsichtsratsitzung am 7. Juli 2000 für erreichbar gehaltene Gesamtverlust von 400 Millionen DM nicht mehr darstellbar ist, sondern im Ergebnis sich auf bis zu 2,4 Milliarden DM erhöhen wird.

Insbesondere die deutlich unter den Erwartungen liegende Entwicklung der Besucherzahlen ist der Grund für die genannte Ergebnisverfehlung. Dazu kommt, dass durch Veränderungen in der Ticketstruktur - wie z. B. die Einführung des günstigen Abendtickets für 15 DM - nur noch ein Durchschnittsnettoerlös von 31,70 DM erzielbar ist. Der ursprünglich geplante Nettoerlös wurde mit 45 DM pro verkaufter Karte beziffert.

Dem nunmehr mit bis zu 2,4 Milliarden DM bezifferten Gesamtverlust liegt als Untergrenze eine erwartete Besucherzahl von 14 Millionen zugrunde. Dabei wird davon ausgegangen, dass bis zum

Ende der Weltausstellung bei unverändertem Nettodurchschnittserlös täglich etwa 100.000 Besucherinnen und Besucher auf das Weltausstellungsgelände kommen. Die durchschnittlichen Tagesbesucherzahlen lagen im Juni bei 78.500, im Juli bei 89.000 und im August bei 113.500. In den ersten drei Monaten haben insgesamt 8,65 Millionen Gäste die EXPO gesehen. Aufgrund dieser Entwicklung der Besucherzahlen müssen die Einnahmeerwartungen aus dem Kartenverkauf um 1,372 Milliarden DM auf nunmehr 444 Millionen DM zurückgenommen werden.

Darüber hinaus tragen Rückgänge bei den Vermarktungserlösen ganz wesentlich zu der deutlichen Gesamtergebnisverschlechterung bei. Die Geschäftsführung erwartet aktuell mit 526 Millionen DM nur noch etwas mehr als die Hälfte der ursprünglich mit 955 Millionen DM veranschlagten Einnahmen. Noch in der Aufsichtsratsitzung im Mai dieses Jahres wurden Vermarktungserlöse in Höhe von 755 Millionen DM erwartet. Der weitere Erlösrückgang ist neben nicht mehr zu realisierenden Verträgen insbesondere auf besucherabhängige Mindererlöse sowie absehbare Erlösausfälle bei den Konzessionären zurückzuführen.

Neben den Kartenverkaufs- und Vermarktungserlösen mussten auch sonstige Erlöse von 259 Millionen DM auf nunmehr 152 Millionen DM und damit um 107 Millionen DM zurückgenommen werden. Ganz wesentlich hat hierzu die Entscheidung auf den völligen Verzicht von Parkplatzgebühren beigetragen.

Zusammengefasst wird nach der aktuellen Planung von Mindererlösen in Höhe von 1,908 Milliarden DM ausgegangen, sodass nach den Darstellungen der Geschäftsführung von den ursprünglich erwarteten Gesamterlösen in Höhe von 3,030 Milliarden DM voraussichtlich nur 1,122 Milliarden DM zu erzielen sind. Diese korrigierte Erlöserwartung führt neben einem um 56 Millionen DM auf 3,486 Milliarden DM erhöhten Ausgaberahmen bei gleichzeitigem Verbrauch der Planungsreserve von 150 Millionen DM - z. B. für zusätzliche Werbemaßnahmen - zu dem neu geschätzten Gesamtverlust von knapp 2,4 Milliarden DM.

Ich gehe aufgrund der Erklärungen der Geschäftsführung davon aus, dass mit der geschilderten Maßnahme die Liquidität der EXPO-Gesellschaft abschließend sichergestellt werden

kann. Die Besucherzahlen des letzten Wochenendes lassen hoffen, dass sich der positive Trend fortsetzt: Am Samstag kamen nach Angaben der EXPO-Gesellschaft erstmals mehr als 200.000 Menschen auf das Gelände. Auch der Themenpark hat mit 160.000 Eintritten eine neue Höchstmarke erreicht.

Auch wenn die betriebswirtschaftliche Situation der EXPO-Gesellschaft nicht gerade erfreulich ist, werde ich nicht müde zu betonen, dass die Niedersächsische Landesregierung die Weltausstellung als Erfolg und Bereicherung bewertet. Jeder, der die EXPO selbst besucht hat und die Stimmung auf dem Weltausstellungsgelände genießen konnte, wird mir zustimmen.

Die Niedersächsische Landesregierung wird auch aus diesem Grund ihrer Verantwortung nachkommen und alles Notwendige unternehmen, um die EXPO zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Hierzu werden wir den bereits eingeschlagenen Weg fortsetzen und unseren Beitrag über die notwendige Zuführung weiteren Eigenkapitals erbringen. Die finanzielle Absicherung der EXPO wird ein Bestandteil der von mir bereits angekündigten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf 2001 sein, auf die ich heute Nachmittag noch ausführlich eingehen werde. Unabhängig davon gilt natürlich: Die Landesregierung arbeitet in Verhandlungen mit dem Bund auf eine deutlich bessere Quote als 50:50 bei der Defizitabdeckung hin. Es bleibt dabei: Dieses Ergebnis wird erst nach Beendigung der EXPO und Vorliegen des Ergebnisses haushaltsrelevant werden können.

An dieser Stelle bitte ich um Ihre nachträgliche Billigung nach § 37 Abs. 4 LHO.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Minister. - Das Wort hat jetzt der Kollege Wegner.

Wegner (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen uns heute mit einem für die niedersächsische Finanzpolitik sehr schwierigen Kapitel beschäftigen. Weitere Kapitel werden folgen. Wie die Geschichte ausgeht, lässt sich noch nicht genau vorhersagen. Aber wir sollten jedenfalls versuchen, gemeinsam das Beste daraus zu machen.

Im Namen der SPD-Fraktion begrüße ich ausdrücklich, dass die Finanzminister des Bundes und

des Landes Niedersachsen durch die kurzfristige Bewilligung von je 430 Millionen DM sowie einen Regressverzicht bei den Bürgschaften die weitere Handlungsfähigkeit der EXPO GmbH sichergestellt haben. Sie haben damit den ordnungsgemäßen Ablauf der EXPO gewährleistet, Deutschland vor einer internationalen Blamage bewahrt und den vielen Ausstellern und Geschäftsleuten, die in die EXPO investiert haben, ermöglicht, dass sie sich weiter präsentieren und den Besuchern ihre Leistungen anbieten können. Insbesondere aber haben sie den Millionen von Menschen, die die EXPO noch nicht besucht haben oder die sich zu regelrechten EXPO-Fans entwickelt haben, die Möglichkeit erhalten, sich in einer freundschaftlichen internationalen Atmosphäre über andere Völker, Zukunftschancen, aber auch Zukunftsrisiken zu informieren. Allein die kleine Stadt Bad Salzdetfurth erwartet aus befreundeten Städten in Polen und Spanien noch mehr als 150 Besucher. Gäste aus England haben die EXPO schon besucht und waren begeistert.

Ich will damit nicht sagen, dass es nicht auch Managementfehler bei der Durchführung und Vermarktung gegeben haben kann. Aber wir müssen auch berücksichtigen, dass dies die erste EXPO in Deutschland ist und konkrete Erfahrungen fehlten.

(Hagenah [GRÜNE]: Das wollen wir auch nicht wieder machen!)

Diese Sachverhalte sollten deshalb später in Ruhe untersucht und bewertet werden und nicht ständig im Vordergrund stehen. - Ich finde, Herr Hagenah, Sie brauchen heute nicht schon wieder gegen die nächste EXPO zu kämpfen. Sie, Herr Hagenah, wird es hier dann jedenfalls nicht mehr geben.

Die Ausgabenseite ist bisher im Wesentlichen eingehalten worden. Lediglich die Einnahmen sind weggebrochen und konnten nicht so realisiert werden, wie dies die Geschäftsführung oder ein bekanntes Wirtschaftsberatungsunternehmen prognostiziert hatten.

Die positiven Aspekte für Bund, Land und die Stadt Hannover überwiegen jedoch bei weitem: internationale Anerkennung, Verbesserung der Infrastruktur und ein erheblicher volkswirtschaftlicher Nutzen.

Dieses Bewusstsein entwickelt sich hoffentlich langsam auch bei den Grünen. Ich werte es insofern als positiv, dass die Beschlussempfehlung des

Ausschusses für Haushalt und Finanzen an den Landtag ohne Gegenstimmen erfolgt ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat jetzt der Kollege Möllring.

Möllring (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Von mir nur einige wenige Sätze, weil Herr Hagenah uns ja vorgeworfen hatte, wir machten in diesem Punkt keine Opposition.

Erstens haben wir die EXPO mitverantwortet. Es war schließlich eine Erfindung der Regierung Albrecht/Breuel. Frau Breuel hat damals in Paris für die EXPO gekämpft. Wir stehen uns nicht einfach aus der Verantwortung, weil wir hinterher in die Opposition gekommen sind. Die EXPO ist ein Kind des gesamten Landes - das nehme ich für uns in Anspruch, genauso wie es die SPD für sich in Anspruch nimmt -, und wir übernehmen nachher gemeinsam die Verantwortung dafür.

Zweitens. Als die Situation so war, wie sie von Herrn Minister Aller im Haushaltsausschuss geschildert worden ist, hat er mich telefonisch darüber informiert. Ich nehme an, dass er das bei der SPD-Fraktion und bei der Fraktion der Grünen ebenfalls getan hat. Das halte ich auch für völlig korrekt.

Ich habe ihm damals gesagt, ich habe es im Haushaltsausschuss gesagt, ich habe es aber auch in der Öffentlichkeit gesagt: Wir machen alles mit, was im Rahmen unserer Verfassung ist. Wir legen Wert darauf, dass das Geld, das das Land zusätzlich für die EXPO bereitstellt, auch über den Landeshaushalt abgedeckt und als Landesmittel deklariert wird. Selbst wenn es über die NFG laufen sollte, legen wir Wert darauf, dass das ursprünglich Landesmittel sind. Das haben wir auch so besprochen, und darauf werden wir auch achten.

Bei den ganzen anderen Sachen machen wir es genau so, wie es Herr Wulff gesagt hat: Darüber wird erst diskutiert, wenn die Feier zu Ende ist. Im Moment wollen wir noch feiern. Da schließe ich mich meinem Vorredner an.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Kollege Hagenah - er ist schon angesprochen worden - hat jetzt das Wort.

Hagenah (GRÜNE):

Wir, meine Damen und Herren, hätten es uns leicht machen und diese Vorlage einfach ablehnen können nach dem Motto: Dem, was wir nicht gewollt haben, stimmen wir auch nicht zu. Die Vorlage sagt nichts weiter, Herr Möllring, als dass das Geld weg ist. Dieser Tatsache gegenüber kann man die Augen nicht verschließen. Das stellen wir fest. Allerdings möchte ich zur Vermeidung von Missverständnissen schon darauf hinweisen, dass unter dem dort angesprochenen Regressverzicht nicht so etwas wie eine Generalamnestie zu verstehen ist. Das ist damit nicht gemeint. Das weiß ich sehr wohl.

Ich möchte jetzt aber noch im Einzelnen ausführen, was unserer Meinung nach alles geklärt werden muss, nachdem Sie es ja nicht für nötig befunden haben, dies hier vor dem Landtag auszubreiten; denn die Summe von 430 Millionen DM ist für die weiteren Beratungen auch des Haushalts sicherlich noch relevant.

(Möhrmann [SPD]: Sehr ungerecht, was Sie da sagen!)

Wir kritisieren scharf, dass die EXPO und die Landesregierung Informationen über die Finanzsituation so lange zurückgehalten haben, bis ein scheinbarer Sachzwang zum Handeln ohne parlamentarische Beratung eingetreten war. Die Landesregierung will den schwarzen Peter offensichtlich allein der Geschäftsführung und dem Aufsichtsratsmitglied Werner zuschieben. Der Ministerpräsident machte derartige Anstalten schon in der vorangegangenen Debatte. Ich habe hier ein Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 25. August, wonach der Regierungssprecher am EXPO-Aufsichtsratschef Werner die Kritik geübt hat:

„Noch im Juli hatte Werner in einer Aufsichtsratssitzung versichert, trotz der damals beschlossenen Preissenkung für Senioren und Kinder werde die Expo mit ihrem Budget zurecht kommen. ‘Das war kühn.’“

So sagte der Regierungssprecher.

„Und unverständlich war auch, dass er an der Projektion von 40 Millionen Besuchern festhielt, ebenso behauptete er, der Bürgschaftsrahmen reiche auf jeden Fall aus,“

Dem stimme ich zu, dass das kühn war. Aber bitte schön: Wer hat ihm denn geglaubt? Wozu sitzen denn die Herrschaften im Aufsichtsrat? - Meiner Meinung nach saßen sie dort doch nicht ungeschützt. Ich habe es schon heute Morgen ausgeführt. Der Ministerpräsident sitzt dort, bestens vorbereitet durch das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium. Wie konnte er es denn glauben? Aufgrund welcher Planzahlen haben Sie dem Herrn Werner dieses Wolkenkuckucksheim noch abnehmen können?

Der Ministerpräsident erklärt im gleichen Artikel selbst, warum Sie bis heute diesen Anschein erwecken. Dort steht - so die Aussage von Ministerpräsident Gabriel -:

„Der Druck zu einer EXPO mit einer schwarzen Null als Ergebnis sei vom damaligen Bundeskanzler Kohl ausgegangen. Ohne ein derartiges Versprechen hätte es keine Beteiligung des Bundes und damit auch keine Weltausstellung gegeben, sagte Gabriel.“

Was heißt das anderes, als dass er selbst nie dran geglaubt hat?

Die SPD-Landesregierung hat uns, dem Parlament, die ganze Zeit einen Haushalt der EXPO GmbH vorgegaukelt, an den sie selbst überhaupt nicht geglaubt, sondern den sie nur als politische Zahl gewertet hat. Das hätten Sie uns meiner Meinung nach auch einmal sagen können.

(Möhrmann [SPD]: Was haben Sie denn vorgegaukelt, Herr Kollege? Sie haben doch mit noch mehr Besuchern gerechnet! Natürlich! Sie haben doch ein Verkehrschaos an die Wand gemalt!)

Vielleicht hätten Sie auf dieser Grundlage auch einmal Ihre Haushalte entsprechend einrichten können. Das heißt, Sie hätten mit Blick auf die künftigen Lasten des Landes finanzielle Vorsorge treffen müssen.

(Eveslage [CDU]: Wie waren denn Ihre Prognosen?)

- Die Prognosen sind ziemlich genau eingetreten, obwohl wir noch viel zu bescheiden waren. Wir haben in der Juni-Sitzung noch davon gesprochen, dass das Risiko besteht, dass sich das Defizit angesichts der Prognosen auf mehr als 1 Milliarde DM belaufen werde. Insofern ist das, wovon wir und der Landesrechnungshof gewarnt haben und worauf auch die Gutachter hingewiesen haben, leider mehr als eingetreten.

Die geplante Überführung der Kosten in die NFG ist verfassungswidrig. Dem werden wir uns auch widersetzen. Das, was in der Vorlage steht, können wir nicht akzeptieren. Wir werden zum Haushalt entsprechende Änderungsanträge einbringen. Außerdem setzen wir darauf, dass die CDU, die in diesem Zusammenhang als Oppositionsfraktion letztendlich auch etwas zu verlieren hat - denn die Kosten werden mindestens über die nächsten zehn Jahre gestreckt -, diese Frage gemeinsam mit uns kritisch untersucht und das Gutachten, das uns vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst vorgelegt worden ist, ähnlich würdigt wie wir. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Finanzminister, bitte schön!

Aller, Finanzminister:

Ich habe mich nur noch einmal zu Wort gemeldet, damit sich all das, was Herr Hagenah an Fragen und Zeitungszitaten in die Welt setzt, nachher nicht als die Wahrheit verselbständigt.

Herr Hagenah, mit Blick auf die Debatten, die wir hier noch führen werden, schlage ich Ihnen vor, sich zunächst einmal sachkundig zu machen. Das wäre sehr wichtig. Dies gilt z. B. für die Frage, wie viel die 400 Millionen DM am Bürgschaftsrahmen ausmachen. Nicht nur wir haben 430 Millionen DM zur Verfügung gestellt, sondern auch der Bund. Insgesamt sind es also 860 Millionen DM. Wir haben verhandelt und unsere Erwartungen und Prognosen einem Szenario von Bürgschaften in Höhe von 1,77 Milliarden DM, die ja ausgelegt waren, gegengerechnet. Das heißt, das Weltbild, das Sie sich zusammengebraut haben, muss zu einem Ergebnis führen, wie Sie es interpretieren. Die Fakten und Zahlen, die die Geschäftsführung

dem Aufsichtsrat vorgelegt hat, die dieser dann bewertet hat und die möglicherweise zu einer Reaktion des Gesellschafters führen werden, führen zu einem anderen Weltbild, das auf Daten, Fakten, Untersuchungen und vorgelegten Szenarien basiert. Insofern unterscheidet sich dieses Weltbild von dem Weltbild, das Sie sich ausgemalt haben. Das muss ich hier noch einmal sagen.

Es tut mir Leid, dass Sie sich immer wieder in die Situation begeben und hier immer wieder so ein bisschen als der schlecht Informierte dastehen. Gleichzeitig nehmen Sie für sich aber in Anspruch, alles besser zu wissen.

(Hagenah [GRÜNE]: Wir werden uns das angucken! Bestreiten Sie die Summe von 2,4 Milliarden DM?)

- Die habe ich selber aufgeschrieben und unterschrieben. Ich weiß gar nicht, was Sie haben. Lesen Sie doch nur einmal die Vorlage. Dann sind Sie schlauer als heute Morgen. Das würde doch auch in der Debatte weiter helfen. Ich darf das einmal so direkt sagen, weil mir Ihr Vorgehen hier auf den Keks geht.

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Beratungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 1822 und damit dem Antrag der Landesregierung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung ist damit einstimmig zugestimmt worden.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 4:

Einzig (abschließende) Beratung:

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1998 - Entlastung - Antrag der Landesregierung - Drs. 14/1244 - Bemerkungen und Denkschrift des Landesrechnungshofs - Drs. 14/1590 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/1823

Der Antrag der Landesregierung in Drucksache 1244 und die Bemerkungen und Denkschrift des Landesrechnungshofes in Drucksache 1590 sind am 15. Dezember 1999 zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen direkt überwiesen worden. Berichterstatter ist der Kollege Wiesensee.

Wiesensee (CDU), Berichterstatter:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit werde ich den Bericht, der nichts Außergewöhnliches enthält, zu Protokoll geben. Ich möchte Ihnen empfehlen, dem Votum des Haushaltsausschusses zu folgen und seiner Beschlussempfehlung zuzustimmen.

(Zu Protokoll:)

Mit der soeben vom Herrn Präsidenten genannten Drucksache hat Ihnen der Ausschuss für Haushalt und Finanzen seine Beschlussempfehlung zur Haushaltsrechnung 1998 vorgelegt.

Der Ausschuss empfiehlt, die Landesregierung und den Präsidenten des Landtages für die Haushaltsrechnung des Haushaltsjahres 1998 zu entlasten und die dazu vorliegenden Bemerkungen und die Denkschrift des Landesrechnungshofs insoweit für erledigt zu erklären, als sich aus dem Bericht des Haushaltsausschusses nichts anderes ergibt. Außerdem enthalten die Empfehlungen die Bitte an die Landesregierung, die Feststellungen und Bemerkungen in dem Bericht zu beachten und dem Landtag über die eingeleiteten Maßnahmen zu berichten. Des Weiteren sollen die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 1998 nachträglich gebilligt werden.

Der Landesrechnungshof hat die Haushaltsrechnung wieder sehr zeitnah geprüft und dem Landtag frühzeitig seine Denkschrift vorgelegt. Vom Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ wurde die Denkschrift sehr eingehend beraten.

Zu allen wesentlichen Sachverhalten hat der Unterausschuss Empfehlungen ausgearbeitet, die die Grundlage für die Beratungen im Ausschuss für Haushalt und Finanzen bildeten. Der Zeitrahmen meiner Berichterstattung lässt es nicht zu, dass ich auf Einzelheiten eingehe. Erlauben Sie mir daher, dass ich auf den sehr umfangreichen Bericht des Haushaltsausschusses verweise. Die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung ist sowohl im Unterausschuss als auch im Haushaltsausschuss einstimmig beschlossen worden.

Ich möchte meinen Bericht nicht schließen, ohne namens des Haushaltsausschusses allen an der Prüfung beteiligten Mitarbeitern des Landesrechnungshofs für die geleistete verantwortungsvolle Arbeit zu danken.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Im Ältestenrat bestand Einigkeit darüber, dass zu diesem Tagesordnungspunkt niemand sprechen soll. Ich stelle fest, dass sich daran nichts ändern soll.

Wir kommen zur Abstimmung. - Wer den Nummern 1 bis 4 in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in Drucksache 1823 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Wer nun der Nummer 5 in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 1823 zustimmen und somit die in die Beratung einbezogene Eingabe 2863/03/14 für erledigt erklären möchte, den bitte ich ebenfalls um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch das ist einstimmig so beschlossen worden.

Wir kommen jetzt last, but not least zum

Tagesordnungspunkt 5:

Einzig (abschließende) Beratung:

Zustimmung des Niedersächsischen Landtages zur Veräußerung von Landesvermögen gemäß Artikel 63 Abs. 1 Niedersächsische Verfassung und § 64 Abs. 2 LHO; landeseigene Flächen am alten Fischereihafen in Cuxhaven - Antrag der Landesregierung - Drs. 14/1768 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/1824

Der Antrag der Landesregierung war am 1. August 2000 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen direkt überwiesen worden.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Die Fraktionen waren sich im Ältestenrat darüber einig, dass zu diesem Antrag nicht gesprochen werden soll. Ich sehe jetzt auch keine Wortmeldungen.

Wir kommen also zur Abstimmung. - Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in Drucksache 1824 und damit dem Antrag der Landesregierung in Drucksache 1768 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das war einstimmig.

Ich darf Ihnen jetzt einen guten Appetit und eine schöne Mittagspause wünschen. Wir sehen uns, wie gesagt, um 15 Uhr wieder.

Unterbrechung: 13.39 Uhr.

Wiederbeginn: 15.01 Uhr.

Vizepräsidentin Litfin:

Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich hoffe, Sie haben eine angenehme, nahrhafte und unterhaltsame Mittagspause gehabt.

Wir setzen unsere Tagesordnung fort. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001 - HG 2001 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1740

und

Tagesordnungspunkt 7:

Erste Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2001 - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1830

Für die Beratung der beiden Gesetzentwürfe stehen gemäß der Vereinbarung im Ältestenrat 170 Minuten zur Verfügung. Bisher liegen mir keine Wortmeldungen vor.

(Zurufe von der CDU - Heiterkeit)

Der Herr Minister wird jetzt den Haushalt einbringen. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit.

Aller, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bringe den Haushalt ein und rede gleichzeitig, wie verabredet, zu dem Haushaltsbegleitgesetz.

Seit dem 15. Dezember letzten Jahres ist Sigmar Gabriel Ministerpräsident des Landes Niedersachsen. Am selben Tag hat er in seiner Regierungserklärung vor diesem Hohen Haus die Leitlinien der Landespolitik für die nächsten Jahre vorgestellt. Heute, neun Monate nach der Amtsübernahme, steht fest: Der Start in die zweite Halbzeit dieser Legislaturperiode mit dem neuen Teamchef und mit neuen Politikakzenten ist voll gelungen.

(Möllring [CDU] – zur SPD -: Da müsst ihr doch klatschen! - Heiterkeit bei der CDU)

Fast exakt ein Jahr vor den Kommunalwahlen im Jahr 2001 hat die Landesregierung gezeigt, wer im Lande für frischen Wind sorgt, wer Probleme anpackt und wer das Land mit neuen Initiativen voranbringt.

Der Wechsel im Amt und die Neujustierung der Politik sind zügig, kompetent und überzeugend

entschieden worden. Bei der Wahl des Nachfolgers von Gerhard Glogowski im Landtag sind dem Ministerpräsidenten nicht nur Stimmen der Mehrheitsfraktion, sondern auch der Opposition zugefallen. Und das hatte wohl Gründe.

(Beifall bei der SPD - Plauke [SPD]:
Sehr gut! Jetzt klatschen wir besonders freudig!)

Seit dem Regierungswechsel im Jahr 1990 und dem Amtsantritt von Ministerpräsident Gerhard Schröder geht es in Niedersachsen offensichtlich aufwärts. Denn Mal um Mal sind die Wahlergebnisse besser geworden, und auch die scharfe Kritik der CDU hier im Lande, der CSU aus Bayern oder der Union aus dem Bund hat nicht verhindern können, dass Gerhard Schröder Kanzler geworden ist. Das ist wohl auch ein Vertrauensbeweis für die Politik, die in Niedersachsen gemacht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Das Programm Gabriel hat so schnell Konturen angenommen, dass sich die Opposition bis heute nicht wirksam auf die neue Konstellation einstellen konnte. Der neue Ministerpräsident hat einen richtigen Blitzstart hingelegt, und seine zupackende Art hat ihn in kurzer Zeit über die Landesgrenzen hinaus bekannt gemacht.

Der Ansatz der Regierung Gabriel lässt sich in fünf Punkten zusammenfassen: erstens eine eindeutige Priorität für Schul- und Bildungspolitik, zweitens entschlossene Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung, drittens mutige Schritte zur Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung, viertens gezielter Ausbau sowohl der technologischen als auch der Verkehrsinfrastruktur, fünftens - ausdrücklich verstärkt - die selbstbewusste Vertretung von Landesinteressen in der Bundes- und EU-Politik.

Die CDU steht - das ist wohl auch vonseiten der Medien beobachtet worden - ohne echte Alternative da. Ihr fehlt die strategische Ausrichtung. Zuletzt war das Desaster mit dem Untersuchungsausschuss, und die kürzlich als Kritik an der Landesregierung vorgelegte Loseblattsammlung war wohl eher ein Schuss, der nach hinten losgegangen ist. Mir ist von Mitgliedern der CDU gesagt worden, das sei eher ein Armutszeugnis und ein politisches Eigentor.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in diesem Land honorieren offensichtlich unseren offenen und auf Dialog angelegten Politikstil. Wir geben gern zu, dass er das Risiko birgt, dass die Opposition dort mit politischen Aktionen in das politische Tor einfällt, wo sie glaubt, Punkte machen zu können.

Wir haben heute Morgen die Auseinandersetzung um die Ökosteuer verfolgen können. Ich möchte nicht noch einmal in aller Breite die Positionen der Bundesregierung und der Landesregierung darlegen. Aber eine Frage muss beantwortet werden: Wer die Ökosteuer nicht will, der muss sagen, wie er im Jahre 2001 22,8 Milliarden DM auf den Tisch des Hauses legen will, um diese durch die Ökosteuer abgesicherten Milliarden im Bereich der Sozialversicherung gegenzufinanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Offenbar haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ein wenig die Bodenhaftung verloren. Denn eines ist klar: Während wir in Berlin und in Hannover mit Aktionen wie Bündnis für Arbeit und Ausbildung mit den Menschen in Kontakt kommen, fehlt Ihnen das Verständnis für diese Herangehensweise an die Politik.

Was uns bei der Politik in Berlin zufrieden stellt und was auch in Niedersachsen durchschlägt, ist die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 2,75 % nach einem leichten Knick im letzten Jahr. Auch wir in Niedersachsen nehmen an dieser Entwicklung des wirtschaftlichen Aufschwungs teil, die sicherlich etwas damit zu tun hat, dass wir mit der Diskussion über die Steuerreform einen Weg eingeschlagen haben, den der Sozialdemokratie vermutlich niemand zugetraut hat, der aber breit getragen worden ist - auch von Ländern, die von der Union regiert oder mitregiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Die 45 Milliarden DM im Jahr 2001 und die 67 Milliarden DM jährliche Entlastung haben einen Politikmix zur Grundlage, der, so meine ich, für die Zukunft hoffen lässt.

Endlich schlägt nun auch der positive Konjunkturverlauf auf dem Arbeitsmarkt durch. Wir konnten in Niedersachsen feststellen - das hat die neueste Statistik ergeben -, dass wir an dieser positiven Entwicklung teilnehmen: 28.000 Arbeitslose weniger und ein Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben zu einer Arbeitslosenquote von 8,9 % geführt. Damit ist die

Arbeitslosenquote immerhin um 1,2 Prozentpunkte gesunken. Wenn der Trend anhält - alles spricht dafür -, wird es im nächsten Jahr insgesamt 280.000 Arbeitslose weniger geben bzw. wird - umgekehrt formuliert, was positiver ist - die Zahl der Erwerbstätigen entsprechend wachsen.

Diese positive Entwicklung wird auch im Ausland wahrgenommen. Es honoriert unsere Steuerreform. Die positiven Entwicklungen sind unübersehbar.

Die kritische Auseinandersetzung um den Euro, die wir hier führen könnten, will ich verkürzt darstellen, weil das auch bereits heute Morgen zum Teil dargelegt worden ist. Eines steht jedenfalls fest: Der Euro sorgt für eine hervorragende Exportsituation in Deutschland. Er sorgt für Stabilität in Euro-Land, und zwar in einer Art und Weise und über einen Zeitraum wie nie zuvor. Alle, die über den Euro die deutsche Wirtschaft oder den Aufschwung kaputtreden wollen, leisten wahrscheinlich unserem Standort und dem Wirtschaftsstandort Deutschland einen gewaltigen Bärendienst,

(Beifall bei der SPD)

weil alle vernünftigen Analysten sagen, dass sich der Euro nach dieser stabilen Phase in Kombination mit dem Aufschwung nach oben entwickeln wird, sodass dann positive Effekte verzeichnet werden können, auch was die Importsituation angeht.

Die Achse Berlin - Hannover oder Hannover - Berlin steht. Ich meine, das ist eine sehr wichtige Erkenntnis für unser Land. Viel zu lange hat die CDU in Niedersachsen unter Kohl den Zugang zur Bundespolitik nicht organisieren können. Das hat wohl etwas damit zu tun, dass es Sigmar Gabriel gelungen ist, den Politikstil und die Politikschwerpunkte sehr stark mit dem in Übereinstimmung zu bringen, was wir bundespolitisch ohnehin als gemeinsame Position vereinbart haben.

Zentrale Frage der letzten Wochen und Monate war mit Sicherheit die Steuerreform. Ich erinnere mich an die Auseinandersetzung in diesem Landtag um die Fragen, ob wir mittelstandsfreundlich sind oder nicht, ob die niedersächsische Sozialdemokratie und diese Landesregierung in der Lage sein werden, das, was sie versprochen haben, zu halten.

Ich stelle heute fest: Das Ergebnis der Steuerreform trägt zu großen Teilen unsere niedersächsi-

sche Handschrift. Das gilt für die Ansage, das Optionsmodell nicht durchzutragen. Wir entlasten den Mittelstand durch die Beibehaltung der Sonder- und Ansparabschreibungen - § 7 g Einkommensteuergesetz. Wir haben den Mitunternehmererlass weitestgehend wieder in Kraft gesetzt - eine Initiative, die aus Rheinland-Pfalz gekommen ist. Für Veräußerungen von Personengesellschaften haben wir den Freibetrag von 60.000 DM auf 100.000 DM heraufgesetzt. Für Erlöse aus einmaliger alters- und berufsbedingter Veräußerung oder Aufgabe eines Betriebes wird der halbe Steuersatz wieder eingeführt - eine Forderung, die in diesem Hause erhoben worden ist. Beim Verkauf von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften machen wir Ernst mit unserer Forderung, Missbrauchsmöglichkeiten weitestgehend auszuschließen. Aus der niedersächsischen Politik heraus ist außerdem die Absenkung des Spitzensteuersatzes ab 2005 auf 42 % statt auf 45 % nach Berlin getragen worden. Wir hatten 43 % angepeilt.

Meine Damen und Herren, dieser Erfolg bei der Steuerreform ist nicht wegzudiskutieren, bringt aber auch Probleme für den niedersächsischen Landeshaushalt. Wir hatten im Vorfeld darauf hingewiesen. Deshalb haben wir eine Rücklage gebildet, die inzwischen auf 870 Millionen DM angestiegen ist. Wir haben diese Rücklage gebildet und sind dafür von den Oppositionsfractionen kritisiert worden, das seien Wahlkampfkassen, das seien schwarze Kassen, das sei Geld, das die Regierung freihändig ausgeben wolle. Heute sind wohl alle Fractionen in diesem Hause, insbesondere die Grünen und die CDU, froh, dass wir die Rücklage gebildet haben. Sind Sie es nicht, meine Damen und Herren, müssen Sie uns sagen, wie Sie 870 Millionen DM mobilisieren wollen, um die Folgen der Steuerreform im niedersächsischen Landeshaushalt zu finanzieren.

Die Situation stellt sich für uns im Augenblick so dar, dass wir bei der Aufstellung des Haushaltes im Mai mit Blick auf die Erwartungen und mit dem Blick auf die Steuerreform sehr sicher wussten, dass der niedersächsische Landeshaushalt enorm unter Druck geraten würde, weil wir den Handlungsbedarf in der mittelfristigen Finanzplanung sehr offen und sehr ehrlich ausgewiesen haben. Heute wissen wir, dass wir die Abschläge, die wir für 2002 bis 2004 in einer Größenordnung von 760 Millionen DM, 1,125 Milliarden DM und 1,1 Milliarden DM vorgenommen haben, sehr realitätsnah geschätzt haben, und wir sind sicher, dass wir mit diesen Vorgaben auch in der mittel-

fristigen Finanzplanung unsere weiteren Haushaltsberatungen erfolgreich fortführen können.

Wir werden aber - das ist angekündigt worden - die Auswirkungen der Steuerreform und - ich kündige auch das schon an dieser Stelle an - das Thema EXPO in einer Ergänzungsvorlage nachbehandeln müssen. Dieses zweistufige Verfahren ist angekündigt worden, und ich habe am letzten Mittwoch den Haushaltsausschuss darüber informiert.

Der Haushalt in seinem Gesamtumfang von 41,9 Milliarden DM - formal bereinigt: 41,8 Milliarden DM - hat eine prozentuale Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 2,1 % erfahren. Die Steuerdeckungsquote liegt fast unverändert bei 75,2 %. Die Kreditfinanzierungsquote - das halte ich für relativ positiv - sinkt von 6,5 % auf 6,3 %. Schwierig ist nach wie vor die Situation bei der Nettokreditaufnahme. Ich hatte in den vergangenen Wochen und Monaten darauf hingewiesen, dass wir sie derzeit nicht absenken können. Sie wird bei 2,65 Milliarden DM stehen bleiben. Die Investitionsquote sinkt leicht ab, und zwar von 10,4 % auf 9,9 %. Das ist aber im Bundestrend vergleichbar und wird vom mir im Zusammenhang mit der NFG noch erläutert werden.

Wir mussten zu Beginn der Haushaltsberatungen von einer Deckungslücke in Höhe von 1,3 Milliarden DM ausgehen, die nach Anmeldung der Häuser bei 2,1 Milliarden DM gelegen hat. Diese Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben konnten wir jedoch decken. Ich finde, dass das eine hervorragende Leistung all derer ist, die mitgewirkt haben. Ich sage einen ganz herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Kolleginnen und Kollegen im Kabinett.

(Beifall bei der SPD - Möhrmann
[SPD]: Sehr gut, Herr Minister!)

Ein zentrales Thema der Auseinandersetzung in diesem Niedersächsischen Landtag ist die Frage des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst. Niemand hat uns zugetraut, dass wir in der letzten Wahlperiode 7.000 Stellen abgebaut haben. Wir werden weitere 5.527 Stellen abbauen. Diese Stellen sind so präzise beschrieben, dass wir sicher davon ausgehen können, dass wir dieses Einsparziel erreichen. Durch diese personalwirtschaftliche Maßnahme sparen wir für die jetzt anstehende Beratungsrunde 65 Millionen DM ein. Wir werden daran konsequent weiterarbeiten.

Die zwei wichtigen Themen, bei denen wir die Liberalisierung des Marktes für Einsparungen genutzt haben, sind am Energiemarkt und an der Telefonie festzumachen. Wir haben beim Energiebezug durch ein gebündeltes Ausschreibungsverfahren 21 % gespart und haben auch unter ökologischen Gesichtspunkten ausgeschrieben. Das hat zwar den Preis nicht ganz optimal gestalten lassen; aber mit dem Ergebnis sind wir zufrieden, weil wir neben einem hervorragenden Ergebnis mit Einsparungen in Höhe von 21 % auch 24 % der Energie aus Kraft-Wärme-Kopplung und 4 % aus regenerativen Energieträgern sicherstellen können.

Bei den Telefonverträgen sind wir mit Millionen-einsparbeträgen erfolgreich gewesen. Auch hier macht sich fest, dass das Verfahren, die Ausschreibung zentral zu organisieren und die Einsparerfolge auf die dezentralen Strukturen unserer Landesverwaltung zu übertragen, letztlich der vernünftigste Weg ist.

Wir wissen, dass wir bei der Haushaltskonsolidierung nicht nur Freude verbreitet haben. Wir haben es auf uns genommen, in sehr kritischen Bereichen, insbesondere dort, wo es unser eigenes Personal betrifft, bestimmte Entscheidungen zu treffen, weil es keine Alternative gab. Das gilt insbesondere für die angekündigten, aber im Jahre 2001 nicht einsetzbaren Mittel für Leistungszulagen und Leistungsprämien. Das bringt oder kostet immerhin 67 Millionen DM.

Wir haben in dem sehr empfindlichen Bereich - dazu wurden viele harte Diskussionen geführt - der Hauptgruppe 6 bei den freiwilligen Leistungen, bei 80 Positionen, 35 Millionen DM eingespart. Das reicht von der Denkmalpflege bis zur gesundheitlichen Aufklärung und zeigt, dass wir keine Tabufelder aufgebaut haben, wenn es darum ging, das Geld zusammenzukratzen, um Prioritäten zu bezahlen.

Die vielleicht schwierigste Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung eines Teilhaushaltes betrifft den Innovationspakt II, den wir auf den Innovationspakt I aufgesetzt haben. Sie wissen, dass damit die Planungs- und Finanzierungssicherheit für die niedersächsischen Hochschulen gemeint ist. Es ist kolportiert worden, wir würden im Hochschulbereich Kürzungen in Höhe von 50 Millionen DM vornehmen. Das ist falsch. Diese 50 Millionen DM fließen auf der Zeitschiene komplett wieder zurück in die Hochschulen. Wir haben es aber erreicht, von 2002 bis 2006 eine Planungs-

sicherheit für die niedersächsischen Hochschulen auf dem Niveau des Jahres 2000 festzuschreiben, und damit den Hochschulen die Möglichkeit gegeben, alle Rationalisierungsgewinne, die sie organisieren können, in ihrem eigenen Kontext zu bearbeiten. Diese Vorgehensweise ist bundesweit vorbildlich und sucht ihresgleichen. Wir haben jedenfalls sehr positive Rückmeldungen aus anderen Bundesländern erhalten.

Ich muss zugeben, dass wir auch in diesem Jahr wieder eine globale Minderausgabe einstellen werden, und zwar in der Größenordnung von 1 % des Gesamthaushaltes. Es handelt sich dabei also um 420 Millionen DM. In den letzten Jahren ist von der Opposition jedes Mal kritisch angemerkt worden, dass sie nicht erbringbar sei, dass der Betrag nicht einzusparen sei. Wir haben jedes Mal den Gegenbeweis angetreten und sind sicher, dass wir es auch in diesem Haushalt wieder schaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Haushaltssituation ist kompliziert und verlangt auch Fantasie bei der Deckung der Ausgaben. Wir haben Entnahmen aus dem Sondervermögen in einer Größenordnung von 88 Millionen DM aus dem Grundstock und 17 Millionen DM aus dem Agrarstrukturfonds ausgewiesen. Wir werden 125 Millionen DM aus der HanBG in den Haushalt überleiten.

Die Situation, die wir im Haushalt organisieren, wird sich auch an der Frage messen lassen, wie wir mit Investitionen umgehen. Ich habe gesagt, dass wir im Haushalt 9,9 % ausgewiesen haben, muss aber gleichzeitig darauf hinweisen, dass in unserer niedersächsischen Systematik einige große Investitionen nicht der Investitionsquote zugerechnet werden können. Das gilt natürlich für die EXPO, das gilt auch für die Emslandautobahn.

Wir haben in den letzten Jahren deutlich machen können, dass sich das Instrument der NFG bewährt hat. In zehn Jahren ist der Gesamtschuldenstand der NFG nur um 17 Millionen DM gestiegen, obwohl wir insgesamt eine halbe Milliarde DM über die NFG finanziert und in niedersächsische Projekte gelenkt haben. Das gilt für den ÖPNV, den Fernbahnhof Laatzen, das gilt für die Sanierung des Opernhauses Hannover, aber auch für die Sondermülldeponie Münchehagen. Das heißt also: Instrumente, die, lange bevor die SPD-geführte Landesregierung im Amt war, genutzt wurden,

sollten auch in Zukunft zur Verfügung stehen, wenn es um wichtige zentrale landespolitische Investitionen geht. Es zeigt sich, dass, wenn man sich auf einer bestimmten Zeitschiene verpflichtet, über Annuitäten, also Zinsen und Tilgung, dieses Projekt auszufinanzieren, es eine endliche Investition ist, die dann die Nachwelt nicht unmittelbar belastet.

Die Hauptgruppe 4 behandle ich deshalb noch einmal, weil neben den Einsparungen, die wir auf der Personalseite haben, es zur Klarheit und Wahrheit gehört, dass wir deutlich machen, dass durch die Ausgliederung von Landesbetrieben natürlich auch Personalkosten aus der Hauptgruppe 4 herausgerechnet werden und bei der Hauptgruppe 6 wieder auftreten. Insgesamt gilt aber auch im Ländervergleich, dass andere Länder dieses Verfahren wählen, dass sie LHO-Betriebe gründen. Ich komme später noch einmal auf Ländervergleiche zu sprechen. Das muss also kein Manko bei unserem Vorgehen sein. Ich melde aber an, dass wir bei der Zahl von fast 50 Landesbetrieben, die wir inzwischen haben, uns ein wenig der Frage nähern müssen, wie denn das auch haushaltstechnisch von der Haushaltsüberwachung durch den Landtag letztlich so geregelt werden kann, dass Sie eng am Ball bleiben können.

Ein zentrales Thema bei jeder Haushaltsberatung sind die Zuweisungen an den kommunalen Bereich. Ich weiß, dass wir auch wieder wegen des kommunalen Finanzausgleichs beklagt worden sind. Ich weiß aber auch, dass wir inzwischen nachweisen konnten, dass das Land im Vergleich zu den Kommunen relativ schlechter dasteht.

(Zuruf von der CDU: Hoho!)

- Relativ schlechter als die Kommunen. - Wir werden den Prozess führen müssen. Wir werden ihn ausklagen müssen. Das ist so in einem Staat wie dem unseren. Davor haben wir auch keine Angst.

Entscheidend ist aber, dass wir das Verhältnis zu den Kommunen in einigen Fragen doch deutlich haben entkrampfen und klarstellen können. Das gilt besonders für den Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

und das „Quotale System“, von dem vorhin gesprochen worden ist. Wir haben eine sehr intensive und sehr kontroverse Auseinandersetzung darüber

gehabt, wie die Altenpflege, wie der Altenpflegeplafond, dotiert werden muss. Ich stelle für die Landesregierung fest - und sage ausdrücklich herzlichen Dank der SPD-Landtagsfraktion für die konstruktive Mitarbeit und die Unterstützung -, dass wir dieses „Quotale System“ mit diesem Haushalt regeln können.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen damit in eine bestimmte Situation. Das sage ich in Richtung der kommunalen Spitzenverbände, die erklärt haben: Wenn ihr das so mit dem „Quotalen System“ regelt und das finanziell so begleitet, dann ist damit das Thema Altenpflege zwischen Land und Kommunen auf ein gutes Plateau gebracht worden. - Ich bedanke mich ausdrücklich in Richtung der kommunalen Spitzenverbände.

All die Operationen, die ich bis jetzt geschildert habe, haben nichts mit dem zu tun, was wir auf der Ausgabenseite als Prioritäten bereitgestellt haben. Sie haben im Wesentlichen mit dazu beigetragen, dass wir Spielmasse, dass wir Geld aus dem Haushalt herausgearbeitet haben, um die Prioritäten der Landesregierung im Haushalt abzusichern. Das gilt insbesondere für die Bildungsoffensive des Ministerpräsidenten in einem Volumen von 125 Millionen DM, die über Einsparungen an anderer Stelle dotiert worden sind. 50 Titel sind angefasst worden. Das hat niemand für möglich gehalten. Es hat bei anderen Haushalten wehgetan. Aber die Akzentsetzung war richtig. Es zeigt sich, dass die Maßnahmen, die nachgeschaltet werden, ebenso richtig sind. Das gilt für die bereitgestellten 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen, das gilt für die zweimal 500 Stellen an Lehrerinnen und Lehrern, die wir bereitstellen werden, das gilt für den weiteren Ausbau der „Verlässlichen Grundschule“ mit 26 Millionen DM und für die Unterstützung der Hauptschule mit 6 Millionen DM. Es zeigt, dass konkrete Summen neben ein politisches Programm gestellt werden und schrittweise Verbesserungen durchgesetzt werden können, die letztlich auch vor Ort gut honoriert werden.

Entsprechend der Regierungserklärung, meine Damen und Herren, sind 75 Millionen DM in eine Multimediainitiative eingespeist worden. Dieser Betrag soll sich durch Kooperation mit der Wirtschaft und den kommunalen Spitzenverbänden verdoppeln. Ich halte es für eine geniale Idee, diesen Weg zu suchen, weil das Land alleine oder die Kommunen alleine die gewaltige Investition,

die dahinter steht, nicht auf die Reihe hätten kriegen können. Die Gründung des Vereins „N 21: Schulen in Niedersachsen online“ ist der Ausweis dafür, dass diese Kooperationen noch funktionieren. 18 Wirtschaftsunternehmen und die kommunalen Spitzenverbände machen mit, sodass wir sicher davon ausgehen, dass das, was praktisch ans Netz gegangen ist, sich über die Lehrerzimmer sukzessive weiterentwickeln wird.

Die Zusammenführung von Wirtschaft und Wissenschaft, von Wirtschaft und Schule, von Wirtschaft und Berufsschule ist ein Programmpunkt, den wir systematisch ausbauen werden. Dazu dienen auch die Kompetenzzentren, die zwischen dem Wirtschaftsminister und dem Wissenschaftsminister, zwischen der Wirtschaft und den Hochschulen auf den Weg gebracht worden sind.

Ich halte es, wenn auch aus der Not geboren, für eine Investition von großer Bedeutung für unser Land, dass ein vorzeitiger Ausbau der Bundesautobahn 31 zwischen Bund, dem Land Niedersachsen, den Regionen und der Wirtschaft vereinbart worden ist. Sie kann jetzt früher gebaut werden, als das sonst möglich gewesen wäre. Ich bin sicher, dass vor Ort verstanden wird, dass das Land allein es nicht hätte organisieren können.

(Zuruf von Ontijd [CDU])

Deshalb sind wir denen sehr dankbar, Herr Ontijd, die als Partner in dieses Gespräch mit eingestiegen sind. Das ist ein ganz wichtiges Signal für Verkehrspolitik im Interesse der Menschen und der Wirtschaft vor Ort.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass der zentrale Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik die Mittelstandsförderung ist. Deshalb war es folgerichtig, dass das Landesdarlehensprogramm und die Gründungsoffensive bei den Haushaltskürzungen nicht angefasst worden sind. Es zeigt sich, dass diese Landesregierung bei veränderten Rahmenbedingungen flexibel ist und nachlegen kann, wenn es Not tut. Es hat sich ergeben, dass der Wirtschaftsminister, der Ministerpräsident, aber auch der Finanzminister sehr schnell die Situation im mittelständischen Bereich erkannt haben. Wir haben 50 Millionen DM für den Mittelstand nachgelegt und werden sie in der Ergänzungsvorlage haushaltstechnisch absichern.

Ich klammere einmal den Hochbausektor aus, weise aber darauf hin, dass wir zwei Instrumente im staatlichen Hochbau vorangetrieben haben, die wohl auch vor Ort wichtige Erkenntnisse bringen. Wir haben mit dem Hochschulplafond ein Instrumentarium geschaffen, das es dem Wissenschaftsminister wesentlich einfacher macht, mit den Hochschulen gemeinsam Hochschulbauplanung zu machen. Wir haben mit dem Justizminister ein Programm mit enormen Kosten über den Bau von Justizvollzugsanstalten verabredet, das Schritt für Schritt die Engpässe in der Justiz beseitigen hilft.

Ich will Ihnen deutlich machen, meine Damen und Herren, dass es nicht immer die großen Summen sind, die hervorragende Ergebnisse bringen können. Es ist uns gelungen, im Kabinett und in Verbindung mit der Fraktion sicherzustellen, dass ein Interventionsprogramm und ein Integrationsprogramm auf die Beine gestellt werden, die nicht notwendigerweise mehr niedersächsisches Geld kosten. Durch die Bündelung der Kompetenzen, durch die Zusammenführung der Programme ist es möglich, Geld von Europa hinzuzubekommen und mit dem gezielten Einsatz dieses Geldes zwischen dem MFAS, dem MK, dem MJ und dem MI eine Struktur zu entwickeln, diese beiden Programme in der Fläche, in den Regionen, in den Wohnorten, in den Brennpunkten wirksam werden zu lassen.

Wenn es um die Kommunen geht, ist es vielleicht auch einen Hinweis wert, dass wir das Wohngeld, ohne dass wir die Kommunen beteiligen, auf 174 Millionen DM angehoben haben. Immerhin 50 % davon werden vom Land finanziert.

Der Europäische Sozialfonds, für den das MFAS zuständig ist, ist eines der zentralen Instrumente, wenn es darum geht, Sozialpolitik der Zukunft zu gestalten. Die Sozialministerin Merk hat es geschafft, hat es organisiert, dass wir zusätzliche Mittel in einer Größenordnung von 32 Millionen DM in unsere Arbeitsförderprogramme, Qualifizierungsprogramme einbauen können. Das ist ein Baustein zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zeigt, dass cleveres Vorgehen gegenüber der EU letztendlich auch dazu führt, dass wir Gelder einsetzen können, die wir sonst möglicherweise nicht bekommen hätten.

Der entscheidende Punkt im Zusammenhang mit der Europäischen Union ist aber - das wird anhand der Summen deutlich - das Zusammenspiel zwischen der Landwirtschaft und der EU. Der Kollege Bartels ist in der ausgesprochen günstigen Situa-

on, dass er mit dem dreigeteilten Programm für Regionalentwicklung, für Beschäftigung und Chancengleichheit und für Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes, schlicht ProLand genannt, gewaltige Summen in den Jahren 2000 bis 2006 zur Verfügung haben wird.

Die Situation wird eigentlich erst dann richtig klar, wenn man Folgendes bedenkt: Man kann davon ausgehen, dass sich ungefähr 3 Milliarden DM durch die Komplementärmittel in diesem Zeitraum auf ein Volumen von rund 15 Milliarden DM erhöhen lassen. Damit kann man in Niedersachsen Politik machen. Es lohnt sich vielleicht ein Vergleich mit Bayern. Als Bayern in der letzten Siebenjahresperiode in der günstigen Situation war, den größeren Teil der EU-Mittel für sich zu reklamieren, hat Bayern eben mit diesen gewaltigen Summen im Hintergrund einen Sprung nach vorn gemacht. Ich gehe davon aus, dass es uns gelingt, hier insbesondere über die Förderung des ländlichen Raums und das Programm für Beschäftigung und Chancengleichheit ähnliche Erfolge zu erzielen.

Der Schwerpunkt Europa wird unterstrichen nicht nur durch das Ministeramt, das der Kollege Senff bekleidet, sondern auch durch die ersten Aktivitäten, die er z. B. mit der Offensive Europa in der Landesverwaltung auf den Weg gebracht hat. Wir werden uns in Brüssel - wie andere Bundesländer übrigens auch - mit einer Landesvertretung präsentieren, die den Ansprüchen Genüge tun wird. Die dafür notwendige Verpflichtungsermächtigung werden wir ebenfalls in der Ergänzungsvorlage ausbringen.

Meine Damen und Herren, flankierend zu diesem Maßnahmenkatalog haben wir den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes vorgelegt. Die Punkte, die darin anzusprechen sind, nämlich die Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz, das Niedersächsische Hochschulgesetz, das Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz und die Landwirtschaftskammern, stellen keine besonders schwierigen Probleme dar - anders als das in den letzten Jahren der Fall war; ich erinnere nur an die Kindergartenfrage und Ähnliches. Das ist also eher Routine. Ich kann mich deshalb an dieser Stelle kurz fassen.

Wichtiger sind einige Worte zu der Ergänzungsvorlage, die wir, wie geplant, in den nächsten Tagen, am 19., beraten und dann in die Landtagsberatung einspeisen werden. Die Ergänzungsvorla-

ge, frühzeitig angekündigt, mit zwei ganz zentralen Schwerpunkten, nämlich EXPO und Bewältigung der Folgen der Steuerreform, wird in ihrem Volumen aufkommensneutral sein, wird das Gesamtvolumen des Haushalts nicht aufblähen. Ich weise allerdings darauf hin, dass in dieser Ergänzungsvorlage das angekündigte Projekt des zentralen Liegenschaftsmanagements, das davon ausgeht, dass wir Nutzern die Kosten in Rechnung stellen, in der ersten Phase aber auch die Mittel dafür bereitstellen, aufkommensneutral gesehen wird. Wir sind aber fest davon überzeugt, dass durch unser Vorgehen beim Liegenschaftsmanagement enorme Einsparpotentiale zu realisieren sind.

Die Vorgehensweise mit einer Ergänzungsvorlage, meine Damen und Herren, ist keine neue Idee in der Niedersachsenpolitik. Sie ist eine Praxis, die in den Jahren 1987, 1988, 1989 und 1994 jeweils unter besonderen Bedingungen zur Anwendung gekommen ist und sicherstellt, dass im Haushaltsberatungsverfahren des Landtags alle Zahlen und Fakten auf dem Tisch liegen, sodass das Planziel, im Dezember zur Verabschiedung zu kommen, nicht gefährdet ist.

Wir werden in dieser Ergänzungsvorlage selbstverständlich die 870 Millionen DM Rücklage zur Bewältigung der Steuereinnahmeausfälle aus der Steuerreform aktivieren müssen, und zwar komplett. Wir haben sie beim Grundhaushalt, den wir ja aufgestellt haben, aus diesem Grunde ausdrücklich geschont.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir werden diese 870 Millionen DM für nichts anderes zur Verfügung stellen können. Ich sage das in dieser Deutlichkeit, weil einige Kollegen aus diesem Hohen Hause die 870 Millionen DM Rücklage bereits zu verschiedenen Aktionen verausgaben wollten. Sie wäre zur Absenkung der Neuverschuldung, zur Finanzierung eines Schulprogramms, für viele andere Vorschläge draufgegangen. Jetzt steht sie zur Verfügung. Wir sind froh, dass wir sie nun nutzen können.

Entscheidend wird uns helfen, dass es in Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister Eichel gelungen ist, beim Fonds Deutsche Einheit eine Annuitätenstreckung durchzusetzen. Die bringt uns Entlastung bei der Finanzierung der Steuerausfälle infolge der Steuerreform, und zwar mindestens für drei Jahre.

Neben dieser Situation bleibt als zweiter großer Komplex das Thema EXPO. Wir haben angekündigt, dass wir die EXPO-Defizite, wie heute Morgen diskutiert, über die NFG abwickeln werden und so in den Haushalt einbauen wollen. Unverändert bleibt, dass Verhandlungen mit dem Bund mit dem Ziel geführt werden, eine weitere Erleichterung durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, der Innenminister hat das System MIKADO/INPOL zum Grundhaushalt angemeldet. Damals war es noch nicht etatreif. Wir werden es in der Ergänzungsvorlage finanziell darstellen und auf der mittleren Zeitschiene durchfinanzieren. Diese Hightechausrüstung für die Polizei halten wir für unabweisbar. Sie ist im bundesweiten Kontext einzuführen. Das Gesamtvolumen, das dahinter steht, nämlich rund 130 Millionen DM, ist ein kräftiger Schluck aus der Pulle.

(Möllring [CDU]: Prost!)

- Prost! - Wir sind sicher, dass sich diese Investition in die innere Sicherheit letztlich auszahlt.

Meine Damen und Herren, nach der Ergänzungsvorlage wird sich die Situation für uns so darstellen, dass wir sagen können: Der Grundhaushalt mit einem Volumen von 41,9 Milliarden DM schließt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ab. Die Ergänzungsvorlage wird das Gesamtvolumen des Haushalts nicht erhöhen, eher noch ein wenig verringern. Sie wird das einfangen, was wir mit dem zentralen Liegenschaftsmanagement darstellen wollen, und zwar aufkommensneutral. Das Gesamtwerk wird sich in die mittelfristige Finanzplanung einpassen, wie von uns bereits im Mai dargestellt.

Ich halte das angesichts der sehr komplizierten Rahmenbedingungen, unter denen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben arbeiten müssen, für ausgesprochen erfolgreich. Es ist ein Werk, das - so kann man sagen - im Bereich Transparenz keine Wünsche offen lässt.

Dass wir in den letzten Jahren erfolgreich gearbeitet haben, bestätigen uns auch externe Begutachter. Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat die Finanzpolitik der Bundesländer unter die Lupe genommen und festgestellt, dass Niedersachsen, gemessen an wichtigen Kriterien, hinter Baden-Württemberg eindeutig auf Platz 2 liegt. Das ist ein Ausweis von hervorragender Finanz- und Haushaltspolitik der letzten Jahre.

(Zustimmung von Plaue [SPD])

- Du darfst ruhig klopfen.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist in der Presse auch notiert worden. „Gute Noten für Finanzpolitik“ hat die „HAZ“ geschrieben. „Finanzpolitik glänzt im 16-Länder-Test“ hat die „Neue Presse“ geschrieben. Das widerspricht ein wenig den Feststellungen - das gebe ich zu, meine Damen und Herren -, die die CDU in den letzten Wochen und Monaten oder auch Jahren - so kann man ja sagen - immer wieder vorgebracht hat.

Nachdem wir unsere eigene Arbeit erledigt haben, haben wir uns ernsthaft mit dem auseinander gesetzt, was an Alternativen im Land diskutiert worden ist.

(Jahn [CDU]: Und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?)

- Wir haben uns zu Recht damit auseinander gesetzt. - Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, meine Damen und Herren, dass die CDU ausweislich der Aktivitäten im Landtag - es waren ja nicht so viele, aber es waren welche - die Verwendung von 1,491 Milliarden DM gemäß unserer Politik infrage gestellt hat - „zu wenig“, „zu viel“, „falsch“, immer mit solchen Vokabeln betitelt. Immerhin sind das fast 1,5 Milliarden DM. Das ist ein beträchtlicher Anteil, wenn man das auf die disponible Masse bezieht, die wir im Haushalt noch haben.

Eine Forderung war, die Kreditaufnahme zu senken. Ganz deutlich gesagt worden ist dann aber nicht, um wie viel, weil man, wenn man die Kreditaufnahme senkt, auch sagen muss, an welchen Stellen wie viel eingespart werden soll.

Dann ging es um den Personalabbau. Uns ist vorgeworfen worden, wir täten zu wenig. Wenn wir etwas taten, dann war es angeblich das Falsche. Wir wollen endlich einmal klare Ansagen von der CDU-Opposition dazu haben, wie sie es denn mit dem Personalabbau in allen Ressorts hält und wie sie es dagegen mit dem Personalaufbau im Bildungsbereich - Schule, Hochschule - hält.

Wir haben die Bildungsinitiative vorgestellt und gesagt, wie wir sie dotieren wollen. Das war wiederum zu wenig. Wir erwarten natürlich, dass die Mehrausgaben, die nach Ihren Vorstellungen für die Bildung getätigt werden sollen, dann auch solide finanziell unterlegt werden.

Natürlich ist für uns besonders interessant, wie die CDU das Problem des Ausgleichs der Folgen der Steuerreform lösen will, wenn nicht so, wie wir es machen wollen, nämlich mit dem Einsatz der Rücklage von 870 Millionen DM.

Nimmt man das zusammen, dann stellt man fest: Sie in der Opposition haben ein kleines Problem im Umgang mit der Regierungspolitik und der Bilanzziehung, einmal auf Regierungsseite und einmal aufseiten der CDU-Opposition. Wenn man alles zusammenrechnet, dann ist - davon kann man, glaube ich, ausgehen - das persönliche Haushaltsloch von Herrn Wulff oder der CDU in der Größenordnung von 2,4 Milliarden DM zu veranschlagen - 2,4 Milliarden DM, die abgearbeitet werden müssen, bevor man auf das Niveau des vorgelegten Landeshaushaltsentwurfs kommt und bevor man ernsthaft in die Debatte darüber eintreten kann, wie denn eine Alternative zur niedersächsischen Haushaltspolitik aussehen könnte. So ganz wohl ist mir nicht bei den unausgegorenen Ratschlägen, die von der rechten Seite des Hauses in den letzten Jahren vorgetragen worden sind. Am Ende des Haushaltsjahres haben sie sich immer als Nullnummern erwiesen. Das ist nicht die optimale Ratgeberposition.

Meine Damen und Herren, die niedersächsische Finanz- und Haushaltspolitik wird in den nächsten Jahren extrem davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Fragen des Länderfinanzausgleiches und des Solidarpaktes II so zu organisieren, dass die übrigen Bundesländer ihre Chance behalten, aufgabengerechte Politik machen zu können. Aufgrund der Diskussionen und der Verhandlungen um den Länderfinanzausgleich in den vergangenen Wochen und Monaten unter Federführung der Niedersächsischen Landesregierung haben wir ein Bündnis von zehn Ländern, auch mit CDU-Regierungsbeteiligung, zusammenbekommen, die für einen Länderfinanzausgleich streiten, der auskömmlich ist, der auf der Basis der bisherigen Volumina aufbaut und der auf dem Prinzip des partnerschaftlichen und kooperativen Föderalismus aufsetzt. Das ist in den Zeitungen und Medien als ein hervorragendes Ergebnis kommentiert worden. Wir gehen davon aus, dass mit Unterstützung von Nordrhein-Westfalen und zwei CDU-regierten Bundesländern aus dem Osten, die auch im Bundesrat die Mehrheiten dafür sicherstellen können, an der Front Bund-Länder-Finanzausgleich/Bundesergänzungszuweisungen mit einem Volumen im Augenblick von ungefähr 2,5 Milliarden DM

für den Landeshaushalt keine große Gefahr mehr entsteht.

Wir kämpfen in unserem Lande für Strukturen, die unter Druck stehen; Stichworte „Bundesbank“, „Zentralbanküberlegungen“, „Landeszentralbanken erhalten“. Auch hier arbeiten wir länderübergreifend und parteiübergreifend mit konstruktiven Konzepten, und die Achse Bayern - Niedersachsen macht deutlich, dass es hier um Länderinteressen geht, die auch gegenüber der Bundesebene durchzutragen sind.

Wir sind in der Frage VBL involviert. Das ist die Betriebsrente für die Tarifler im öffentlichen Dienst, die unter einem erheblichen Druck steht und die mittelfristig auch auf unseren Haushalt Auswirkungen haben würde, wenn sie nicht durchträgt. Auch hier sind wir dabei, konstruktive Ergebnisse durchzusetzen.

Der entscheidende Punkt, der für den Haushalt wirklich etwas bringen kann, ist der, ob wir es hinbekommen, gemeinsam mit dem Bund die so genannte Bund-Länder-Anleihe zu organisieren, wenn es darum geht, die großen Schuldenpakete am Kapitalmarkt aufzunehmen. Die Überlegungen sind nicht neu. Sie sind aber weiterentwickelt worden, und zwar auch in meinen Hause. Es geht schlicht und einfach darum, durch die relativ großen Pakete, die geschnürt werden, mit den Margen, die man dadurch im Zinsbereich erzielen kann, nach ersten Überlegungen Einsparungen von 100 Millionen bis 300 Millionen DM für das Land Niedersachsen realisieren zu können. Sie können sich vorstellen, dass insbesondere Niedersachsen mit anderen Bundesländern sehr darauf drängt, mit dem Bund zusammenzukommen, um dieses Verfahren rechtlich und technisch abzusichern und um schon in naher Zukunft hervorragende Profite daraus zu erzielen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Das ist schwer zu verstehen, bringt aber viel Geld.

Das letzte Stichwort „UMTS-Lizenzen: Verkaufserlöse und Verwendung“: Wir haben - das ist ja nicht geheim geblieben - Überlegungen dahin gehend angestellt, ob man über den Fonds Deutsche Einheit nicht eine Alternative zu der Konzeption vom Finanzminister Eichel hätte, die den Bund, die Länder und die Gemeinden über Gebühr hätten entlasten können, jedenfalls mehr, als es

sich der Bund vorgestellt hat. Wir sind jetzt in der Verfahrensweise einig. Die Konsolidierung wird im Bundeshaushalt stattfinden. Die Zinsvorteile, die erwirtschaftet werden, werden aber in Verkehrswirtschaft und Bildung investiert. Sie können sich darauf verlassen, dass Niedersachsen bei den Projekten, die dann finanziert werden, ganz vorne mit dabei ist. Die Vorschläge sind erarbeitet und werden in enger Abstimmung mit den Ressourcen auf Bundesebene Platz greifen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, fasst man das, was ich gesagt habe, zusammen, dann kann man sagen, dass dieser Haushaltsplanentwurf 2001 sicherlich einer der am schwierigsten aufzustellenden war, der in Niedersachsen in den vergangenen Jahren aufgestellt wurde, und zwar wegen der besonderen Einflüsse aus der Bundesebene, der politischen Situation um die EXPO und der Situation im Zusammenhang mit der Währungsumstellung. Der Euro hat dazu geführt, dass wir in diesem Jahr einen Einjahreshaushalt vorlegen. Wir werden ab dem Jahre 2002 wieder auf Zweijahreshaushalte wechseln.

Mit der SPD-Fraktion sind wir uns darin einig, dass wir die wichtigen Orientierungspunkte unserer Politik auch über das Haushaltsjahr 2001 hinaus weiterentwickeln werden. Wir werden uns auch durch noch so populistische Vorstöße nicht davon abbringen lassen - das ist die erste zentrale Aussage -, den eingeschlagenen Konsolidierungskurs fortzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch unter schwierigen Rahmenbedingungen die Nettokreditaufnahme nicht erhöhen. Im Gegenteil: Sobald es realistisch verantwortbar ist, werden wir in eine Reduzierungsphase überleiten, aber erst dann. Wir werden einen fairen kommunalen Finanzausgleich organisieren und finanzieren. Wir werden die „Verlässliche Grundschule“ zügig ausbauen sowie schrittweise die Umsetzung unserer Bildungs Offensive vorantreiben und finanziell absichern.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden den eingeschlagenen Weg der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft zur Stärkung des Standortes Niedersachsen gezielt weitergehen und Existenzgründungen wie bisher gezielt unterstützen. Wir werden zusammen mit Partnern

- nicht alleine - soziales, jugendpolitisches und sportliches Engagement fördern. Wir werden die Zusammenarbeit insbesondere in die Regionen tragen und vor Ort aktiv werden. Wir werden kofinanziert Programme der Europa- und Bundespolitik voll ausschöpfen und insbesondere Schwerpunkte im ländlichen Raum weiterentwickeln. Wir werden wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie den Tiefwasserhafen konsequent verfolgen und hoffentlich auch zum Erfolg führen.

(Möllring [CDU]: Wo denn?)

- Wo, das sagen wir noch, aber wir werden ihn umsetzen. - Wir werden die bewährte Zusammenarbeit mit dem Mittelstand, der Wirtschaft und den Gewerkschaften zur Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ausbauen. Wir werden letztlich die Staatsmodernisierung konsequent mit dem Ziel vorantreiben, den öffentlichen Dienst aufgabenbezogen, effizient, qualifiziert und leistungsfähig weiter zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dies ist ein Bekenntnis zu einem aktiven Staat, der sich in Wirtschaft und in den Bereichen, in denen der Staat unverzichtbar ist, weiterentwickelt. Dies ist aber auch ein Bekenntnis zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes im Lande Niedersachsen. Ich sage Ihnen: Viele von denen haben mitgeholfen, dass dieser Haushaltsentwurf auf den Tisch des Hauses gelegt werden konnte. Ihnen sage ich einen besonderen Dank. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. - Schönen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der CDU spricht ihr Fraktionsvorsitzender Herr Wulff.

(Zuruf von der SPD)

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Der Zwischenruf der Sozialdemokratie sollte im Protokoll vermerkt sein. Er lautete: Jetzt aber die Wahrheit. - Genau darauf werden wir uns jetzt konzentrieren.

(Beifall bei der CDU - Buß [SPD]:
Normalerweise haben Sie Probleme
damit! - Weitere Zurufe von der SPD)

Es ist natürlich eine schwierige Situation entstanden: Die Sozialdemokratie ist eingenickt, der Ministerpräsident hat Geburtstag - das erfordert eine besondere Zurückhaltung - und ich selber - - -

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe von
der SPD)

- Sie können mich natürlich hier von allen Förmlichkeiten befreien. Im Übrigen muss ich Ihnen sagen, dass ich ganz froh bin, dass Sie wieder wach sind, denn ich habe einen niedrigen Blutdruck, und der ist eben fast abgestürzt bei dem, was wir hier an kämpferischer Rede erlebt haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der
SPD)

Wenn man einmal darüber nachdenkt, was eben gesagt wurde, wie kämpferisch die Rede vorgetragen wurde und wie kämpferisch Niedersachsen vertreten ist, dann kann ich mir in etwa ausmalen, wie kämpferisch Sie sich bei der Steuerreform in Berlin haben über den Tisch ziehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Denn alle haben etwas erreicht, nur Niedersachsen nicht.

Die Gegensätze zu dem, was Sie hier vorgetragen haben, können überhaupt nicht krasser sein. Bei vielen Worten haben Sie die entscheidende Schlussfolgerung nicht gezogen, und die lautet für uns, dass Sie den Irrweg in den Schuldenstaat ungebremsst fortführen und Bildung und Arbeitsplätze vernachlässigen.

(Beifall bei der CDU)

Sie können gewiss sein - auch wenn das vor Selbstgerechtigkeit getrieft hat -, dass Selbstinszenierungen, seien sie noch so gekonnt, und Ankündigungen, seien sie noch so zahlreich in die Öffentlichkeit gegeben, eine Politik, die zum Erfolg führt, am Ende nicht ersetzen können.

Sie haben am Anfang Ihrer Rede die Frage in den Raum gestellt, was die entscheidenden Punkte der Gabriel-Regierung seien. Wenn ich die von Ihnen genannten blumigen Punkte einmal weglasse, dann hatten die erste Priorität Schule und Bildungspoli-

tik. Herr Mühe - Sie sind einer der aufrichtigen, die wir hier sehr schätzen -,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD
- Mühe [SPD]: Überlege dir das genau, was du da sagst! - Weitere Zurufe)

Sie waren nicht der Allererste und auch nicht der Allerletzte, sondern Sie waren der Einzige, der Beifall gespendet hat, als Herr Aller eben gesagt hat „Wir setzen unsere Bildungsoffensive fort“. Alle anderen in Ihrer Fraktion haben angesichts dessen, was in den letzten Tagen dazu geäußert worden ist, dies als Bedrohung empfunden.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der
SPD)

Wie sieht es denn in Wirklichkeit in Niedersachsen aus?

(Zurufe von der SPD)

Sie haben in den letzten zehn Jahren die Lehrplanverpflichtungen gesenkt. Sie haben alle Zusatzangebote wie Arbeitsgemeinschaften an unseren Schulen gestrichen. Sie haben die Schulstatistik mehrfach zu Ihren Gunsten geschönt. Und Sie haben dennoch enorme, gewaltige, katastrophale Unterrichtsausfälle insbesondere an Hauptschulen und vor allem an Berufsschulen in diesem Lande nach zehn Jahren Sozialdemokratie zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Da ist doch keine Priorität, sondern da ist Versagen auf ganzer Front feststellbar.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen deutlich: Ich werde dafür kämpfen, und ich stehe dafür ein, dass wir zu einem Land mit voller Unterrichtsgarantie werden. Was unterrichtet werden soll, das wird bei uns auch unterrichtet werden. Dieser Schlendrian, wie er bei Ihnen eingerissen ist, wird beendet, sobald wir Gelegenheit dazu bekommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Hier geht es im Kern um die Zukunftschancen der kommenden Generation in unserem Lande, und dafür werden wir kämpfen.

Im Übrigen haben Sie ein schulpolitisches Chaos angerichtet.

(Widerspruch bei der SPD)

Führen Sie sich einmal die Eltern vor Augen, die am vorletzten Sonnabend an Einschulungsfeiern für ihre Kinder teilgenommen haben! Sie alle sind davon ausgegangen, dass dann, wenn die Kinder vier Jahre Schule hinter sich haben, die Orientierungsstufe weg ist. Der Ministerpräsident sagte ja auch: Wir schaffen die Orientierungsstufe ab. - Der bedeutende zweitgrößte Bezirk der SPD Niedersachsen, der Bezirk Weser-Ems, beschließt dagegen vor wenigen Tagen: Wir schaffen die Orientierungsstufe nicht ab, sondern wir dehnen sie aus auf die Klassen 5 bis 10 und machen ab Klasse 7 ein eigenständiges Elitegymnasium. - Das ist Beschluss Weser-Ems.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch eine gute Idee!)

- Sie sagen, das sei eine gute Idee, aber ich frage Sie: Wie wollen Sie mit der Verunsicherung der Eltern, Lehrer und Schüler umgehen, wenn die einen die Orientierungsstufe abschaffen wollen und die anderen diese Schulform auf fünf Jahre ausdehnen wollen? - Eine solche Politik ist doch unerträglich.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Sie setzen in den Landeshaushalt 6 Millionen DM zur Stärkung der Hauptschulen ein - ein kleiner Betrag, aber immerhin soll das ja ein Signal sein -, aber der Ministerpräsident erklärt im gleichen Atemzuge, zeitgleich zur Einbringung des Haushalts: Wir machen die Hauptschulen platt, schaffen sie ab. Sie seien eine Restschule, eine Schulform, die vernachlässigenswert sei. In „Hallo Niedersachsen“ erklären Sie, Herr Gabriel, dann noch, die Hauptschulen würden in den nächsten Jahren 30 % ihrer Schülerschaft verlieren.

Alles unwahr! Die Statistik Ihrer Ministerin, die Sie natürlich beim Frisör nicht fragen konnten,

(Heiterkeit bei der CDU)

sagt aus, dass die Zahlen an den Hauptschulen in den nächsten Jahren steigen werden - nach ihrer Statistik! Aber Sie greifen ja nicht auf den innerenhalb Ihrer Regierung noch vorhandenen Sachverständen zurück, sondern Sie machen Ideenskizzen abends am PC, um wieder einmal mit irgendwas sozusagen stattzufinden, ohne Rücksicht auf Ver-

luste bei denen, die von dieser Art von Äußerungen betroffen sind.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem gewaltigen Konflikt zwischen den einen, die es abschaffen wollen, und den anderen, die es ausdehnen wollen, machen Sie in diesem Haushaltsplanentwurf 2001 Folgendes: Sie setzen erst einmal eine gute Million für Untersuchungen ein, um Zeit zu gewinnen.

Nein, solche Verschwendungen machen wir nicht mehr mit! Wenn Sie die Diskussion der letzten 20 Jahre verpennt haben, dann ist das Ihr Problem. Das können Sie nicht den Steuerzahlern in Rechnung stellen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir haben auf unseren Parteitag 1988 und 1993 klare Konzeptionen zur Orientierungsstufe beschlossen. Seitdem sind acht Jahre ins Land gegangen. Sie hätten die Zeit nutzen können, aber Sie haben das aufgeschoben. Schauen Sie sich einmal an, wie in den Grenzregionen die Menschen massenhaft vor den Orientierungsstufen flüchten, etwa hin nach Höxter oder in andere Städte Nordrhein-Westfalens, um ihre Kinder nicht in die Orientierungsstufe einschulen zu müssen. Daraus sind Konsequenzen zu ziehen. Dazu sollten Sie sich auch geschlossen, gemeinsam durchringen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Machen Sie doch einmal einen Vorschlag zum Haushalt!)

Wir werden nicht zulassen -, das sage ich hier sehr deutlich -, dass man Schüler, dass man Schulformen einfach diffamiert.

(Lachen bei der SPD - Mühe [SPD]: Das ist unglaublich! - Unruhe)

- Herr Mühe,

(Mühe [SPD]: Das ist unglaublich! - Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

in Ihrem Landesvorstand - - -

(Anhaltende Unruhe)

- Sie müssen sich einmal Ihren Zustand anschauen!

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Buß [SPD]: Sie wissen gar nicht mehr, was Sie hier erzählen! Schauen Sie sich mal den Zustand der CDU an!)

Im Landesvorstand der SPD Niedersachsen trägt Frau Bulmahn vor, Herr Gabriel trägt vor, anschließend gibt es keine einzige Wortmeldung, und dann wird an die Presse gegeben, man habe den Beitrag von Herr Gabriel als wichtiges Signal zur Diskussion verstanden.

(Zurufe von der SPD)

Ich sehe darin Folgendes: In Ihren Gremien ist Friedhofsruhe, und hier lassen Sie einen raushängen, weil Sie meinen, mit mir könnten Sie es hier wohl machen, was Sie in Ihrer Partei nicht zu sagen wagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

So läuft das hier aber nicht.

(Buß [SPD]: Sie haben nicht einmal die Hälfte der CDU hinter sich!)

- Seien Sie doch einmal so mutig und äußern Sie sich in Ihrer Fraktion, wenn Herr Gabriel seine Vorstellungen präsentiert! Wenn ich die Abschaffung der Orientierungsstufe fordere, dann habe ich den Beifall meiner Fraktion, weil wir uns einig sind. Ihren Widerstand dürfen Sie nicht hier mit mir, sondern den müssen Sie mit Herrn Gabriel austragen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Sie nehmen sich hier ein bisschen viel heraus.

In unserem Landesvorstand hat ein Mitglied berichtet, dass er in Bonn gefragt worden sei,

(Mühe [SPD]: In Bonn? Die sind immer noch von gestern!)

welche Schule denn sein Kind besuche. Er hat den Namen der Schule genannt und erhielt darauf die Reaktion, dass das ein gutes, interessantes Gymnasium sein müsse. Darauf hat er gesagt, dass das eine Hauptschule sei. Daraufhin wurde das Thema gewechselt. Dies ist eine Diffamierung der Hauptschule, die zu einer Stimmung der Art führt, als sei es kein normaler, anständiger, durchlaufender,

erfolgreicher Bildungsgang, zunächst die Hauptschule zu besuchen, dann die Berufsschule zu besuchen, einen Ausbildungsberuf zu erlernen, eine Ausbildung abzuschließen, Geselle zu werden, Meister zu werden, als sei dies etwas, wofür man sich zu entschuldigen habe.

(Unruhe bei der SPD)

Das ist das, was die Sozialdemokraten in Deutschland seit dem Bildungsgesamtplan 1970 durchgedrückt haben, als sie meinten, das Bildungsideal sei darin zu sehen, dass 50 % eines Jahrgangs Abitur machten; dann hätte man die Bildungsprobleme der Republik gelöst.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Nein, meine Damen und Herren, es gibt ganz unterschiedliche Bildungswege und ganz unterschiedliche Bildungsverläufe. Man muss nicht alle an einer Elle, an einem Maßstab messen, sondern man kann sehr wohl zu einem begabungsgerechten, differenzierten Bildungswesen mit homogenen Lerngruppen kommen. Gerade die jüngsten Untersuchungen besagen, dass die schwächsten Schüler in der Orientierungsstufe am meisten leiden, dass die schwächsten Schüler in der Gesamtschule am meisten leiden. Wenn Sie sich die Untersuchungen des Kriminologischen Forschungsinstituts von Professor Pfeiffer anschauen, dann werden Sie feststellen, dass er viele Phänomene, mit denen wir uns hier auseinander zu setzen haben, darauf zurückführt, dass Schüler ständig über- oder falsch gefordert werden. Deshalb brauchen wir ein anderes Verhältnis zu unserem Bildungswesen.

Was ich gerade zur Sozialdemokratie vorgetragen habe, zeigt auf, welchen Schlingerkurs die SPD fährt, ist aber kein Beleg dafür, dass Sie Priorität auf Bildung und Ausbildung legen.

Jetzt kommt die zweite These.

(Wegner [SPD]: Was ist jetzt mit Haushaltsvorschlägen?)

- Ich setze mich mit der Rede von Herrn Aller auseinander. Das müssen Sie schon ertragen.

(Zurufe von der SPD)

- Ich habe ihm das nicht aufgeschrieben.

Die zweite These von Herrn Aller lautete: Wir betreiben Haushaltskonsolidierung.

(Zustimmung von der SPD)

Jetzt sage ich Ihnen dazu die Meinung der Opposition.

(Zuruf von der SPD: Frau Harms wird erst noch sprechen! - Buß [SPD]: Einer Opposition, die zweite kommt noch!)

Wir haben in diesem Jahr noch gar keinen Haushaltsabschluss. Sie haben den Haushaltsabschluss vom 31. Dezember 1999 zurückgehalten. Die Zahlen werden wir in den nächsten Wochen erfahren. Dabei wird sich ergeben, dass es gewaltig steigende Steuereinnahmen zu verzeichnen gibt, und zwar infolge der Lafontaine'schen Steuerreform; denn wenn man die Gewinnermittlungsvorschriften für den Mittelstand verschärft, wenn man die Abschreibungsbedingungen verschlechtert, dann kommen kurzfristig natürlich mehr Steuern herein, jedenfalls vorgezogene Steuern herein. Wir haben steigende Steuereinnahmen wegen des Exportwachstums infolge des Euro-Verfalls. Wir haben eine EXPO-Sonderkonjunktur in Niedersachsen, insbesondere in der Bauwirtschaft. Wir haben bisher - das ändert sich jetzt ja dramatisch; das wird uns noch zu schaffen machen - historisch niedrige Zinsen. Wir haben erhebliche Einsparungen bei den liberalisierten Telefon- und Strommärkten. Als wir diese Märkte liberalisiert haben, waren Sie ähnlich unruhig, wie dies hier beim Thema Orientierungsstufe der Fall ist, obwohl Sie jetzt die Früchte ernten, die wir damals gesät haben. Aber wir gönnen Ihnen das. Wir haben das ja auch beantragt, damit Sie Nutznießer der liberalisierten Telefon- und Strommärkte sein können. Des Weiteren werden wir im nächsten Jahr Einnahmen aus Sondervermögen haben. Allein die Rückgabe eines Gesellschafterdarlehens bringt uns im nächsten Jahr 125 Millionen DM ein.

Trotz all dieser ungewöhnlichen, zum Teil einmaligen Ereignisse von der EXPO bis hin zur Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens bleibt eine horrend hohe Nettoneuverschuldung von 2,65 Milliarden DM, und dies, obwohl der Ministerpräsident versprochen hat, dass er, wenn er die Möglichkeit dazu haben würde, die Nettoneuverschuldung auch aus moralischen Gründen senken würde.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wer vor einem solchen Hintergrund besonders günstiger Rahmenbedin-

gungen die Nettoneuverschuldung nicht um eine einzige Mark absenkt, sondern für 2001, 2002, 2003 und 2004 diese horrend hohe Nettoneuverschuldung festschreibt, der hat das Ziel, Schulden abzubauen, die Neuverschuldung zu senken und für solide Finanzen zu sorgen, vollends aufgegeben und sollte nicht behaupten, er würde Haushaltskonsolidierung betreiben.

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: Wir sind auf die Alternative gespannt!)

Ein drittes Argument, das für diese Regierung sprechen soll, war, man würde auf Bundesebene für niedersächsische Interessen kämpfen. Sie hatten anfangs in der Öffentlichkeit geäußert, die Länder müssten an den UMTS-Erlösen beteiligt werden. Dann sind Sie, Herr Aller, offensichtlich zurückgepiffen worden.

(Minister Aller: Keine Unterstützung bekommen!)

- Keine Unterstützung bekommen? - Darum hätten Sie einmal nachsuchen sollen. Die haben Sie von uns nämlich auf ganzer Linie. Wenn wir als Länder an den Schulden des Bundes im Zusammenhang mit der Herbeiführung der deutschen Einheit beteiligt sind, dann sind wir auch an den Einnahmen des Bundes zu beteiligen. Das ist mehr als gerecht, und jede andere Lösung ist ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind dafür, dass man einmalige Einnahmen wie die aus den Lizenzvergaben zur Schuldenreduzierung nutzt, aber bitteschön beim Fonds „Deutsche Einheit“, der uns zugute kommt. Was haben Sie aber gemacht? - Sie haben sich nicht nur einverstanden erklärt, dass dieser Teil nicht abgebaut wird, Sie haben darüber hinaus vereinbart und geben auch das noch als Erfolg aus, dass man die Annuitäten-Absenkung aufschiebt. Die Verlagerung von Lasten in die Zukunft ist die Folge. Ich kann mich noch daran erinnern, was bei der Sozialdemokratie los war, als Waigel das einmal vorgeschlagen hat. Offensichtlich ändert man so schnell den Standpunkt, je nach dem, ob man in der Opposition oder in der Regierung ist. Ich finde das ziemlich erbärmlich.

Wir sind dafür, dass Niedersachsen auf Bundesebene etwas herausholt. Das ist Ihnen auch bei der Steuerreform nicht gelungen. Sie haben zwar mit Rheinland-Pfalz und anderen ein ganz großes

Chaos ein Stück weit abwenden können nach dem Motto: Die haben zehn Peitschenhiebe für den Mittelstand verhängt, erlassen zwei und lassen sich dafür feiern, dass es nur acht sind. Aber im Ergebnis haben Sie für Niedersachsen nichts herausgeholt.

Der Ministerpräsident, Herr Gabriel, hat gefordert, die Kilometerpauschale für Niedersachsen wegen der Ökosteuer zu erhöhen. Da müsste der Schwerpunkt gesetzt werden. Ich habe davon in den Beratungen nichts mehr gehört. Bei Ihnen gibt es zwei Welten, nämlich einerseits die Ankündigungen und Versprechen, andererseits die Wirklichkeit.

Jetzt, am heutigen Tage, ist die halbe Legislaturperiode herum, eine fünfjährige Periode, die der Regierung Zeit geben soll, große Reformen auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Sie haben in diesen zweieinhalb Jahren inzwischen drei Ministerpräsidenten gehabt und können Ihren eigenen Rekord durchaus noch brechen bzw. verbessern, aber Sie haben in diesen zweieinhalb Jahren Ihre Versprechungen nicht im Auge behalten. Ihre Versprechungen waren die Sanierung der Landesfinanzen, der Abbau der Verschuldung, die Kürzung der das Land erdrückenden Personalausgaben, die Reduzierung der Ministerien, mehr Investitionen für die Zukunft des Landes, eine durchgreifende Reform der Landesverwaltung, ein Landes-TÜV für die Verwaltung usw. Die Stichworte kann man gar nicht alle aufzählen, wenn man die Redezeit der Opposition im Auge behält. Ihr Haushaltsplan spricht eine gänzlich andere Sprache. Wir werden diesen gigantischen Wahlbetrug, wie man mit den Menschen im Lande umgegangen ist, im Lande selbst thematisieren.

Sie haben die Schulden des Landes in zehn Jahren mehr als verdoppelt: Von 37 Milliarden DM aus etwa 40 Jahren Niedersachsen kommen Sie auf 78 Milliarden DM Schulden, wenn Sie hier 2003 die Plätze räumen werden. Sie nehmen dem Land die Luft zum Atmen.

(Zuruf von Frau Lau [SPD])

Sie sorgen dafür, dass uns keine soliden Finanzen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, zur Unterstützung des Strukturwandels und zur Finanzierung der Bildungspolitik zur Verfügung stehen.

Noch bevor Herr Gabriel Ministerpräsident war, hat er wörtlich erklärt „Auf Kosten der Urenkel wird Politik betrieben, weil sich der Staat beden-

kenlos in der Kreditkasse bedient“ und eine Senkung der Neuverschuldung gefordert. Jetzt, wo es es ändern könnte, stabilisiert er die viel zu hohe Neuverschuldung und türmt den Schuldenberg immer weiter auf.

Bei dem Haushaltsplan mit den EXPO- und Steuerreformrisiken, die geschildert wurden, haben Sie noch einen Abstand zur verfassungsmäßig zulässigen Neuverschuldungsgrenze von 93 Millionen DM. Alles andere haben Sie „Unterlippe-Oberkante“ ausgeschöpft, obwohl Sie mit einem der letzten Haushalte vor dem Staatsgerichtshof bereits Schiffbruch erlitten haben und wegen Verfassungsbruchs verurteilt wurden.

(Buß [SPD]: Jetzt Ihre Alternative!)

Sie regen sich über manche Rechtsverstöße so gewaltig auf, aber hinsichtlich Ihrer eigenen ständigen Verurteilungen vor dem Staatsgerichtshof habe ich noch keinen von Ihnen einmal selbstkritisch in sich gehen sehen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt stellen wir fest, dass die Mehreinnahmen des Landes gegenüber dem Jahr 2000 in den nächsten Jahren um 8,053 Milliarden DM steigen werden. Aber Sie tun nichts dazu, diese Mittel einzusetzen, um die Neuverschuldung zu reduzieren. Stattdessen ignorieren Sie alle Ratschläge der Fachleute.

Die Europäische Zentralbank fordert Nachhaltigkeit der Haushaltspolitik, und Sie sagten hier eben: Wir haben wunderbare, stabile Verhältnisse. Sie haben allein im letzten Jahr durch die Bundespolitik die Inflationsrate von 0,6 % auf 1,9 % verdreifacht, und Sie haben eine ganz gefährliche Entwicklung in Gang gesetzt, die Sie auf diese Art und Weise noch weiter forcieren. Wir haben für die Haushaltsberatung alle klugen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die uns sagen, dass die Gesellschaft in Deutschland altert, dass europäische Gesellschaften altern und dass gerade deshalb der Euro unter diesen enormen Anpassungsdruck geraten ist, weil alternde Gesellschaften auch bestimmte Probleme bei ihren Haushalten aufweisen. Sie bereiten das Land auf diese Entwicklung alternder Gesellschaften nicht vor. Auch dies werden wir draußen anprangern.

Wir haben eine Begrenzung der Schuldenaufnahme vorgeschlagen. Das haben Sie abgelehnt, obwohl wir den Landesrechnungshof auf unserer Seite hatten. Sie haben es bis heute nicht geschafft,

die 9.000 zusätzlichen Stellen der ersten Regierungsjahre der SPD in diesem Land auch nur halbwegs wieder zu reduzieren bzw. zu beseitigen. Allein dabei haben Sie 4 Milliarden DM an Steuereinnahmen vergeudet und verschwendet.

Ihre Verwaltungsreform ist gescheitert. Was mich ein bisschen unzufrieden macht, ist, dass Sie nicht einmal im eigenen Bereich die warnenden Stimmen zur Kenntnis nehmen. Dass Sie die Opposition hier seit Jahren nicht zur Kenntnis nehmen, ist eine Frage des Stils von Politik. Aber wenn Ihre Regierungspräsidentin Wolff-Gebhardt erklärt, dass sie unter einem Dickicht, einem Dschungel von Gesetzen, Verordnungen und Reglementierungen leide und dass sie selbst die Landesregierung gebeten habe, bestimmte Bestimmungen vor Ort außer Kraft zu setzen - zumindest zeitweilig -, dann regen Sie sich nicht über den Zustand auf, sondern Sie regen sich darüber auf, dass Frau Wolff-Gebhardt dies in der Öffentlichkeit gesagt hat, und versuchen, sie zurückzurufen und zu malträtieren.

Sie verwechseln Ankündigungen mit Ergebnissen, und Sie erwecken Geschäftigkeit, schaffen dabei aber relativ wenig.

(Zuruf von der CDU: Wo ist der Finanzminister? - Weiterer Zuruf von der CDU: Abgetaucht!)

Neben der zu hohen Nettoneuverschuldung ist das zweite Problem die Investitionsquote. Sie haben das vielleicht noch nicht ausreichend verinnerlicht: Es ist die niedrigste Investitionsquote des Landes Niedersachsen seit 1946. Die Investitionsquote fällt das erste Mal in den einstelligen Bereich, unter 10 %, obwohl Gerhard Schröder als Oppositionsführer in keiner seiner Reden von 1985 bis 1990 den Hinweis vermieden hatte, dass das entscheidende Merkmal für die Qualität eines Haushaltes die Investitionsquote sei.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so darf man nicht auf Vergesslichkeit setzen. So darf man die Menschen nicht hinter die Fichte führen. Wenn man als Opposition immer sagt, die Investitionsquote sei das eigentliche Qualitätsmerkmal eines Haushalts, dann die Berechnungsgrundlage für die Investitionsquote ständig zu seinen Gunsten verbessert - alles über 5.000 DM ist bei Ihnen schon eine Investition; das hat es früher nie gegeben - und trotzdem auf eine Quote von 9,7 % kommt, die

noch auf 9,3 % fallen wird, dann ist das erbärmlich. Sie investieren im Jahre 2001 selbst in absoluten Zahlen weniger, als die Albrecht-Regierung im letzten ihrer Regierungsjahre 1990 mit 4,213 Milliarden DM investiert hatte.

Ich habe hier häufig vorgetragen: Das Entscheidende für den Wohlstand eines Landes sind eine hohe Investitionsquote und eine niedrige Staatsquote.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen das gänzlich missverstanden haben, weil Sie für genau das Gegenteil sorgen, nämlich für eine hohe Staatsquote und eine niedrige Investitionsquote. Das ist für unser Land im Nord-Süd-Gefälle verhängnisvoll.

(Plaue [SPD]: Wie war denn die Staatsquote bei Ihrem Regierungschef Kohl?)

Die Steuer- und Abgabenlast, Herr Plaue, ist im Moment bundesweit so hoch wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben in den letzten zwei Jahren solche Beschlüsse zu Abgaben und Steuern gefasst, dass die Staatsquote angestiegen ist. Bei uns war sie abgesenkt, wenn wir einmal von den Jahren der deutschen Einheit absehen.

(Möhrmann [SPD]: Die haben wir ja jetzt nicht mehr!)

Meine Damen und Herren, Sie kassieren inzwischen in Niedersachsen 1 Milliarde DM aus der Kfz-Steuer, aber Sie geben für Landesstraßen nur 90 Millionen DM aus. Solche Missverhältnisse - den Leuten an jeder Tanksäule das Geld aus der Tasche zu ziehen, aber ihnen nicht im Gegenzug mehr vernünftige Straßen ohne Schlaglöcher zu gewährleisten - sind es, die in diesem Landeshaushalt offenbar werden.

(Buß [SPD]: Frau Merkel hat gesagt: Jedes Jahr fünf Pfennige!)

Ihr ausgabenorientierter Schuldenhaushalt ist letztlich ein Haushalt der Tristesse und der Ausweglosigkeit, und Sie setzen die Reformansätze nicht oder eben viel zu spät um.

Wir haben weiterhin das Ziel, dass in zukünftigen Jahren überhaupt keine Schulden mehr gemacht werden,

(Möllring [CDU]: Das war ja ein Gesetzentwurf!)

und das geht nur durch sehr konsequente Verwaltungsreform und durch sehr konsequente Haushaltspolitik. Ich will einmal darauf hinweisen, wie das in den letzten Jahren in diesem Hause abgelaufen ist: Wir haben schmerzliche Einsparungsvorschläge zur Reduzierung von Subventionen, zum Personalabbau und zur Reduzierung von Ministerien gemacht. Wir brauchen keine Bezirksregierungen und keine Vielzahl von Landesämtern, sondern lediglich Kompetenzzentren. Wir wollen starke Landkreise und kreisfreie Städte, flexible Verwaltungen vor Ort mit weit reichender Entscheidungskompetenz.

Sie haben sich dem ständig, über Jahre hinweg verweigert und unsere Vorschläge diffamiert. Ich nenne Ihnen Beispiele:

1996 haben wir gefordert, unwirtschaftliche Liegenschaften des Landes zu veräußern. Dieser Vorschlag ist von Ihnen abgelehnt worden. Inzwischen haben Sie es begriffen, machen es mit Ihrem Liegenschaftsmanagement aber mehr schlecht als recht. Wir wollen, dass Infrastruktur des Landes aus dem 19. Jahrhundert veräußert wird, um daraus die Infrastruktur des 21. Jahrhunderts, nämlich Wissen und Bildung, zu finanzieren.

Wir haben Vorschläge zur Vereinfachung und zur Kostenreduzierung bei der Sozialhilfe gemacht: mit dem Quotalen System. Das Quotale System, das wir heute gemeinsam auf den Weg gebracht haben, findet sich schon in dem Antrag der CDU-Fraktion zum Doppelhaushalt aus dem Jahr 1996. Sie haben das damals abgelehnt, Sie haben das damals zurückgewiesen. Sie haben damals behauptet, die Vorschläge seien alle untauglich.

1996 haben wir vorgeschlagen, die Wirtschaftlichkeit der Hochschulen zu verbessern, und wir haben eine NHG-Novelle zur Wegnahme von bürokratischen Behinderungen in Forschung und Lehre eingebracht. Es hat Jahre gedauert, bis bei Ihnen der Groschen gefallen ist. Jetzt ist er bei Herrn Oppermann gefallen. Aber immer dann, wenn wir in diesem Hause einen Antrag mit Inhalten von Herrn Oppermann gestellt haben, ist er von Frau Andretta und der SPD-Landtagsfraktion zu Fall gebracht worden. Ob es die Auswahl von Studenten durch die Universitäten war, ob es die Mittelbewirtschaftung durch die Universitäten war, ob es andere Fragen waren: Sie haben Herrn Oppermann

immer hängen lassen. Das größte mediale Ereignis der letzten Woche war, dass Herr Oppermann seine NHG-Novelle wieder um zwei Jahre in die Zukunft verschoben hat, nämlich auf das Jahr 2002, und gleichwohl die Schlagzeile „Oppermann macht Dampf“ hinbekommen hat. - Da ist der Unterschied zwischen „Dampf machen“ und viel „heiße Luft“ ein ganz kleiner, aber ein ganz wichtiger: Heiße Luft kann wie Dampf erscheinen, aber Dampf machen kann man nicht, indem man heiße Luft erzeugt. Jedenfalls kann man das so nicht in die Öffentlichkeit bringen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben vorgeschlagen, das Jobticket für Landesbedienstete abzuschaffen. Sie haben dafür Jahre gebraucht und Millionen in den Sand gesetzt.

Wir haben gesagt, das Landesjugendamt gehört weg. Sie haben gesagt, das sei eine unsoziale Forderung, und haben mit den Landesämtern den Wahlkampf in Hildesheim bzw. in Hannover bestritten. Jetzt haben Sie das Landesjugendamt zwar aufgelöst, aber außer dem Auflösungsbeschluss hat sich dort nichts getan: Die haben zwar alle eine andere Nummer und ein anderes Zimmer, aber die sind alle noch da und haben alle noch die gleichen Aufgaben. Das müssen Sie einmal abgleichen.

(Möhrmann [SPD]: Hätten Sie die rausgeschmissen, oder was?)

An diesem Beispiel bewahrheitet sich einmal mehr die alte Weisheit: Einer sagt „Verwaltungsreform? Ich erkläre dir das mal: Da sitzen die Vögel auf dem Baum, einer klatscht in die Hände, alle fliegen auf, und irgendwann landen sie wieder.“ - Da sagt der andere: „Und was war jetzt die Verwaltungsreform?“ - „Das war die Verwaltungsreform!“

Nach diesem Motto haben Sie das Landesjugendamt aufgelöst: Es sind alle noch da, mit etwa den gleichen Aufgaben, ohne Einsparungseffekt, weil Sie eben nicht konsequent Verwaltung reformieren, sondern nur Show und Aktionismus betreiben, wenn Sie über Jahre unter Druck geraten sind.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben schon vor Jahren 170 Vorschläge gemacht, und davon sind die meisten immer noch aktuell: Verzicht auf Doppelprüfungen, Abbau von Verwaltungsstufen, Abbau von unnötigen Förder- und Kleinstprogrammen, Personalabbau. Sie haben

dies alles abgelehnt. Budgetverantwortung, Kosten- und Leistungsrechnung - unsere Vorschläge von 1996. Privatisierung von Behörden, Umwandlung in Landesbetriebe - unser Vorschlag von 1996. Sie erkennen die Richtigkeit nicht, weil Sie mit dogmatischen und ideologischen Scheuklappen durch die Welt gehen. Zentralisierung von Landesbesoldungsstellen und Rechenzentren war unser Vorschlag. Sie sind dies alles 1998, 1999, 2000 so langsam mal angegangen, weil Sie unter Druck gerieten und nicht mehr anders konnten. Aber es dauert bei Ihnen einfach zu lange, und deshalb sind Sie für die Verschwendung und Vergeudung von Milliarden öffentlicher Gelder direkt und unmittelbar verantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Der einzige Farbtupfer, den Sie gesetzt haben, waren tatsächlich die drei Ministerpräsidenten in zweieinhalb Jahren.

Wir wollen, dass in einem Landeshaushalt Schwerpunkte für die zukünftige Landesentwicklung erkennbar werden. Ich nenne den Bereich der Informationsgesellschaft. Ich nenne den Bereich der Bio- und Gentechnologie, in dem wir zweifelsohne große Vorteile haben.

Ich nenne die Voraussetzung für die Informationsgesellschaft: die Bildung. Wenn das der entscheidende Rohstoff ist, dann müssen wir uns doch vornehmen, in unserem Land das leistungsfähigste, das effizienteste, das beste Bildungssystem Deutschlands zu statuieren. Da reicht keine hingeworfene Ideenskizze, sondern da ist die Frage zu stellen: Wo taucht das denn im Haushalt auf, Abschaffung und Umwandlung der Orientierungsstufe, mögliches Abitur nach zwölf Schuljahren, Verschmelzung von Schulformen, verbunden mit einem Ganztagsangebot? Da betrachtet man die mittelfristige Finanzplanung und fragt sich: War das nun Geblubbere, oder ist das Politik dieser Landesregierung?

„Der Haushalt, das ist das Entscheidende“, hat Ihr früherer Landesvorsitzender Bruns einmal gesagt. „Daran kann man sehen, ob jemand angezogen ist oder völlig nackt dasitzt.“ Damals meinte er, Ernst Albrecht säße völlig nackt dar. Wenn der Haushaltsplan das Kleidungsstück, sozusagen die Bekleidung der Landesregierung ist, dann sehe ich Sie da wirklich alle nackt sitzen.

(Zurufe von der SPD)

- Herrn Bruns darf man doch wohl noch zitieren, oder nicht?

(Zuruf von Möhrmann [SPD])

- Dass Sie das jetzt nicht sehen wollen, Herr Möhrmann, dafür habe ich Verständnis. Aber das gehört hier auch nicht hin.

Ich kann nur sagen: Von dem, was Sie im Lande erzählen, findet sich im Haushalt nichts wieder. Sie haben ganze 60 von 900 Haupt- und Realschulen in freiwilliger Form als Ganztagschulen geführt. Würden Sie die jetzt zu Ganztagschulen machen, bräuchten Sie 2.500 Lehrerstellen. Das hat sogar Herr Plaue festgestellt; was er heute Morgen gesagt hat, hat mich sehr überzeugt. Das muss ein bedeutendes Frühstück gewesen sein.

Das sind doch Lockvogelangebote, mit denen man den Menschen Sand in die Augen streut. Das ist doch kein verantwortliches Regierungshandeln.

„Einen Laptop in jede Schultasche“ - das hört sich total innovativ an. Ich finde, dass einer das Wort „Laptop“ aussprechen kann, dass er den Eindruck erweckt, er wüsste, was das ist, und dass er sich vorstellen kann, dass demnächst alle einen Laptop haben, das ist ja schon was. Aber zu meinen, man könnte mit dem Geld der Lernmittelhilfe, mit den schlappen 40 Millionen DM, bei einer Million Schüler außer einem Akku einen Laptop für jeden Schüler kaufen, halte ich für ziemlich abwegig. Sie sollten sich erst einmal einen Taschenrechner kaufen und die Schülerzahl mit den Kosten eines Laptops multiplizieren. Dann werden Sie feststellen, dass Sie auch da wieder den Mund zu voll genommen haben. Das alles klingt immer so wahnsinnig toll, aber bei näherer Betrachtung ist es halt ungewöhnlich hohl.

(Beifall bei der CDU)

Eine verantwortungsvolle Medienerziehung, ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Internet erfordert mehr als einen Laptop. Das erfordert auch Lehrerfortbildung. Da aber haben sie gekürzt und gestrichen. Sie haben das Programm „Computer an Schulen“ aus dem Jahre 1987 im Jahre 1990 gekürzt. Sie haben die Anschaffung von Computern bei den Kommunen nicht mehr unterstützt. Sie haben 1990 begonnen, die Computerzentren für die Ausbildung von Lehrkräften abzubauen; es gibt heute nur noch ganz wenige dieser Zentren. Sie haben diesen ganzen Bereich über zehn Jahre

vernachlässigt und versuchen nun, mit Laptops in Schultaschen verlorenes Terrain zurückzuerobieren.

Wir brauchen Fundamente auch in Form von Schulbüchern und Lehrinhalten, wir brauchen ein bisschen mehr als nur die Technik, die Hard- und Software. Wir brauchen die Menschen mit ihren Grundfertigkeiten, mit ihrem Land, mit ihrer Heimat, mit ihrer Umgebung, mit ihrer Region. Wir brauchen auch die Vermittlung von Traditionen und Bewährtem. Das setzt eine volle Unterrichtsversorgung voraus. Die Menschen werden den bevorstehenden Wandel zur Informationsgesellschaft nur annehmen, wenn wir uns auf diese Vermittlung der Grundfertigkeiten in besonderer Weise konzentrieren.

Dann guckt eine Oppositionsfraktion: Ist die Verlässliche Grundschule im Haushalt abgesichert, sind die Mittel dafür wirklich veranschlagt? - Nach den Zahlen der Sozialdemokratie braucht man landesweit insgesamt 180 Millionen DM. Wenn in diesem Jahr die Hälfte der Grundschulen in Verlässliche Grundschulen umgewandelt werden, bedeutet das 90 Millionen DM. Im Haushalt stehen 26,2 Millionen DM. Das heißt, Sie betreiben Bildungskannibalismus: Sie nehmen es der einen Schule weg und geben es der anderen.

(Beifall bei der CDU)

Was die Schüler an der einen Schule sagen, ist Ihnen ziemlich egal, weil Sie ja mit dem Renommierprojekt „Verlässliche Grundschule“ an der anderen Schule erst einmal Boden zu gewinnen scheinen.

Ich selbst bin zufrieden. Meine Tochter ist auf der Verlässlichen Grundschule, allerdings ohne dieses Betreuungsangebot anzunehmen. Dafür finden Sie in weiten Teilen des Landes ja auch kaum Lehrer, schon gar keine qualifizierten.

(Mühe [SPD]: Das ist eine glatte Diffamierung! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Wissen Sie, Herr Inselmann, ich bin ja auf Sie vorbereitet, seit ich Sie vor Jahren kennen gelernt habe. Wenn Sie mir „Quatsch“ vorwerfen, dann setzen Sie sich bitte mit Ihrem Kollegen Senff auseinander. Herr Senff wurde vor wenigen Tagen, am 7. September, in der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen“ wie folgt zitiert:

„Da der Lehrermarkt durch zusätzliche neue Stellen sowohl in Niedersachsen als auch in angrenzenden Bundesländern nahezu leergefegt sei, so Senff, sei es außerordentlich schwierig, die erforderlichen Kräfte zu finden.“

Herr Inselmann, wenn Sie mal eben „Quatsch“ fürs Protokoll rufen, damit Ihr Europaminister weiß, welchen Unsinn er im Lande so rumtönt, dann wäre mir das sehr recht. Aber nein, so einfach kommen wir hier nicht um die Kurve. Wahrscheinlich ist er gerade in seinem Wahlkreis und löscht die Brände, die da durch fehlende Vertretungskräfte an Verlässlichen Grundschulen entstanden sind.

(Biel [SPD]: Herr Minister Senff ist heute Morgen vom Präsidium entschuldigt worden!)

- Herr Senff ist entschuldigt worden, aber trotzdem kann er im Wahlkreis doch vielleicht die Brände löschen, die durch fehlende Vertretungskräfte an Verlässlichen Grundschulen entstanden sind.

(Biel [SPD]: Dafür wird man nicht entschuldigt, Herr Wulff!)

- Aber heute Morgen wurde doch nicht das Entschuldigungsschreiben von Herrn Senff verlesen, die ganzen Gründe, die er haben mag.

(Adam [SPD]: Wollen Sie damit sagen, es ist gelogen, dass er weg ist? - Heiterkeit bei der SPD)

- Herr Adam, werde ich jetzt sofort vereidigt, oder kann ich mich noch einen Moment gedanklich darauf konzentrieren, diese schwierige Frage zu beantworten?

(Zuruf von Adam [SPD])

- Mensch, Herr Adam, konzentrieren Sie sich ganz auf den Tiefwasserhafen, kann ich nur sagen!

(Heiterkeit bei der CDU)

Die Problematik ist, geeignete - - -

(Plaue [SPD]: Darüber konnte Herr Biallas gar nicht lachen!)

- Wissen Sie, Herr Biallas ist, weil er für Cuxhaven kämpft, der Grund gewesen, Herrn Adam zu empfehlen, sich ganz auf das Thema zu konzentrieren.

Die sozialdemokratische Landesregierung hat erhebliche Probleme, die notwendigen Lehrkräfte insgesamt, vor allem aber die Vertretungskräfte zu bekommen. Das macht uns Sorge im Hinblick auf die Unterrichtsversorgung. In einer teuren, den Haushalt 2000 belastenden großformatigen Zeitungsanzeige hat Herr Gabriel Anfang des Jahres stolz verkündet: „Alle frei werdenden Lehrerstellen werden wieder besetzt und 2.000 zusätzliche Stellen geschaffen.“

Der Blick in den Haushalt sagt: 500 zu Beginn dieses Schuljahres, 500 im Jahr 2001. Unter keinen Umständen aber 2.000 zusätzliche Lehrerstellen. Mit den Stellen, die Sie schaffen wollen, gleichen Sie noch nicht einmal die 13.000 Schüler aus, die wir in diesem Schuljahr zusätzlich bekommen haben. Damit geben Sie auch auf die wachsende Zahl der Schüler bis zum heutigen Tage keinerlei Antwort.

Ich sage Ihnen offen: Das Thema Bildung ist prioritär zu behandeln. Dort liegt der Schwerpunkt der Politik. Wir lassen uns von Ihnen aber nicht mehr in der bisherigen Art und Weise behandeln.

Wir haben die Themen in den Landtag gebracht: Hauptschule, Realschule, Gymnasium, reformierte Oberstufe, Orientierungsstufe. Vor wenigen Monaten hat die Ministerin in diesem Landtag auf eine Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion hin Folgendes ausgeführt:

„Die Realschule in unserem Land Niedersachsen ist eine attraktive und akzeptierte Schulform, eine hoch akzeptierte Schulform, weil sie leistungsstark ist, weil sie anerkannt ist und vor allem, weil ihr Abschluss natürlich gute Chancen bietet. Niedersachsen ist daher in der Tat ein Realschulland. So soll es auch bleiben.“

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, nicken Sie nicht zu früh. Sie haben dann noch in der dieser Landesregierung so ureigenen Arroganz angefügt:

„In diesem Zusammenhang erheben Sie von der Opposition dann den Vorwurf der Verschmelzung. Wir haben den Fortbestand der Realschule und der Hauptschule im Schulgesetz abgesichert. Ich wundere mich also, was Sie da interpretieren.“

Ja, Frau Jürgens-Pieper, wir haben wieder einmal völlig Recht gehabt. Bei aller Bescheidenheit: Wir haben wieder einmal Recht gehabt. Mit Ihrer Einheitslehrausbildung, mit Ihrer Angleichung der Schulformen, mit Ihrer Diffamierung der Hauptschulen, mit Ihrem Forcieren der Sekundarschule bereiten Sie schon seit Jahren den Weg vor, den Herr Gabriel jetzt beschreiten will.

(Beifall bei der CDU)

Unterschätzen Sie nicht den Glaubwürdigkeitsverlust, den Sie dabei erleiden. Noch in seiner Regierungserklärung hat Herr Gabriel gesagt, Glaubwürdigkeitsdefizite der Politik müssten beseitigt werden. Im „Spiegel“ wenige Monate später hat er dann aber geschrieben: „Glaubwürdigkeit ist politisch eigentlich keine Tugend“. Die Tugenden Ihrer Regierung sind Wankelmütigkeit, Sprunghaftigkeit und Unzuverlässigkeit. Frau Jürgens-Pieper, wenn Sie bei der Aktion „Gesicht zeigen - Zivilcourage“ mitmachen würden, würde ich mich wirklich wundern. Das sage ich Ihnen hier ganz deutlich und mit aller Härte und Schärfe. Ich würde mich wirklich wundern.

(Beifall bei der CDU)

Wer hier so den Wendehals dokumentiert, wer dem Landtag gegenüber so deutlich sagt, dass er für die Gliederung des Schulsystems ist, dann aber innerhalb von wenigen Stunden beidreht und die Meinung des Ministerpräsidenten vertritt, der hat keine Zivilcourage für seine bildungspolitische Überzeugung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Pfui!)

Da jeder unserer Vorschläge, jede unserer Initiativen und jedes unserer Gesprächsangebote, Defizite mitzutragen, in so arroganter Art und Weise abgekanzelt wird, und da die Minister jedes Mal der Meinung sind, nur sie allein hätten die Weisheit mit Löffeln geschluckt und alle anderen seien doof, muss solch ein Fall fehlender Zivilcourage in der Form benannt werden, wie er sich zugetragen hat. Das in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der CDU - Beckmann [SPD]: So mies wie Sie kann keiner sein!)

Aus dem Wald schallt es immer so heraus, wie man in ihn hineingerufen hat. Sie übergehen ständig das Parlament, wie wir es im Jahr 1994 im

Zusammenhang mit der EXPO erlebt haben. Seinerzeit hatten wir einen eigenständigen Ausschuss zur Weltausstellung einrichten wollen; denn wir waren der Meinung, dass die Leute, die hier sitzen, etwas zu sagen haben und deshalb die Möglichkeit bekommen sollten, mitzureden. Sie hätten sich über Werbung, über eine Verbreitung des EXPO-Gedankens und über eine Infizierung des gesamten Landes für die EXPO mit einbringen können. So hätte Herr Biestmann, der mir gerade Zustimmung signalisiert, eine Idee gehabt, wie wir die Bauern zur EXPO bringen können. Sie, Herr Möhrmann, hätten eine Idee gehabt, wie Sie Ihren Landkreis hierher bekommen. Auch andere hätten Ideen gehabt. Stattdessen aber wurde gesagt: Nein, das machen die im Aufsichtsrat und in der Landesregierung schon alles. Die kriegen das schon hin.

(Zuruf von Beckmann [SPD])

- Nach vier Jahren haben Sie den Wirtschaftsausschuss mit dieser Aufgabe zusätzlich betraut. Jahrelang haben Sie im Ausschuss aber nicht über EXPO-Fragen beraten. Sie haben sich geweigert, den Landtag angemessen zu beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

Irgendwann rächt sich das.

(Beckmann [SPD]: Sie fangen jetzt schon an, Legendenbildung zu betreiben!)

Irgendwann rächt es sich, wenn man über Jahre hinweg über Hinweise aus dem Parlament - auch von den Grünen, die ja manch gute Initiative vorgeschlagen hatten, oder von der CDU, die ja ebenfalls manch gute Initiative unterbreitet hatte - systematisch hinweggeht.

Wir wollen Niedersachsen mit Ihnen gemeinsam entwickeln, weil wir diese Aufgabe als Parlament haben. Ich denke zum Beispiel an die Entwicklung des Landes als Biotechnologiestandort. Wir haben eine hochrangige Landschaft mit Forschungsinstituten an renommierten Universitäten wie Göttingen, Hannover oder Braunschweig. Wir haben die Gesellschaft für biotechnologische Forschung. Dort vorhandene Stellen werden vonseiten des Landes aber nicht nur immer weniger gegenfinanziert, sondern sogar abgebaut. Es wird überhaupt kein Engagement an den Tag gelegt, um die Bewerbung Braunschweigs um die Impfstoffforschung zu begünstigen.

Abgeschossen haben Sie den Vogel erst kürzlich, als es um die Vergabe des Standorts für die europäische Luftfahrtbehörde gegangen ist. Auf Nachfrage hin haben wir erfahren, dass sich die Bundesregierung für Köln ausgesprochen habe. Die Bundesregierung des Bundeskanzlers Schröder aus Niedersachsen ist der Meinung, dass Köln besser geeignet sei als Braunschweig, weil in Braunschweig bereits zu viel Luftverkehrskompetenz vorhanden sei, sodass Braunschweig als Standort in Europa nur schwer durchsetzbar sein werde. Dazu kann ich nur sagen: Dazu habe ich von der Landesregierung bislang nichts gehört, außer, dass man nichts mehr machen könne, weil die Frage bereits entschieden sei. Die Sache sei gelaufen. Die Sache steht aber erst im Januar 2001 an. Ich kann nur sagen: Wenn ich diese dümmliche Begründung höre, Köln hätte nichts und müsste deshalb eine europäische Behörde bekommen, Braunschweig aber habe im Bereich der Luftfahrt schon zu viel, dann hätte die Europäische Zentralbank nach Salzgitter oder nach Osnabrück gehört, auf keinen Fall aber nach Frankfurt, weil wir dort schon die Deutsche Bundesbank haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich muss Ihnen wirklich sagen: Für die Entwicklung der Steuereinnahmen unseres Landes ist entscheidend, ob unsere Universitäten Cluster für weitere Entwicklungen werden, ob sie Brutkästen für neue Unternehmen bzw. neue Forschungseinrichtungen sind, ob wir Gründerzentren und Laborräume bereitstellen, Risikokapital anbieten, ob wir Standortvorteile nutzen oder aber die Dinge laufen lassen und nur einen buchhalterischen Haushalt aufstellen. Ihre Rede war ja im besten Sinne des Wortes buchhalterisch. Ich selbst tue mich schwer, dies in irgendeiner Form zu würdigen und zu werten, weil man im Moment ja die höchsten Sympathiewerte dann bekommt, wenn man es möglichst buchhalterisch macht; ich denke immer nur an Herrn Eichel. Letztlich aber wird der Erfolg eines Landes davon abhängen, ob man mit einer gewissen Kreativität, mit einer gewissen Aufbruchstimmung, mit einem gewissen Interesse an den Meinungen anderer - auch anderer Fraktionen und Parteien - hausieren geht oder ob man sich die Augen und Ohren zuhält.

Angesichts der Tatsache, dass die Regierungsbank wieder einmal sehr leer ist und die Minister überall hinlaufen außer dorthin, wo die Debatten geführt werden, kann ich nur sagen: Das ist Ausweis einer gewissen Erbärmlichkeit, einer gewissen Ver-

brauchtheit, einer gewissen Gelassenheit. Wenn man wie Herr Minister Fischer inzwischen zehn Jahre Wirtschaftsminister ist, dann macht man sich allenfalls Gedanken darüber, wohin man die nächste Auslandsreise macht. Man macht sich aber keine entscheidenden Gedanken mehr darüber, wie man Niedersachsen für das Jahr 2010 oder für das Jahr 2020 vernünftig gestalten will. Das ist Ausweis Ihrer Verbrauchtheit.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben zur entscheidenden Einbringung des Haushalts Ihre Unterlagen zusammengepackt, sitzen jetzt aber irgendwo eine Etage tiefer oder höher oder anderswo, aber Sie sind nicht da, wo Sie jetzt eigentlich hingehören. Das hat es zu Zeiten Ernst Albrechts nie gegeben. Ernst Albrecht hat gesagt: Wir sitzen bis zum Ende der Plenarsitzung. - Er hat peinlich genau darauf geachtet, dass das Kabinett dem Parlament eine gewisse Hochachtung entgegenbrachte. Das ist jetzt aber vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Das ist in diesem Hause verloren gegangen. Ich sage aber, dass es auch Ausnahmen gibt. Herr Gabriel führt im Moment ein wichtiges Gespräch. Das kritisieren wir auch nicht. Es gibt solche Ausnahmen. Das kritisiere ich auch nicht. Sie haben einfach keine Lust mehr, sich mit den Grünen und der CDU auseinander zu setzen. Bei den Grünen gibt es nicht viel, womit man sich auseinander setzen könnte, sodass ich dafür Verständnis habe. Bei uns gibt es jedoch einiges, womit man sich auseinander setzen könnte. Dass Sie das aber nicht tun, belastet die Parlamentarier, die früher hier im Landtag waren und sich das jetzt manchmal von der Tribüne aus anschauen, oder diejenigen, die schon länger hier im Parlament sind. In diesem Hause haben sich bestimmte Sitten verändert, wie man miteinander umgeht, wie man Anfragen beantwortet und wie man Initiativen gemeinsam verfolgt oder vereinbart.

Wir wollen die Erschließung der Infrastruktur in unserem Land. Darüber könnten wir diskutieren. Die Küstenregion ist mit Blick auf InterRegio und Autobahnen völlig vernachlässigt worden.

Aber wir hören in diesen Tagen, dass Hamburg erklärt, Niedersachsen sei gar nicht mehr daran interessiert, dass die notwendige A 26 vollständig ausgebaut wird. Wir hören, dass beim Bundesverkehrsministerium in Berlin und Bonn gar kein Druck für den Ausbau der A 20, der westlichen

Elbquerung, gemacht wird. Wir hören, dass bei der Bahn wenig erreicht wird, obwohl wir im Jahr Aufträge in Höhe von mehr als 800 Millionen DM an die Bahn vergeben. Aber wir schaffen es nicht wie Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg, wasserdichte Verträge mit Sanktionsmöglichkeiten für die Bahn abzuschließen.

(Biel [SPD]: 16 Jahre habt ihr nichts gemacht!)

Wir schaffen es nicht, in diesem Parlament oder außerhalb des Parlaments eine Debatte darüber zu führen, ob wir zu bestimmten Unternehmensbeauftragten kommen sollten, die sich für Ansiedlungsvorhaben engagieren.

BMW sucht gerade einen Standort in Deutschland für ein neues Werk. Aber ich erlebe nicht, dass zwischen den Parteien und Fraktionen darüber geredet wird, wie die günstigsten Voraussetzungen für Wirtschaft und Beschäftigung geschaffen werden könnten, um ein BMW-Werk an der niedersächsischen Küste einzurichten. Das wäre eine besondere Chance.

(Zuruf von der SPD: Warum an der Küste?)

- Das hat bestimmte Gründe. Ich könnte es mir auch in Helmstedt vorstellen, aber es hat bestimmte Gründe, warum gerade Küstenstandorte gesucht werden.

Warum so wenig Gemeinsamkeiten in für das Land elementaren Fragen? Warum so viel Arroganz und Ignoranz gegenüber Vorschlägen anderer?

Ich mag es kaum noch sagen, weil ich zuhauf Gelegenheit hatte, auf Regierungserklärungen verschiedenster Ministerpräsidenten zu erwidern und immer wieder darauf hingewiesen habe, dass Existenzgründungen und Risikokapital das Thema sind.

(Zuruf von Plaue [SPD])

Sie ändern nichts daran, dass ein Beratungsnetzwerk und Existenzgründer-Lehrstühle zu schaffen sind. Sie ändern nichts daran, dass die Rahmenbedingungen für Selbständige und den Mittelstand verbessert werden müssen.

Da Sie wissen, dass ich das Thema natürlich nicht auslasse, geben Sie vor der Haushaltsdebatte eine Presseerklärung darüber ab, dass 50 Millionen DM

zusätzlich eingestellt werden sollen. Ich halte das für ein dreistes Bubenstück. Sie kürzen in dem uns heute vorgestellten Haushaltsplanentwurf die Mittel für den Mittelstand in mehreren Positionen um mehr als 35 Millionen DM - beim Landesdarlehensprogramm, beim Technologietransfer, bei der Technologieförderung und auch bei den Kommunikationstechnologien und der Außenhandelsförderung.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Nun erwecken Sie den Anschein, durch Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe um 50 Millionen DM den Mittelstand zu begünstigen, obwohl Mittelständler nur dann in den Genuss dieser Vergünstigungen kommen können, wenn sie in den Zielgebieten ansässig sind. Alle anderen werden leer ausgehen und müssen massive Kürzungen der dringend notwendigen Fördermittel hinnehmen. Das ist die Wirklichkeit - „jetzt kommt die Wahrheit“, haben Sie am Anfang meiner Rede gerufen -, die auch zu diesem Haushaltsplanentwurf 2001 gehört.

Der Landtag hat mit Bedacht die Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängert, um Zeit zu geben, bestimmte Dinge auf den Weg zu bringen. Diese Zeit ist nutzlos vertan worden. Kein Kabinett des Aufbruchs, sondern des Abbruchs - das letzte Aufgebot.

Die Frage, die in den Zeitungen aufgeworfen wird, nämlich wohin das Niedersachsenross eigentlich galoppieren soll, bleibt bei dieser Regierung unbeantwortet. Man könnte an dieser Stelle Lorient anführen: Wo laufen sie denn? Wo rennen sie denn hin? – Dass Sie laufen, sei Ihnen mit diesem Haushaltsplanentwurf zugestanden. Aber es kommt immer auf die Richtung an. Ich habe schon einmal Mark Twain angeführt: Wenn man nachts im Dunkeln ängstlich ist und weiß, dass man auf der falschen Fährte ist, hilft es nichts, doppelt so stark zu rudern, wenn man die Richtung nicht gefunden hat.

Diese Art von Politik in diesem Land beunruhigt immer mehr Menschen draußen im Land. Bei der Schulpolitik ist es offenbar geworden, bei der Haushaltspolitik wird es spürbar: Lustlosigkeit, verbrauchte Köpfe und das letzte Aufgebot.

Wenn Sie irgendwo kürzen, kürzen Sie bei den sozial Schwächsten. Sie haben bei den Behinderten, beim Wohnungsbauprogramm, bei der Aids-Bekämpfung, bei Familienprojekten und bei

Selbsthilfeinitiativen eine soziale Kälte an den Tag gelegt. Dabei geht etwas verloren, was uns besonders wichtig ist - nämlich das soziale Niedersachsen.

Hermann Schnipkoweit hat damals von allen Wohlfahrtsverbänden - vom DPWV bis zum Deutschen Roten Kreuz - höchste Anerkennung dafür erhalten, dass er ein soziales Niedersachsen geschaffen hat - kein ökonomisches, wirtschaftliches oder technologisches, sondern ein soziales, ein menschliches Niedersachsen, in dem gerade die unterstützt werden, die sich zu Hause oder in Einrichtungen über Jahrzehnte um andere kümmern und sich für andere einsetzen.

Ich habe von Herrn Gabriel in der „NWZ“ nur folgenden Satz gelesen: Wir gehen mit dem Rasiermesser durch den Etat. Das macht sogar richtig Spaß. - So geht man an solche Bereiche bzw. Haushaltstitel nicht heran. Das ist schlichtweg Politik ohne Herz und zudem ohne Verstand.

Ihr Haushalt und Ihre Finanzplanung geben keine Impulse für unser Land und geben keine Richtung vor. Jetzt wäre es interessant, ob in einer solchen Notlage des Kabinetts und der Regierung wenigstens die Regierungsfraktion erkennt, dass sie die Chance nutzen könnte, dem Kabinett auf die Sprünge zu helfen und neue Impulse zu geben. Aber auch die SPD-Fraktion sieht ihre Aufgabe darin, gute Vorschläge unsererseits zu diffamieren.

So wird man unser Land keinen Millimeter voranbringen, Herr Plaue, sondern so wird es weiter zurückfallen. Wir können es auch kurz und bündig machen: Sie beweisen mit Ihrem Haushaltsplanentwurf, dass Sie es einfach nicht können!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Plaue.

(Zuruf von der CDU: Der schlaue Plaue! - Gegenruf von Knebel [SPD]: Du hast Recht!)

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, wo laufen sie denn nun hin, die Frauen und Männer der CDU-Fraktion? Wenn Sie sich nur nicht verlaufen. Herr Kollege Wulff, Sie haben

Recht: Unter Ihrer Führung hat sich Ihre Opposition in der Tat sehr verlaufen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte zu Beginn meines Debattenbeitrages die enorme Leistung der Landesregierung,

(Oh! bei der CDU)

insbesondere des Finanzministers und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hervorheben, für das Jahr 2001, was mit außerordentlichen Belastungen verbunden war, einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushaltsplan vorzulegen. Ich möchte denen, die dazu beigetragen haben, ausdrücklich meine Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Anerkennung gilt auch für die Tatsache, dass es in der Vergangenheit immerhin schon viermal gelungen ist, nicht nur einen Plan vorzulegen, sondern auch einen Haushaltsplan auszuführen, der nicht mit Unterdeckung abgeschlossen wurde - à la bonne heure, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wir alle hatten seit einigen Wochen Zeit, uns mit den wichtigen Eckdaten und Planungen der Landesregierung vertraut zu machen. Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Wulff: Ich hatte eigentlich erwartet - jedenfalls nicht ausgeschlossen -, dass Sie Ihren Aufenthalt in den Vereinigten Staaten - sozusagen auf den Spuren von Sigmar Gabriel - zum Anlass nehmen würden, hier zu neuer Qualität aufzulaufen. Meine Damen und Herren, ich bin in diesem Punkt enttäuscht worden: Es ist der alte Wulff, wie wir ihn kennen. Es ist nichts Neues hinzugekommen.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ich bin doch nicht Gabriel, der sich ständig verändert!)

Herr Wulff, Sie haben in den letzten 45 Minuten Ihre althergebrachten Parolen, die wir alle schon kennen, neu gemischt und vorgetragen.

(Eveslage [CDU]: Das haben Sie sich alles aufgeschrieben!)

Dann haben Sie, Herr Kollege Wulff, es offensichtlich nicht abwarten können, dass wir am Donnerstag eine schulpolitische Debatte führen. Sie

mussten dazu Stellung nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Wulff, wir wollen gerne abwarten und in einem ordentlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern herausfinden, welches der Modelle sie für besser halten:

(Heiterkeit bei der CDU)

Ihr Betonmodell „Zurück in die 50-er Jahre“

(Busemann [CDU]: Welches Modell?)

oder unser Modell, das jedenfalls den Bildungsstandort Niedersachsen nach vorne bringt.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sind wir nicht nur für Anregungen, sondern auch für Kritik offen. Wir sagen deutlich, dass wir den Dialog wollen. Wer den Dialog will, wird auch Anregungen aufnehmen und bereit sein, sein Modell zu verändern. Das ist die Position des Ministerpräsidenten, der Landes-SPD und meiner Fraktion. Dazwischen passt kein Blatt Papier.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das hat Lafontaine auch mal gesagt!)

Vizepräsident Jahn:

Herr Plaue, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Eveslage beantworten?

Plaue (SPD):

Herrn Eveslage beantworte ich jetzt keine Frage. Herr Eveslage ist bereits auf dem Weg, um nicht zu sagen, auf der Flucht aus dem Landtag, weil er mit diesem Oppositionsführer nichts mehr anfangen kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann das verstehen, Herr Kollege Eveslage. Gute Reise! Ich wünsche Ihnen wirklich alles Gute in Cloppenburg.

(Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

Herr Kollege Wulff - das meine ich besonders ernst -: Es vergiftet die Atmosphäre, wenn Sie Ihre Beiträge mit persönlichen Diffamierungen verbinden. So geht das nicht, wie Sie mit der Kultusmi-

nisterin umgegangen sind - jedenfalls nicht in dem Ton.

(Starker Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Wulff, Sie, Ihre Partei und Ihre Fraktion sind in Niedersachsen seit zehn Jahren in der Opposition. Das sind Jahre gewesen, in denen sich die Bundesrepublik Deutschland und in der Folge auch das Land Niedersachsen unglaublichen Herausforderungen stellen mussten.

Meine Damen und Herren, nicht ein einziges Mal in diesen zehn Jahren hat sich die größte Oppositionsfraktion hier im Landtag die Mühe gemacht, auf die aktuellen Geschehnisse und auf die aktuellen Rahmendaten mit Lösungen und Alternativen zu reagieren. Das ist Oppositionspolitik Marke Wulff!

(Beifall bei der SPD)

Was sollen wir eigentlich von einer solchen Art Oppositionspolitik halten? Sachlich auseinander setzen mussten wir uns in den vergangenen Jahren ausschließlich mit den Haushaltsvorschlägen der viel kleineren Fraktion der Bündnisgrünen

(Krumfuß [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

- doch, Herr Kollege, es stimmt; Sie können es nachlesen -, die als einzige der beiden Oppositionsfraktionen jedes Mal Alternativen vorgelegt hat - Alternativen, die wir nicht übernommen haben, aber mit denen man sich auseinander setzen konnte. Bei Ihnen kann man sich nur mit Blabla, aber nicht mit Fakten auseinander setzen. Das ist die traurige Wahrheit der Niedersachsen-CDU hier im Niedersächsischen Landtag!

(Beifall bei der SPD - Jansen [CDU]:
Tosender Applaus!)

Meine Damen und Herren, ich überlasse Ihnen die Bewertung, ob das sozusagen ein strukturelles Problem Ihrer Fraktion oder Ihrer Führung ist. Sie haben das zu entscheiden. Wenn ich die Wahlergebnisse richtig deute, haben Sie diese Frage schon entschieden, meine Damen und Herren. Aber auch das soll nicht mein Problem sein.

Sie haben nichts anderes getan - und ich befürchte, dass Sie es wiederholen -, als mit Ihren verstaubten Haushaltsvorschlägen zu kommen, die Sie, Herr Kollege Wulff, ja nicht so benennen wollten, die Sie aber einmal im Ausschuss für Haushalt und

Finanzen haben diskutieren lassen, worauf jedoch Ihnen der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst bescheinigt hat, dass das Papier, das Sie vorgelegt hatten, schlicht verfassungswidrig gewesen ist.

(Möllring [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! - Wulff (Osnabrück)
[CDU]: Absoluter Schwachsinn!)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Ihre Alternative: verfassungswidrige Vorschläge. Damit brauchen wir uns nicht auseinander zu setzen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem zehnten von uns gestalteten Haushaltsjahr stehen wir erneut vor großen Herausforderungen, nämlich vor der Herausforderung, die Schere zwischen realistischer Einnahmeerwartung und den landespolitischen Notwendigkeiten schließen zu müssen. Während der vergangenen Haushaltsjahre sind die dramatischen Steuerausfälle zu beklagen gewesen, die durch Arbeitslosigkeit hervorgerufen worden waren. Wir hatten eine Sozialhilfelast zu bedienen

(Möllring [CDU]: Bleiben Sie doch bei der Wahrheit!)

- nein, Herr Kollege! -, die in der Tat auch etwas mit Arbeitslosigkeit zu tun hatte. Herr Kollege Möllring, Sie erzählen immer, dass die Kommunen in politische und finanzielle Schwierigkeiten geraten seien, weil ihnen das Land nicht genug Geld zur Verfügung gestellt habe. Schauen Sie sich das doch einmal an: Die explodierenden Sozialhilfehaushalte sind es gewesen, die den Kommunen die Luft abgedrückt haben. Damit mussten unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker fertig werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Plaue, möchten Sie eine Frage von Herrn Möllring beantworten?

Plaue (SPD):

Nein.

(Möllring [CDU]: Erst dummes Zeug erzählen und dann nicht einmal die

Fragen der anderen zulassen! Schauen Sie doch einmal in die Mipla hinein!)

Ohne die Belastungen durch die Steuerreform, mit denen wir uns auseinander zu setzen hatten - ich komme gleich darauf zurück -, wäre es uns bereits mit diesem Haushalt gelungen, die Nettokreditaufnahme zurückzuführen. Ich finde, dass das die Solidität unserer Finanzpolitik deutlich macht.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: War da etwas mit „wäre“, „hätte“ und „könnte“?)

Wegen der zusätzlichen Einnahmeausfälle ist uns dies nicht möglich. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass wir im Jahre 2001 durchaus von einem optimistischen Jahr werden sprechen können. Nach den rabenschwarzen Jahren der Bonner Politik, die mit katastrophalen Rahmenbedingungen die Landespolitik belastet hat, ist Licht am Ende des Tunnels zu erkennen, und wir werden dieses Licht heller machen.

(Beifall bei der SPD)

In nur zwei Jahren hat die Koalition in Berlin, die Koalition aus SPD und Grünen, den Reformstau angepackt, den Sie 16 Jahre lang produziert haben. Das geschah manches Mal mit Knirschen. Aber wir haben es angepackt. Sie haben es liegen lassen. Das ist der Unterschied in der Qualität der Arbeit, die wir leisten.

(Beifall bei der SPD - Jansen [CDU]: Wann fangen Sie hier in Niedersachsen an?)

Wenn Sie sich die Steuerreform anschauen, die diese Regierungskoalition in Berlin auf den Weg gebracht hat, dann kann man mit Fug und Recht sagen, dass dies die bedeutendste Steuerreform ist, die die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland je erlebt hat. Ein Entlastungsvolumen von 80 Milliarden DM wird an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben. Herr Kollege Wulff, wenn Sie oder Ihre Leute sich hier hinstellen und sagen, dass z. B. das Benzin teurer wird, dann müssen Sie den Menschen ehrlicherweise auch sagen, dass sie mehr Geld zur Verfügung haben, dass sie eine Steuerreform bekommen haben, die mehr Geld in ihre Kassen gespült hat. Das muss man der Fairness halber gegenrechnen und darf nicht immer nur die eine Seite der Medaille betrachten.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Auch in unserem Landeshaushalt 2001 werden wir die Einnahmeausfälle, die wir durch die Steuerreform zu verzeichnen haben, nicht durch lockere Sprüche, sondern ganz konkret durch Ausgabenkürzungen erwirtschaften. Wir werden deutlich machen, dass dieser solide finanzierte Haushaltsplan keine Momentaufnahme ist, sondern ein gutes Stück sozialdemokratischer Haushalts- und Finanzpolitik. Die positiven Wirkungen der Steuerreform jedenfalls zeichnen sich schon jetzt ab. Ein besseres Zeugnis ihrer hervorragenden Arbeit wurde in den letzten Jahren kaum einer Regierung und ihrem Finanzminister ausgestellt als die Meldung: Die Steuerquellen sprudeln in einem seit Jahren nicht gekannten Ausmaß. - Eichel und die Bundesregierung haben sich diesen Erfolg aufs Tapet zu schreiben, nicht Ihre Zwischenrufer.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Herr Kollege Wulff, ich glaube, dass Sie es noch sehr bedauern werden, dass Sie diese Steuerreform abgelehnt haben. Denn wir werden Sie daran erinnern. Wir werden es nicht zulassen, dass Sie auf das kurze Gedächtnis - Ihr eigenes oder vielleicht das der Bürgerinnen und Bürger - setzen. Wir werden Sie daran erinnern, dass Sie mit Nein gestimmt haben: gegen Wirtschaftswachstum, gegen eine Zunahme der Zahl von Arbeitsplätzen und gegen einen Abbau von Arbeitslosigkeit. - Das war Ihr Nein, und daran werden wir Sie erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben allen Grund, optimistisch zu sein - optimistisch, dass wir mit den neuen Rahmenbedingungen in den Haushaltsjahren nach 2001 weitere Gestaltungsspielräume für unsere Landespolitik gewinnen, und optimistisch sind wir auch, dass die Rückführung der Verschuldung in unserem Haushalt möglich wird, wenn in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Steuerzahler wieder steigt und die Zahl der Arbeitslosen sinkt und nicht umgekehrt. Bei Kohl war es immer anders herum. Unter Kohl ist die Zahl der Steuerzahler gesunken und ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Wir betreiben eine andere Politik.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit uns glauben das im Übrigen auch die Bürgerinnen und Bürger dieses

Landes. Sie folgen eben nicht Ihren Parolen von der angeblich ruinösen Haushaltswirtschaft, sondern sehen und merken ganz deutlich, dass die Politik, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Berlin und in Niedersachsen machen, für sie positiv wirkt. Ich bin insofern recht optimistisch. Die nächsten Wahlergebnisse werden das zeigen.

(Eveslage [CDU]: Herr Plaue, schauen Sie einmal zur Presstribüne! - Fischer [CDU]: Sie reden sämtliche Tribünen leer!)

Meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, die Bürgerinnen und Bürger haben Ihnen in den letzten Jahren nie Ihre Mär von den Sozialdemokraten geglaubt, die angeblich nichts von Wirtschaft verstehen und nicht mit Geld umgehen können. Wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, empfehle ich Ihnen einmal, sich die Kompetenzprofile anzuschauen, die bei Umfrageergebnissen deutlich werden. Sowohl bei sozialer Gerechtigkeit als auch bei der Frage, wer die wirtschaftliche Kompetenz hat, die Arbeitslosigkeit abzubauen, liegt die Sozialdemokratie deutlich, meilenweit vor Ihnen. Das ist eine Aussage, eine Reaktion auf Politik, die wir betrieben haben, und nicht auf Sprüche, die Sie klopfen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Aber es sind Ihre Fehleinschätzungen, Herr Kollege Wulff, mit denen Sie nicht umsonst dreimal hintereinander die Landtagswahl in Niedersachsen verloren haben. Ich sage Ihnen voraus, dass Ihnen die Bürgerinnen und Bürger auch künftig keine Regierungsverantwortung zutrauen werden.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie müssen in zwei Wochen erst einmal wieder gewählt werden! Kandidieren Sie eigentlich in zwei Wochen wieder?)

Ich empfehle Ihnen, Herr Kollege Wulff, dass Sie sich einmal mit dem Kollegen Eveslage zusammensetzen und sich dringend nach Alternativen umsehen. Das kann ich Ihnen nur raten.

(Beifall bei der SPD)

Solange Sie Ihre finanzpolitischen Beiträge aber auf der Schuldenlüge aufbauen, wie Sie es auch hier wieder getan haben, Herr Wulff, müssen Sie sich schon gefallen lassen, dass wir Sie daran

erinnern, wie es in der Vergangenheit zwischen Erklärungen auf der einen Seite und Handlungen auf der anderen Seite aussah. Forderungen und Handeln - nichts klappt weiter auseinander bei der CDU.

Herr Kollege Wulff, ich werde mir die Zeit nehmen, auf Ihre Bestandsaufnahme einzugehen, die Sie vor wenigen Tagen verteilt haben. Ich werde vor dem Hintergrund dieser Bestandsaufnahme Ihre eigene Rolle, nämlich die Rolle der CDU-Fraktion, ansprechen.

Der Schuldenstand des Landes nach zehn Jahren unserer Regierung ist mit rund 70 Milliarden DM ein Betrag, der auch mir zu hoch ist. Ich hätte gern weniger. Aber ich setze das in Relation zu der Hintergrundentwicklung, aufgrund der wir diese 70 Milliarden DM an Krediten aufnehmen mussten. Herr Kollege Wulff, obwohl Sie es wussten, dass ein großer Teil dieser 70 Milliarden DM sozusagen von Ihnen politisch mit zu verantworten ist, kein Wort davon in Ihrer Broschüre! Mehr als 40 Milliarden DM gehen auf Ihr Konto, einschließlich Zinsbelastung. Wenn Sie es nicht hören wollen, schreiben Sie solch einen Unsinn nicht in Ihre Broschüre, dann brauchen wir uns darüber auch nicht zu unterhalten.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Aber das, meine Damen und Herren, ist nicht alles. Herr Kollege Wulff, der Begriff „Unterdeckung“ ist ein Begriff, der aus der Zeit der Regierung Albrecht stammt und mit dem wir uns hier im Landtag massiv auseinander setzen mussten. 1,7 Milliarden DM allein zwischen 1990 und 1993 mussten wir bei den Löhnen und Gehältern drauflegen. Die hatte Frau Breuel in ihrer Mittelfristigen Planung schlicht vergessen. 300 Millionen DM mussten wir mehr für Zinsen aufbringen, als in der Mipla dafür vorgesehen war. 1,5 Milliarden DM an Rücklagen waren reine Luftnummern, die Frau Breuel in der Mipla bereits anderweitig belegt hatte. Das war die Realität, mit der wir starten mussten.

(Beifall bei der SPD)

Keine müde Mark für den Wohnungsbau! Sie erinnern sich daran. Das Thema Krankenhausfinanzierung ist auch ein Thema, an das wir gerne zurückdenken: null DM im Haushalt, aber seitenweise Versprechungen zum Teil in Biertischzelten.

So haben Sie Politik gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Und Sie wollen sich das Recht herausnehmen, unsere Haushaltswirtschaft der letzten zehn Jahre mies zu machen? Herr Kollege Wulff, Sie haben allen Anlass, zunächst einmal Ihre eigenen Taten kritisch zu beurteilen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ich war damals als Anwalt tätig, Herr Plaue!)

Herr Kollege Wulff, Sie stehen ja in einer Verantwortung, in einer Tradition. Stellen Sie sich doch einmal der Verantwortung, der Tradition. Das Recht oder die Gnade der späten Geburt trägt nicht mehr.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ich halte Ihnen doch auch nicht August Bebel vor!)

Sie sind auch schon älter geworden. Wenn ich mir Ihre Reden anschau, sind Sie älter, als Sie sich an Jahren darstellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will nur daran erinnern, dass wir gewaltige Altlasten zu bewegen hatten und dass wir es dennoch geschafft haben, unsere Politik ordentlich zu finanzieren. Ich denke an die Einstellung von mehr als 1.100 Lehrerinnen und Lehrern jedes Jahr.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wie ist es denn mit der Betriebskrankenkasse?)

Ich denke an die 600 Millionen DM, die wir bei der Förderung der Kinderbetreuung eingelegt haben. Ich denke, meine Damen und Herren, an die 60.000 Wohnungen, die wir gebaut haben. Ich gebe zu, diese 60.000 Wohnungen mussten auf dem Kreditmarkt finanziert werden. Sie bilden auch einen Teil der 70 Milliarden DM, für die wir Verantwortung tragen. Zu der Verantwortung bekennen wir uns auch.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Und die Betriebskrankenkassen?)

Und das vor dem Hintergrund, dass wir in den Jahren enorme Sonderlasten aufgrund der deut-

schen Einheit zu schultern und zu tragen hatten. Auf rund 4 Milliarden DM pro Jahr summieren sich die Belastungen, die wir auf der Grundlage des Aufbaus Ost zu bezahlen hatten.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wiederholen Sie doch die 70 Milliarden DM noch einmal!)

Ich erinnere an den Umsatzsteuerkompromiss, Herr Kollege Wulff, der die ostdeutschen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich mit einbezogen hätte. Da will ich gerne auf Ihren Beitrag eingehen, Herr Wulff, nachdem Sie dem Finanzminister gesagt haben, er hätte doch bei den Verhandlungen mit dem Bund dafür sorgen sollen, dass die UMTS-Milliarden zur Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ eingesetzt werden. Ich möchte gerne wissen, was Ihre Ministerpräsidenten in den ostdeutschen Bundesländern dazu gesagt hätten. Die hätten nämlich keinen Pfennig Geld davon bekommen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Seit wann interessieren die Sie denn?)

Die hätten nämlich keinen Pfennig Geld davon bekommen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das die Art von Solidarität ist, für die Sie, Herr Kollege Wulff, hier stehen.

(Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

- Ich habe einfach auf Ihren Vorschlag reagiert. Ich schlage Ihnen vor, wenn Sie denn wieder in Berlin sind - Sie sind ja öfter dort beim Bundesvorstand Ihrer Partei -, diskutieren Sie das mit den ostdeutschen Ministerpräsidenten. Wenn Sie hinterher wiederkommen, frage ich Sie, was die dazu gesagt haben. Eine unsolidarische Haltung werden die Ihnen vorwerfen, die Sie dann auch als Person zu tragen hätten.

(Beifall bei der SPD)

Damit nicht genug. Ich darf auch daran erinnern, dass 1992 die Regierung Kohl die Strukturhilfe gestrichen hat, auf die Niedersachsen, die Albrecht-Regierung, stark gesetzt hatte und mit der Niedersachsen sozusagen oben war.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ein großer Erfolg von Albrecht! Und Sie haben ihn verscherbelt!)

Der große Erfolg von Albrecht wurde 1992 von Helmut Kohl abgeschafft. CDU-Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Nein, Schröder hat zugestimmt!)

Nein, diese Kohl-Regierung hat uns überhaupt nicht viel Freude gemacht. Auf die Belastungen der ersten Legislaturperiode nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen folgten nämlich in der zweiten Legislaturperiode die katastrophalen Rahmenbedingungen, die uns die Koalitionsregierung beschert hat. 1994, mitten im Ausbau Ost, die schwerste Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik! Die Steuereinnahmen, Herr Kollege, brachen in Milliardenbeträgen weg. Seit 1949 war die Steuer- und Abgabenlast noch nie so hoch, die Arbeitslosigkeit, die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die Staatsverschuldung und die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche nie so hoch wie bei der Regierung Kohl. Das ist Ihre Bilanz, meine sehr verehrten Damen und Herren, an die man Sie erinnern muss.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mir gestatten, möchte ich an die im Vergleich zu heute durchaus paradiesischen Rahmenbedingungen erinnern, welche die Albrecht-Regierung damals vorgefunden hat.

(Oestmann [CDU]: Ach!)

- Wir hatten - Herr Kollege Oestmann, Sie waren doch von 1986 bis 1990 dabei - kalkulierbare, stetig steigenden Steuereinnahmen. Wir hatten Einkommensteuereinnahmen in der Größenordnung von 44 Milliarden DM und nicht von 4 Milliarden DM. Wir hatten hohe Einnahmen aus dem Förderzins und hohe Strukturhilfeeinnahmen. Auf all das konnten wir uns nicht mehr zurücklehnen, als wir die Regierung übernommen hatten. Dennoch haben wir eine solide Finanzpolitik gemacht.

(Beifall bei der SPD - Althusmann [CDU]: Das war ziemlich ungenau, Herr Kollege!)

- Nein, das ist nicht ungenau, sondern ziemlich präzise. Herr Kollege Althusmann, eines haben Sie mit dem Geld, das Sie damals zur Verfügung hatten, nicht gemacht. Sie haben Niedersachsen jedenfalls nicht weitergebracht. Sonst wäre der Reformstau, vor dem wir 1990 auch hier im Lande

gestanden haben, nicht so groß gewesen, wie er gewesen ist. Dieser Reformstau hat uns nur mit großen Schwierigkeiten Politik gestalten lassen.

(Zuruf von der CDU: Wann kam denn die Strukturhilfe, Herr Pläue?)

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Niedersachsen in der Zeit, in der Sie Regierungsverantwortung hatten, was die Strukturdaten ja auch ein bisschen wiedergeben, jemals eine gute Mittelposition oder gar eine Spitzenposition bei den sozial- und wirtschaftspolitisch relevanten Eckdaten eingenommen hatte. Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

haben die Regierung übernommen oder, andersherum formuliert, Sie sind abgewählt worden, als Sie viel Geld hatten. Wir sind wieder gewählt worden, obwohl wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen mussten, dass wir in den Landeshaushalt einschneiden müssen und wir ihnen nicht mehr jeden Wunsch erfüllen können.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Da haben Sie sich aber sehr leise verhalten!)

Trotz der Aufwendungen, die wir in den letzten Jahren leisten mussten - 80.000 Kindergartenplätze, Bildungsinvestitionen, Wohnungsbauprogramme -, trotz der hohen Ausgaben und Leistungen, die wir zu erbringen hatten, ist es uns dennoch gelungen, 1997 und 1998 die Nettokreditaufnahme um je 450 Millionen DM zurückzuführen. Ich meine, das ist eine Leistung, auf die man zu Recht stolz sein kann.

Trotz neuer Sonderbelastungen gibt es auch in den zukünftigen Haushalten keine Alternative zur konsequenten Sparpolitik. Die Politik des verantwortungsbewussten Sparens werden wir so lange fortführen, bis die Reformen auf Bundesebene ihre Wirkungen entfaltet haben. Wir werden dabei auch weiterhin sehr viel Augenmaß aufwenden und wie schon in den vergangenen Jahren unserer sozialen Verantwortung gerecht werden. Wir werden auch weiterhin Geld in zukunftsgerichtete Politikbereiche investieren, meine Damen und Herren. Es bleibt dabei: Wir werden dieses Land nicht kaputtsparen.

Wir werden den Rückzug des Landes auf seine Kernaufgaben betreiben, und wir werden die Ver-

waltungsreform fortführen. Wir werden - das gehört dazu - im verantwortbaren Rahmen den Personalabbau auch weiterhin organisieren. Nach den 7.000 eingesparten Stellen von 1995 bis 1998 wird am Ende dieser Legislaturperiode der Personalabbau in unserer Regierungszeit 12.500 Stellen umfassen, unangetastet bleiben dabei der Bereich Bildung und der Bereich innere Sicherheit.

Der Bund der Steuerzahler - das ist ja nun wahrhaftigen Gottes keine Organisation, die im Verdacht steht, zur Vorfeldorganisation der Sozialdemokratie zu gehören - hat festgestellt, dass bei Regierungswechseln die Anzahl der Stellen immer zugenommen hat. Wir haben dies verändert. Wir haben hier den Trend umgekehrt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Decker [CDU]: Von 1990 bis 1994, oder wann? - Gegenruf von Mühe [SPD]: Da haben wir die Lehrer eingestellt, die ihr immer gefordert habt! - Unruhe)

- Ja, Herr Kollege. - Dies erkennt der Bund der Steuerzahler auch an. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ist hier eine Umkehr zu verzeichnen gewesen. Lesen Sie das, was die geschrieben haben! Ich zitiere die auch nicht immer, aber an der Stelle haben sie Recht.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Spagat zwischen Zukunftssicherung und sozialer Gerechtigkeit auf der einen Seite sowie verantwortungsbewusster Haushaltspolitik auf der anderen Seite, nämlich nicht zu versprechen, was man nicht halten kann, gelingt uns seit einigen Jahren. Der Spagat wird auch in den nächsten Jahren nicht leicht sein, aber wir werden ihn erfolgreich meistern.

Besonders stolz sind wir darauf, dass unsere unvermeidbare Sparpolitik in zwei unterschiedlichen Richtungen greift. Wir konsolidieren schrittweise, aber konsequent die Landesfinanzen, und gleichzeitig erwirtschaften wir die erforderlichen Mittel für die Prioritäten unserer Politik. Bestes Beispiel dafür ist die Bildungsoffensive, die ihre Wirkung bereits gezeigt hat. Zum Schuljahresbeginn vor wenigen Wochen haben rund 2.500 junge Lehrkräfte ihren Dienst in den allgemein und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen angetreten. Dafür stehen schon in diesem Jahr 500 zusätzliche Stellen bereit. Für 200 Millionen DM investieren wir in den Jahren 2000 und 2001 zusätzlich in die

Bildungspolitik, ohne den Landeshaushalt dafür auszuweiten. Das, meine Damen und Herren, soll der Regierung Gabriel erst einmal jemand nachmachen!

(Beifall bei der SPD)

Sie, meine Damen und Herren auf der rechten Seite dieses Hohen Hauses, werden bei der Gelegenheit nicht abstreiten können: Während Sie über die Probleme reden, packen wir sie an.

(Decker [CDU]: Ach ja?! Die Armen, die das ertragen müssen, wie Sie die Probleme lösen!)

Die Bürgerinnen und Bürger jedenfalls sehen das so und vertrauen uns deshalb.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auf das vor uns liegende Zahlenwerk zurückkommen, weil dieses Zahlenwerk die Grundlage für die Landespolitik bietet, die wir im nächsten Jahr gestalten wollen. Auf Alternativen von Ihnen dazu sind wir schon sehr gespannt.

(Zuruf von der SPD: Die gibt es ja nicht!)

Der Finanzminister hat die Eckdaten seines Haushaltsplanentwurfs deutlich gemacht. Ich will Ihnen deshalb nur ganz kurz die Politik meiner Fraktion beschreiben, die hinter diesem Zahlenwerk steht und für die wir auch stehen.

Da ist unsere Politik für soziale Gerechtigkeit. Wir definieren Sozialpolitik nicht allein als einen eigenständigen isolierten Politikbereich, sondern wir verbinden sozialpolitische Kompetenz und soziale Wärme untrennbar mit allen Bereichen unserer Politik.

(Oestmann [CDU]: Denken Sie einmal über das nach, was Sie jetzt sagen!)

Keine politische Maßnahme, die wir in den letzten Jahren angepackt haben, ist getroffen worden, ohne die sozialen Wirkungen zu hinterfragen, Herr Kollege Oestmann. Ein treffendes Beispiel dafür ist die Städtebauförderung, die wir sehr konsequent zu einem sozialpolitischen Instrument zurückentwickelt haben. Sie ist es einmal gewesen, unter anderen Landesregierungen aber leider nicht als sozialpolitisches Instrument begriffen worden.

(Zustimmung bei der SPD)

Für unser Programm „Soziale Stadt“ haben wir schon im laufenden Jahr rund 28 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Mit diesem Mittel niedersächsischer Städtebauförderung werden wir in 14 Städten und Gemeinden örtliche Bereiche mit besonderen sozialen Schwierigkeiten fördern. Wir packen damit ein Problem an, das aus einer Konzentration von Belegrechtswohnungen im sozialen Wohnungsbau entstanden ist.

(Zustimmung von Frau Lau [SPD])

Viele Menschen in diesen Wohngebieten sind lange Zeit arbeitslos, und sie haben resigniert. Hoch verdichtete und zum Teil schlechte Bausubstanz, triste Außen- und Freiflächen, unzureichende Freizeit- und Versorgungsmöglichkeiten treiben die Menschen, die sich das leisten können, aus diesen Wohnungen und beschleunigen den sozialen Abstieg der Quartiere. Ich darf an dieser Stelle auf Folgendes hinweisen: Auch das ist ein Ergebnis von 16 Jahren Kohl-Politik, nämlich dass es in Niedersachsen, aber auch in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland Quartiere gibt, in denen die einzigen Menschen, die morgens die Häuser verlassen, die Kinder sind, die zur Schule gehen, während die Erwachsenen zu Hause bleiben, weil sie arbeitslos geworden sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie haben die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft, sondern die Arbeitslosen! Das ist der Unterschied zwischen uns. Wir wollen die Arbeitslosigkeit bekämpfen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Decker [CDU]:
Dass man so was ungestraft erzählen darf! - Unruhe)

Wir wollen mit einer Kombination von Maßnahmen des Städtebaus,

(Zuruf von Frau Pawelski [CDU])

der Sozialpolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Jugendpolitik und der Umweltpolitik Abhilfe schaffen - ein Programm, das bislang ohne Beispiel ist, Frau Kollegin.

(Decker [CDU]: Welches?)

Für dieses Programm „Soziale Stadt“ haben sozialdemokratische Landespolitiker über Jahre ge-

kämpft. Deswegen sind wir stolz darauf, dass wir das erreicht haben,

(Decker [CDU]: Ohne Sie hätten wir das Problem gar nicht gehabt!
- Gegenruf von Beckmann [SPD]:
Das ist ein bisschen platt!)

und darauf, dass die Mittel dafür in Berlin nicht gekürzt worden sind. Wir wollen damit erreichen, dass zuallererst die Menschen, die in diesen Quartieren wohnen, wieder eine Perspektive haben, weil wir auch davon überzeugt sind, dass dies ein realistischer Beitrag ist, um Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema Sozialhilfe ist längst nicht mehr allein ein Problem der Menschen, die - aus welchen Gründen auch immer - auf diese Leistung des Staates angewiesen sind. Spätestens seit sich die Zahl der Arbeitslosen unter der Kohl-Regierung verdoppelt hat, ist es das wohl größte Problem, dem sich die Kommunen und dem sich die Landespolitik nach Kriegsende stellen müssen. Ich meine, dass die Milliarden Steuerausfälle, die wir zu verzeichnen haben, ihre Ursache zum Teil darin haben, dass immer weniger Menschen sozialversicherungspflichtig arbeiten.

(Dinkla [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Auch an dieser Stelle hat die Politik in Berlin, wie ich finde, vernünftig genug reagiert und neue Akzente gesetzt. Aber ich erwarte von Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch nicht unbedingt, dass Sie sich mit solchen Themen beschäftigen. Es ist wichtiger, dass Sozialdemokraten das tun; denn eines ist mir völlig klar: Die Menschen vertrauen uns an dieser Stelle nicht ohne Grund. Sie vertrauen uns, weil sie wissen, dass Sozialdemokraten soziale Gerechtigkeit nicht nur als Metapher gebrauchen, sondern soziale Gerechtigkeit auch in ihrer täglichen Politik umsetzen, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen helfen wir mit der vor kurzem beschlossenen Lösung eines „Quotalen Systems“ bei der Sozialhilfe den Kommunen in deutlicher Weise - besser, als wir das mit jedem anderen Förderprogramm leisten könnten.

(Zurufe von der CDU)

Mit dem Systemwechsel geben wir den Kommunen Sicherheit und Planbarkeit für ihre jährlichen Ausgaben.

(Rolfes [CDU]: Herr Schwarz, was sagen Sie denn dazu?)

Aber damit nicht genug. Wir haben mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, Herr Kollege, die Mittel für den Altenplafond um 52,9 Millionen DM anzuheben. Die kommunalen Spitzenverbände haben daraufhin ihre Bedenken gegen dieses Gesetz zurückgezogen. Das ist eine vernünftige Art, so finde ich, wie Landesebene und kommunale Ebene miteinander arbeiten können. Das wollen wir fortsetzen.

(Beifall bei der SPD - Decker [CDU]: Können wir uns beim FAG auch darauf verlassen, dass das so klappt?)

Das Zahlenwerk dieses Haushalts und damit auch unsere Landespolitik werden, wie das schon seit Jahren der Fall ist, mitbestimmt von der Europapolitik, von den Programmen, die in Europa aufgelegt werden. Ich will gar nicht verhehlen, dass es in diesen finanziell schwierigen Zeiten nicht einfach ist, die EU-Programme gegenzufinanzieren. Sie sind aber ein zusätzliches Stück Gestaltungsspielraum für die Menschen in Niedersachsen, und wir wollen diesen Gestaltungsspielraum auch nutzen. Wir werden im Jahr 2001 und in den Folgejahren alle Anstrengungen unternehmen - darauf können Sie sich verlassen -, um so viel Komplementärmittel wie möglich zu erwirtschaften - nötigenfalls -, um diese Programme für Niedersachsen nutzen zu können. Jedenfalls wird das an uns nicht scheitern. Wir werden jeden ECU, der aus Europa kommt, gegenfinanzieren. Das ist eine deutliche Ansage, die in diesem Haushaltsplanentwurf auch zum Ausdruck kommt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang das Förderprogramm „ProLand“ erwähnen. Es stärkt Niedersachsen als das Agrarland Nr. 1 in der Bundesrepublik Deutschland. Zusammen mit anderen EU-Programmen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum sind bis zum Jahr 2006 mehr als 1 Milliarde DM an EU-Mitteln für Niedersachsen vorgesehen. Mit den Komplementärmitteln des Bundes, des Landes und der anderen öffentlichen Träger ist dadurch ein Investitionsvolumen von mehr als 3 Milliarden DM in Gang gesetzt worden - so viel wie niemals zuvor in Niedersachsen. Meine Damen und Herren, wir wollen - ich sage

das hier ganz deutlich -, dass dieses Geld eingesetzt wird, um den Strukturwandel im ländlichen Bereich in Niedersachsen mitzugestalten und neue, bessere Strukturen entstehen zu lassen. Das ist unser Ziel, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Rolfes [CDU]: Was für Neues ist denn in dem Programm drin?)

Ungeachtet dieser hervorragenden Perspektiven für unsere ländliche Bevölkerung sind die ländlichen Räume Niedersachsens schon heute weitaus attraktiver, als sie es noch vor 1990 waren. Glücklicherweise ist ProLand ein so flexibles, weit greifendes Programm, dass es nicht allein auf die Agrarförderung im engeren Sinne beschränkt bleibt, sondern außerdem Vorhaben und Maßnahmen z. B. des Naturschutzes und der Wasserwirtschaft mit etwa 130 Millionen DM fördert und natürlich auch weitere Politikbereiche, wie z. B. den für Niedersachsen bedeutenden Bereich des Tourismus, positiv beeinflussen kann.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Arbeitsschwerpunkt unserer Fraktion wird in den nächsten Jahren die Verkehrspolitik sein. Wir werden darauf achten, dass die Finanzierung dieser Verkehrspolitik solide gestaltet wird.

(Rolfes [CDU]: Dann fährt kein Zug mehr in Niedersachsen!)

Ich sage das, weil wir hier auf einem Programm fußen, sehr geehrter Herr Kollege, das in den vergangenen Jahren sehr oft zu Spatenstichen geführt hat. Ich komme noch darauf zurück. Lassen Sie mich vorab eines sagen: Wir haben in den vergangenen Jahren aufgrund der EXPO im Bereich des Großraums Hannover einen landespolitischen Investitionsschwerpunkt gesehen. Das war eine von einer breiten Mehrheit hier im Hause getragene Vereinbarung. Ich sage ganz eindeutig für die SPD-Fraktion: Wir werden in den nächsten Jahren den Schwerpunkt der Mittel, die aus der Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzgebung kommen, in den ländlichen Raum hineinlegen. Das ist eine Zusage, die wir vor der EXPO gemacht haben und an die wir uns halten werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege, auf die Beispiele, die im Augenblick aufgrund der Bundesverkehrspolitik zu Zeiten Kohls gegenfinanziert werden müssen, hat der

Finanzminister schon hingewiesen. Ich erinnere an das Beispiel der A 31. Hier muss das Land, müssen die Gemeinden in Vorleistung treten, um diese seit vielen Jahren - um nicht zu sagen: seit Jahrzehnten - dringend notwendige Verkehrsbaumaßnahme zu einem vernünftigen Zeitpunkt umsetzen zu können. Die erneute Ausputzerrolle, die das Land und die Kommunen übernehmen müssen, ist deshalb entstanden, weil bei der Aufstellung des alten Bundesverkehrswegeplanes die Augen größer waren als der Beutel des Finanzministers. Meine Damen und Herren, Sie haben erste Spatenstiche gemacht, dass die Heide gewackelt hat. Wenn der Wissmann alle ersten Spatenstiche, die er gemacht hat, an ein und derselben Stelle gesetzt hätte, dann wäre ein Loch entstanden, in das Sie das ganze Kabinett Kohl mit samt seinen verkehrspolitischen Wolkenkuckucksheimer hätten hereinsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, werfen uns vor, wir hätten nicht genügend Projekte angemeldet. Erstens stimmt das nicht, und zweitens: Selbst wenn noch mehr hätte angemeldet werden können, stellt sich doch die Frage, was das für einen Effekt gehabt hätte vor dem Hintergrund eines mit fast 90 Milliarden DM unterfinanzierten Bundesverkehrswegeplanes, den Sie zu verantworten haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Rolfes [CDU]:
Deshalb habt ihr den noch einmal gekürzt!)

Wir machen eine andere Politik, Herr Kollege. Diese Politik kann man auch bewerten. Die kann man bewerten wie Sie oder so, wie das unabhängige Institutionen machen. Finanzminister Aller hat ja bereits darauf hingewiesen, an welcher Stelle sich Niedersachsen beim Länderranking finanzpolitisch positioniert hat. Die unabhängigen Sachverständigen, die uns auf einen guten zweiten Platz gesetzt haben, haben damit eines belegt: Wir haben es besser als andere Bundesländer verstanden, eine erfolgreiche Konsolidierungspolitik zu betreiben. Das zeigt deutlich, dass wir es trotz schwieriger wirtschaftspolitischer Indikationen geschafft haben, unser Land mit einer konsequenten Sparpolitik nicht nach hinten, sondern nach vorne zu bringen.

(Zuruf von Oestmann [CDU])

Das zeigt deutlich, dass wir die zur Verfügung stehenden Mittel auf wichtige Dinge konzentriert, Herr Oestmann, effizient eingesetzt und Prioritäten gesetzt haben. Wir fördern Betriebe, Technologien, industriepolitische Strukturen, Ideen, also alles, was Arbeitsplätze schafft, und der Erfolg gibt uns Recht. Der Erfolg zeigt sich in folgenden Daten: Wir sind an der Spitze der Bundesländer beim Zuwachs der Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter, und zwar handelt es sich um einen Zuwachs von mehr als 2 %. In anderen Bundesländern und auf Bundesebene gibt es im Durchschnitt eine Abnahme der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.

(Beifall bei der SPD)

In den zehn Jahren unserer Regierungsverantwortung hatten wir immer Spitzenwerte beim Wirtschaftswachstum. Wir hatten überdurchschnittlich viele Gewerbeanmeldungen und Unternehmensgründungen sowie überdurchschnittliche Zuwächse in der Industrieproduktion. Alle diese Ergebnisse sprechen für sich. Auch im Jahre 2001, also mit diesem Haushalt, werden die Mittel des Wirtschaftsförderfonds so effizient eingesetzt, dass davon so viele Unternehmen wie möglich profitieren und damit so viele Arbeitnehmer wie möglich einen Erfolg feiern können.

(Zuruf von Oestmann [CDU])

Ich möchte in diesem Zusammenhang Folgendes betonen: Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Ministerpräsident der Bitte meiner Fraktion gefolgt ist und die Mittel für den Wirtschaftsförderfonds um 50 Millionen DM angehoben hat.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Plaue, möchten Sie jetzt eine Frage des Kollegen Decker beantworten?

Plaue (SPD):

Nein, ich möchte das bis zum Ende im Zusammenhang vortragen, Herr Präsident.

(Decker [CDU]: War das Ihre Idee mit den 50 Millionen DM?)

- Herr Kollege Decker, wir diskutieren nachher über die Frage, wer die Idee dazu hatte. Darüber können wir von mir aus stundenlang diskutieren.

Eines aber ist wichtiger, und das ist der entscheidende Punkt: Von diesen 50 Millionen DM können kleine und mittlere Unternehmen profitieren. Das ist uns wichtig, und das ist unsere Politik.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Decker [CDU])

Herr Kollege Wulff, Sie haben die Investitionsquote des Landes kritisiert. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen: Auch ich würde mir wünschen, dass wir wesentlich mehr investieren könnten. Aber vielleicht schauen Sie sich einmal an, Herr Kollege Wulff, was die anderen Bundesländer, die zum Teil sogar von der CDU regiert werden, tun. Die kürzen ihre Investitionsquote nämlich auch. Bayern: minus 5,8 %, Baden-Württemberg: minus 4,1 %, Rheinland-Pfalz: minus 5,3 %, Hessen: minus 6,8 %, Niedersachsen: minus 2,5 %. Anspruch und Wirklichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Rolfes [CDU]:
Wie viel hatte denn Bayern? Das ist doch Dummheit! - Weiterer Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

- Regen Sie sich doch nicht so auf. Offensichtlich habe ich genau den richtigen Nerv bei Ihnen getroffen. Sie brauchen sich nicht aufzuregen. - Wir alle haben bis zur zweiten Beratung dieses Haushaltsplanentwurfes ausreichend Zeit, um die Etat-
hoheit des Parlamentes mit Leben zu erfüllen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie gehören auch zum Parlament!)

- Das kann ich Ihnen versichern. Wir gehören dazu. Ich kann Ihnen für meine Fraktion schon heute versichern, dass wir die Kürzungsvorschläge des Kabinetts, insbesondere bei den freiwilligen Leistungen, intensiv prüfen werden, und wir werden neben den eben schon genannten auch noch weitere eigene Akzente setzen. Meine Damen und Herren von der Opposition, auch wenn es Ihnen und Journalisten nicht gefällt: Ich sage Ihnen, dass die Schwerpunkte, die wir haben, genau dieselben sind, die die Regierung hat. Sie sind mit uns zusammen entwickelt worden, und wir stehen zu unserer eigenen Politik.

(Beifall bei der SPD)

Für sozialpolitische Finanzpolitik gehört es sich - jedenfalls haben wir das in der Vergangenheit so gemacht -, dass wir zusätzliche haushaltswirksame

Schwerpunkte mit realistischen Deckungsvorschlägen beantworten werden.

(Decker [CDU]: Ganz neu!)

Hier bin ich bei Ihnen, Herr Kollege Wulff, richtig gespannt. Sie haben in Ihrem Beitrag sehr viel über alles Mögliche geredet, aber sehr konkret sind Sie nicht geworden, bis auf einen Punkt. Hier haben Sie gesagt: Wir wollen mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Herr Kollege Wulff, ich schaue einmal nach, ob Sie das auch in Ihren Haushaltsantrag hineinschreiben und ob Sie dafür auch das Geld veranschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Denn nicht nur wir, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, wie Landespolitik finanziert wird. Sie wollen ferner wissen, wie landespolitische Alternativen finanziert werden. Sie wollen wissen, woher Sie das Geld nehmen oder an welcher Stelle Sie Mittel kürzen und streichen wollen.

Herr Kollege Wulff, wir haben mit diesem Landeshaushaltsplanentwurf unsere Karten auf den Tisch gelegt. Nun zeigen Sie einmal, was Sie in der Hand haben. Ich vermute, es ist der gleiche Ramsch wie in den vergangenen Jahren, den Sie spielen wollen, und den werden Sie genauso verlieren wie in den vergangenen Jahren auch.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nun der Kollege Golibrzuch.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident, um diese Uhrzeit müsste ich eigentlich den Stenografen eine Mark dafür geben, dass wenigstens sie hier geblieben sind.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf 2001 ist in besonderer Hinsicht eine Premiere. Zum ersten Mal werden die Zinsausgaben des Landes die Ausgaben für Investitionen deutlich übersteigen. Die mittelfristige Finanzplanung dokumentiert, dass sich dieser Trend fortsetzt, dass er sich beschleunigt, ohne dass die Landesregierung auch nur eine Möglichkeit andeutet, wie wenigstens die Nettokreditaufnahme in absehbarer Zeit gesenkt werden soll. Da es Ihnen an eigenen

Ideen fehlt, sage ich Ihnen: Mit diesem Haushalt wird die Landesregierung ein Fall für die Schuldnerberatung.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Aber da spart sie doch das Geld; da gibt es keine Plätze mehr! - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Zinsausgaben von rund 4,5 Milliarden DM sind das Ergebnis einer fortgesetzten Politik des geliehenen Geldes. Anders als von Ihnen behauptet, haben Sie auch die Nettoneuverschuldung nicht gesenkt, sondern haben lediglich eine wachsende Zahl von Ausgabeposten in den Schattenhaushalt der Niedersächsischen Finanzierungsgesellschaft verlagert. Dort finden sich nicht nur EXPO-bedingte Ausgaben; dort findet sich auch die Stadtbahnfinanzierung, dort finden sich die Kapitalanlagen für Warenterminbörse und Venture-Capital-Gesellschaft, dort finden sich die Kosten für die Sanierung der Bühnentechnik im Opernhaus Hannover und einiges mehr.

Lagen die Kreditermächtigungen für die NFG 1995 bei lediglich 75 Millionen DM, so stiegen sie 1997 auf 120 Millionen DM, 1999 auf 170 Millionen DM, und sie sollen 2001 - wohlgermerkt: ohne EXPO-Defizit - mindestens 270 Millionen DM ausmachen. Das heißt: Unter Einbeziehung der NFG ist die Nettoneuverschuldung des Landes seit 1997 kontinuierlich auf nunmehr rund 3 Milliarden DM angewachsen.

Wer die Hoffnung hatte, unter dem neuen Ministerpräsidenten könnte es hier zu einem Kurswechsel kommen, der sieht sich getäuscht. Wenn „Die Woche“ über Sigmar Gabriel ja durchaus wohlwollend schreibt, er sei der kleine Schröder, so lassen Sie mich dazu sagen: Bei der Nettokreditaufnahme ist er schon weiter. Schulden macht er wie ein Großer.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Nettokreditaufnahme des Landes wird 2001 ein Rekordniveau von vielleicht über 4 Milliarden DM erreichen, weil auch der niedersächsische Anteil am EXPO-Defizit der Neuverschuldung zugerechnet werden muss. Ihren Vorschlag, einen Beitrag von bis zu 1,2 Milliarden DM über die NFG abzuwickeln, lehnen wir ab, weil aus unserer Sicht die verfassungsmäßigen Grenzen für die Möglichkeiten des Landeshaushalts damit bei weitem überschritten

würden, wobei wir nicht die Einzigen sind, die das ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Wirtschaftsplan der EXPO sind ja lediglich 900 Millionen DM an Investitionen veranschlagt, sodass man hier bei weitem im roten Bereich wäre, wenn man einen solchen Betrag über die NFG abwickeln wollte. Fraglich ist übrigens aus unserer Sicht auch, ob die NFG allein als Instrument nicht bereits einen Umgehungstatbestand im Sinne des Artikels 65 der Niedersächsischen Verfassung darstellt. Ich gebe gern zu, dass Ihr Hinweis, das machten alle Länder so, für uns immer ein gewichtiges Argument gewesen ist. Offenbar ist Ihre Aussage aber falsch; denn eine Umfrage unter den Landesrechnungshöfen hat ergeben, dass Niedersachsen das einzige Land ist, das sich heute noch eines solchen Finanzierungsmodells bedient.

Meine Damen und Herren, deswegen sagen wir: Wir wollen die NFG auflösen, laufende Maßnahmen in den Landeshaushalt zurückholen, und wir schlagen Ihnen für die EXPO-Lasten, Herr Aller, eine Verfassungsänderung vor. Nach dem Vorbild des Kommunalrechts wollen wir für die Abwicklung des EXPO-Defizits einen Sonderhaushalt mit gesetzlich geregelter Laufzeit und Tilgung bilden. Wir wollen ein für den Haushaltsgesetzgeber, für den Landtag, kontrollierbares und verbindliches Verfahren statt undurchsichtiger Geschäftsbesorgungsverträge, die das Finanzministerium mit sich selbst schließt und bei denen die Tilgung nach Belieben ausgesetzt wird und finanzielle Lasten immer weiter in die Zukunft verschoben werden.

Selbstverständlich wird die eine wie die andere Lösung den Landeshaushalt ab 2002 auf zehn Jahre jährlich mit mindestens - sagen wir einmal - rund 200 Millionen DM belasten. Wie der Ministerpräsident vor dem Hintergrund heute früh hier noch einmal seine Aussage bekräftigen konnte, dass der Haushalt durch diese EXPO-Sonderlast nicht berührt werde, ist mir schleierhaft. Ich befürchte, dass Herr Aller ihm das so erklärt hat.

Lassen Sie mich an der Stelle noch einen Satz zur EXPO sagen. Selbstverständlich werden wir uns nach dem 31. Oktober mit der finanziellen Seite der EXPO noch einmal beschäftigen müssen. Angesichts der Beträge, um die es da geht, kann das gar nicht anders sein. Ich habe Ihnen das auch schon im Ausschuss gesagt: Wenn das ein sozialer Betrieb wäre, bei dem dem Geschäftsführer

2,4 Milliarden DM in der Kasse fehlen, dann hätten wir hier schon längst Dringliche Anfragen erlebt, und der Geschäftsführer wäre auch mit Unterstützung der CDU längst verhaftet worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von daher ist es natürlich richtig, über diese EXPO-Financen, meinetwegen nach der Weltausstellung, auch noch einmal zu reden. Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, wie das ausgehen wird. Wenn eine Geschäftsführung täglich Prozesse provoziert und Versäumnisurteile kassiert, wenn eine Geschäftsführung eingehende Rechnungen von Unternehmenspartnern monatelang nicht bezahlt und wenn eine Geschäftsführung einen Aufsichtsrat unzureichend oder falsch informiert, dann muss das Konsequenzen für die Verantwortlichen haben, und die werden nicht eben angenehm sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in jeder Sekunde wächst der Schuldenberg des Landes Niedersachsen um 84 DM. Es ist nicht wahr, dass es zu dieser Politik keine Alternative gäbe.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch etwas zu Ihrer Rücklage sagen. Wir haben in der Vergangenheit nicht nur Vorschläge dazu gemacht, die Neuverschuldung, also die Einnahmeseite, zu senken, sondern wir haben auch Vorschläge dazu gemacht, die Ausgabenseite zu kürzen. Die Möglichkeit, für die rot-grüne Steuerreform Vorsorge zu treffen, wäre durch eine geringere Nettokreditaufnahme in keiner Weise eingeschränkt worden. Was Sie uns hier immer unterstellen, ist also kein Ammen-, aber ein Aller-Märchen.

Wir sehen deshalb auch beträchtlichen Spielraum für eine Senkung der veranschlagten Nettoneuverschuldung in 2001. Da der Bund die Wirtschaft mit der Unternehmenssteuerreform flächendeckend entlastet, ist es für uns überhaupt nicht nachvollziehbar, den millionenschweren Block der Landeswirtschaftsförderung hier zum Tabu zu erklären. Wenn Sie gleichzeitig die freiwilligen Leistungen im Sozialbereich kürzen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, dass selbst Sozialpolitiker innerhalb der SPD die Frage nach dem sozialdemokratischen Profil stellen. Die Rede von Herrn Plaeue konnte hier ja auch keine anderen Akzente setzen. Sie konnte nicht überzeugen, sondern konnte allenfalls zermürben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach unserer Überzeugung muss unternehmensbezogene Wirtschaftsförderung vor allem über die Gestaltung des Steuersystems erfolgen und nicht über ein bürokratisches Antragsverfahren, bei dem am Ende die Firmen am meisten profitieren, die es am wenigsten nötig haben. Lassen Sie mich Folgendes hinzufügen: Dem Fördergefälle entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze - das ist das Argument, das Herr Gabriel vorgestern in die Diskussion gebracht hat - können Sie im Übrigen damit auch nicht begegnen, weil die Zuwendungsgrenzen für die einzelbetriebliche Förderung auch bei aufgestockten Haushaltsansätzen unverändert blieben.

Meine Damen und Herren, gerade Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände werden nicht müde, den Staat zum Subventionsabbau zu drängen. Wir möchten diese Verbände beim Wort nehmen und das Geld für eine Absenkung der Neuverschuldung einsetzen. Überhaupt möchten wir, dass ein sozialdemokratischer Ministerpräsident die Wirtschaft an einmal gegebene Zusagen erinnert. Der Unwille vieler - auch niedersächsischer - Unternehmen, sich am Entschädigungsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter zu beteiligen, ist der bekannteste, aber beileibe kein Einzelfall. Versprochen war, dass sich die Managerakademie GISMA nach einer einmaligen öffentlichen Anschubfinanzierung selbst trägt. Herausgekommen ist ein Landeszuschuss von 25 Millionen DM mindestens für die nächsten fünf Jahre. Versprochen war auch, dass die Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft wenigstens 20 Millionen DM für den Bau des Deutschen Pavillons auf der EXPO beibringt. Herausgekommen sind auch an dieser Stelle geplante Millionenbürgschaften von Bund und Land.

Ich meine, der Wunsch eines Ministerpräsidenten, sich ein wirtschaftsfreundliches Image zuzulegen, schließt doch nicht aus, gegenüber Unternehmervertretern zumindest so energisch aufzutreten wie im eigenen Kabinett.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für meine Fraktion ist die beste Form der Landeswirtschaftsförderung der Ausbau eines leistungsfähigen Bildungssystems. An anderer Stelle zu sparen ist für uns kein Selbstzweck. Die Nettokreditaufnahme zu senken und damit die Zinsausgaben zu bremsen ist für uns nicht Haushaltsmathematik, sondern ist für uns

Voraussetzung dafür, insbesondere in der Bildungspolitik handlungsfähig zu bleiben. Die bisherigen Anstrengungen der Landesregierung reichen hierfür einfach nicht aus.

Natürlich ist es richtig, die Lösung der bildungspolitischen Mängel nicht allein durch mehr Geld zu erwarten. Schulen und Hochschulen verfügen über gewaltige Effizienzreserven, und die muss man sich nutzbar machen. Wir brauchen mehr Geld für die Bildung - öffentliches und privates -, um Niedersachsens Bildungseinrichtungen in Konkurrenz mit anderen Ländern wettbewerbsfähig zu halten. Deswegen werden wir Ihnen, Herr Aller, in Kürze ein Modell zur Neuordnung der Landesbeteiligungen vorlegen, um daraus einen Bildungspool zu finanzieren. Wir wollen mit diesem Geld nicht einfach nur neue Lehrerstellen schaffen, sondern wir wollen, dass dieses Geld direkt an die Schulen und Hochschulen kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen diejenigen Schulen belohnen, die sich der Arbeitswelt öffnen. Wenn es für bestimmte Fächer und in verschiedenen Regionen Niedersachsens - Herr Wulff hat es angesprochen, und damit hat er an der Stelle ausdrücklich Recht - nicht mehr möglich ist, in ausreichendem Maße Lehrkräfte zu finden, dann benötigen die Schulen freie Mittel, um sich geeignete Personen aus der Wirtschaft einzukaufen. Wir wollen mehr Geld, um unterschiedliche, aber modellhafte Bildungsansätze in den niedersächsischen Regionen zu unterstützen. Wir wollen Regionen des Lernens mit durchaus unterschiedlichen Schulformen, aber vergleichbaren Abschlüssen, und wir wollen keine zentralen Vorgaben, die noch dazu vermeidbare Kosten für die kommunalen Schulträger nach sich ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist nicht seriös, sich für eine Bildungsoffensive mit zunächst 500 und dann später 1.000 neuen Lehrerstellen feiern zu lassen und das Geld dafür im Jahre 2001 bei den Hochschulen einzukassieren. Die Kürzungen in Höhe von 50 Millionen DM im Rahmen des zweiten Innovationspaktes sind nichts anderes als ein zinsloser Kredit, den Sie den Universitäten abgepresst haben. Die 30 Millionen DM so genannter Verwaltungskostenbeiträge sind nicht einmal ein Eigenbeitrag der Studierenden, weil das Geld nicht

an den Hochschulen bleibt, sondern dem Landeshaushalt zugeführt wird.

Meine Damen und Herren, wir wollen mehr in Bildung investieren, wir wollen dafür aber an anderer Stelle zusätzlich einsparen. Warum braucht es in Niedersachsen noch eigenständige Bergbaubehörden? Soll es ernsthaft so bleiben, dass ein Referatsleiter im Sozialministerium mit acht Beschäftigten zwei Besoldungsstufen höher eingruppiert ist als der Leiter einer Justizvollzugsanstalt mit mehr als 500 Mitarbeitern? Was soll das Nebeneinander von Landestreuhandstelle, Agrarstrukturämtern und Kammern in der Landwirtschaftsverwaltung? - Das sind nicht nur unsere Ideen, sondern das waren auch einmal Vorschläge von Sigmar Gabriel, nämlich in der Zeit, als er noch SPD-Fraktionsvorsitzender gewesen ist. Wenn ihm mit dem alten Amt nicht auch die guten Vorsätze abhanden gekommen sind, dann können wir ihn an diese Ideen nur erinnern und ihn ermuntern.

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat betont, dass die niedersächsische Finanzpolitik im Ländervergleich überaus positiv abgeschnitten hat. In der Tat weist das Land inklusive seiner Kommunen mit Ausgaben in Höhe von 7.123 DM pro Einwohner im Jahre 1998 den mit Abstand niedrigsten Betrag aller Bundesländer aus. Dafür können Sie sich nun mit Selbstlob überschütten. Tatsächlich aber gibt es keinen überzeugenderen Beweis für die strukturelle Finanzschwäche dieses Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ursächlich dafür sind neben den Zins- die hohen Personalausgaben. Mit rund 45 % der Gesamtausgaben sind die Personalkosten inklusive der Landesbetriebe in Niedersachsen höher als in allen anderen Bundesländern. Das größte Problem stellen hierbei die dramatisch steigenden Versorgungslasten dar. Der bisherige Stellenabbau der Landesregierung reicht nicht einmal aus, den Zuwachs an Pensionskosten auch nur auszugleichen. Deshalb muss bei den Personalkosten weiter gespart werden, und das geht nur, wenn man die Beschäftigten dabei mitnimmt, und - das füge ich hinzu - gelegentlich auch die eigenen Parteifreunde.

Meine Damen und Herren, in kaum einem anderen Bereich hat die Landesregierung so viel Vertrauen

verloren wie bei der Verwaltungsreform. Wurden zunächst Reformdividenden gekürzt, so werden jetzt Leistungszulagen kassiert. Wir fragen uns, wie die Bereitschaft für einen begründeten Aufgabenverzicht geweckt werden soll, wenn man die Motivation der besten Mitarbeiter in dieser Weise untergräbt. Wir erwarten von einem Ministerpräsidenten nicht nur Umtriebigkeit, wir verlangen vor allem auch Verlässlichkeit. Dies schließt Einsparungen keineswegs aus, aber man kann nicht jedes Jahr zwischen Reformdividenden und Wiederbesetzungssperren, zwischen Leistungszulagen und Beförderungstopps hin- und herwechseln.

Es ist unstrittig: Wir müssen bei den Personalausgaben weiter sparen. Wir schlagen deshalb - im Übrigen ja auch nicht zum ersten Mal - vor, wahlärztliche Leistungen bei der stationären Behandlung beihilferechtlich nicht mehr anzuerkennen, so wie das heute schon in Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und im Saarland gängige Praxis ist.

Wir brauchen dringend eine Neuregelung des Generationenvertrags, den es nicht nur in der gesetzlichen Rentenversicherung gibt, sondern in anderer Weise auch bei den Pensionen. Wenn man hier nicht sehr schnell zu Lösungen kommt, dann werden im Landesdienst noch sehr viel mehr Stellen gestrichen werden müssen.

Außerdem müssen wir zuallererst und kurzfristig eine Reform der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder durchsetzen, weil nämlich die Belastungen des Bundes, der öffentlichen Haushalte insgesamt, aber auch für die Arbeitnehmer unerträglich werden. Es ist für eine Schreibkraft im Landesdienst eben nicht mehr zumutbar, wenn der Eigenbetrag von heute 130 DM auf dann 262 DM im Monat ansteigen soll.

Ich bin mir ganz sicher, dass solche Forderungen harte Verhandlungen mit Gewerkschaften und Verbänden mit sich bringen, aber es ist alle Mal besser, einmal verbindlich zu erklären, was man will, als jedes Jahr ein neues Folterinstrument zu erfinden.

Meine Damen und Herren, wir wollen strukturelle Einsparungen im Landeshaushalt, und wir haben dazu Vorschläge gemacht. Im Unterschied zur Landesregierung sehen wir keinen Bedarf mehr für Bezirksregierungen in Hannover und Braunschweig, weil sich hier handlungsfähige Regionen herausbilden. Dies wollen wir möglichst rasch

auch in den Regionen Lüneburg und Weser-Ems erreichen. Wir wollen eine Kabinettsverkleinerung, auch weil die Landesregierung beim Sparen Vorbild sein muss und Ministerpräsident Gabriel hier im Wort steht.

Zusammengefasst, Herr Aller, können wir Ihren Enthusiasmus überhaupt nicht teilen. Der Ministerpräsident sorgt zwar für viel Tempo, doch fällt es zumindest uns manchmal noch schwer, die Richtung zu erkennen. Den Kurs für eine Politik des Schuldenabbaues hat Herr Gabriel jedenfalls noch nicht gefunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, damit kann ich die Beratung zu diesen Tagesordnungspunkten schließen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Wer dafür ist, den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 in der Drucksache 1740 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie an alle Fachausschüsse zur Kenntnis zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist dann so beschlossen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2001 in der Drucksache 1830. Wer beschließen möchte, diesen Gesetzentwurf zur federführenden Berichterstattung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an die Ausschüsse für Sozial- und Gesundheitswesen, für Wissenschaft und Kultur, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für innere Verwaltung zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist dann so beschlossen.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich für Ihre Mitarbeit. Wir werden unsere Beratung morgen um 10.30 Uhr fortsetzen.

Schluss der Sitzung: 17.39 Uhr.